



41. Sitzung

Donnerstag, 19. November 2009

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden und Vizepräsident Wolfhard Ploog

Inhalt:

Mitteilung des Präsidenten
Fortsetzung der **Tagesordnung**

2539

Aktuelle Stunde

2539

Fraktion der SPD:

**Wersichs Streichliste – Neue
Hürden und Sperren in der So-
zialpolitik**

Carola Veit SPD	2539
Stephan Müller CDU	2540, 2548
Christiane Blömeke GAL	2541, 2546
Kersten Artus DIE LINKE	2542
Dietrich Wersich, Senator	2543
Dirk Kienscherf SPD	2544
Egbert von Frankenberg CDU	2545
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	2546
Uwe Grund SPD	2547
Antje Möller GAL	2549

Fraktion der CDU:

**20 Jahre Mauerfall – Anlass zu
Freude und Nachdenklichkeit**

(nicht behandelt wegen Zeitablaufs)

Bericht des Haushaltsausschusses
über die Drucksachen
19/1577:

**Haushaltsrechnung für das
Haushaltsjahr 2007 (kameral)
(Senatsantrag)**

**19/2153: Jahresbericht 2009
des Rechnungshofs über die
Prüfung der Haushalts- und
Wirtschaftsführung der Freien
und Hansestadt Hamburg mit
Bemerkungen zur Haushalts-
rechnung 2007 (Vorlage des
Rechnungshofs)**

**19/3114: Ergänzung zum Jah-
resbericht 2009 des Rech-
nungshofs
hier: Bericht über das zusam-
mengefasste Ergebnis seiner
Prüfung des Jahresabschlus-
ses und des Konzernabschlus-
ses der Freien und Hansestadt
Hamburg auf den 31. Dezember
2007 (Vorlage des Rechnungs-
hofs)**

**19/3124: Stellungnahme des
Senats zum Jahresbericht 2009
des Rechnungshofs über die
Prüfung der Haushalts- und
Wirtschaftsführung der Freien
und Hansestadt Hamburg mit
Bemerkungen zur Haushalts-
rechnung 2007 sowie zum Er-
gänzungsbericht 2009 des
Rechnungshofs "Prüfung des
Jahresabschlusses und des
Konzernabschlusses der Frei-
en und Hansestadt Hamburg**

2549

auf den 31. Dezember 2007" (Senatsmitteilung) 19/2154: Prüfung der Haus- halts- und Wirtschaftsführung des Rechnungshofs im Haus- haltsjahr 2007 (Vorlage des Rechnungshofs) – Drs 19/4486 –		Erhalt der Hamburger Lehr- schwimmbecken – Drs 19/4624 –		2563
Barbara Ahrons CDU	2549	Beschluss		2563
Dr. Monika Schaal SPD	2551	Große Anfrage der Fraktion der		
Andreas Waldowsky GAL	2552	GAL:		
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	2553	Aufstieg durch Bildung. Umset- zung der "Qualifizierungsinitia- tive für Deutschland" in Ham- burg – Drs 19/4101 –		2563
Beschlüsse	2555	Michael Gwosdz GAL		2563
Antrag der Fraktion der SPD:		Egbert von Frankenberg CDU		2565
Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Aufenthalts- status – Drs 19/4519 –	2555	Ties Rabe SPD		2566
Anja Domres SPD	2555, 2561	Christa Goetsch, Zweite Bürger-		2568
Harald Krüger CDU	2557	meisterin		
Linda Heitmann GAL	2559	Kenntnisnahme		2570
Christiane Schneider DIE LINKE	2560	Große Anfrage der Fraktion DIE LIN-		
Mehmet Yildiz DIE LINKE	2561	KE:		
Beschlüsse	2562	Aktionsplan Frauengesundheit – Drs 19/4262 –		2570
Bericht des Rechtsausschusses		Kersten Artus DIE LINKE	2570, 2575	
über die Drucksache 19/3749:		Hanna Gienow CDU	2572	
Bürgerschaftliches Ersuchen vom 23. März 2009 "Erweiterung der sozialthera- peutischen Abteilung im Ju- gendstrafvollzug", Drs. 19/2595 (Unterrichtung durch den Prä- sidenten der Bürgerschaft) – Drs 19/4517 –	2562	Anja Domres SPD	2573	
Kenntnisnahme	2563	Linda Heitmann GAL	2574	
Antrag der Fraktion der SPD:		Beschluss		2576
Erhalt der Lehrschwimm- becken – Drs 19/4521 –	2563	Bericht des Eingabenausschusses:		
dazu		Eingaben – Drs 19/4425 –		2576
Antrag der Fraktionen der GAL und		Bericht des Eingabenausschusses:		
CDU:		Eingaben – Drs 19/4426 –		2576
		Beschlüsse		2576
		Sammelübersicht		2576

Beschlüsse	2576	Haushaltsplan 2009/2010, Einzelplan 6: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt	
Große Anfrage der Fraktion der SPD:		Zusammenführung der Arbeitsgemeinschaft zur Reinhaltung der Elbe (ARGE Elbe) und der Flussgebietsgemeinschaft Elbe (FGG Elbe) zur neuen Flussgebietsgemeinschaft Elbe und Anbindung der Wassergütestelle Elbe (WGE) an die Geschäftsstelle der Flussgebietsgemeinschaft	
Rechtliche Betreuung für hilfsbedürftige Personen	2576	Einrichtung des neuen Titels 6700.637.03 "Zuweisung Hamburgs für den Sonderaufgabebereich Tideelbe" im Haushaltsjahr 2010 (Senatsantrag)	
– Drs 19/3846 –		– Drs 19/4455 –	2579
Beschluss, Kenntnisnahme ohne Besprechung	2577		
Senatsmitteilung:			
Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürger-schaft vom 13. Mai 2009 – Einrichtung eines Hamburger Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik (Drucksache 19/2896)			
– Drs 19/4403 –	2577	Beschlüsse	2579
Günter Frank SPD	2577	Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3443:	
Bettina Machaczek CDU	2577		
Andreas Waldowsky GAL	2578	Haushaltsjahr 2009, Einwilligung zum Eingehen von Verpflichtungen in Höhe von 41,6 Mio. Euro beim Titel 6300.891.27 "Zuwendungen zum Umbau des ZOB Bergedorf" sowie nachträgliche Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungen nach § 37 Absatz 4 LHO (Senatsantrag)	
Norbert Hackbusch DIE LINKE	2578	– Drs 19/4488 –	2579
Kenntnisnahme	2578	dazu	
Senatsantrag:		Antrag der Fraktion der SPD:	
Gesetz zum Staatsvertrag zwischen den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Freie Hansestadt Bremen und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Durchführung des Übertragungsstellenverfahrens für Milchquoten		Zuwendungen zum Umbau des ZOB Bergedorf	
– Drs 19/4424 –	2578	– Drs 19/4638 –	2579
Beschlüsse	2578	Beschlüsse	2579
Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3989:		Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 19/4092:	
		Gesetz zur Änderung der Hamburgischen Bauordnung (Senatsantrag)	
		– Drs 19/4477 –	2579
		Beschlüsse	2579

Bericht des Rechtsausschusses
über die Drucksache 19/3696:

**Gesetz zum Staatsvertrag über
die Einrichtung eines nationa-
len Mechanismus aller Länder
nach Artikel 3 des Fakultativ-
protokolls vom 18. Dezem-
ber 2002 zu dem Übereinkom-
men der Vereinten Nationen
gegen Folter und andere grau-
same, unmenschliche oder er-
niedrigende Behandlung oder
Strafe (Senatsantrag)**

– Drs 19/4487 –

2580

Beschlüsse

2580

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

**Amnestie für Menschen ohne
Papiere**

– Drs 19/4515 –

2580

Antje Möller GAL

2580

Dr. Andreas Dressel SPD

2581

Mehmet Yildiz DIE LINKE

2581

Beschlüsse

2582

Antrag der Fraktion der SPD:

**Faire Löhne und soziale Stan-
dards bei öffentlichen Aufträ-
gen – Reform des Hamburgi-
schen Vergabegesetzes**

– Drs 19/4520 –

2582

Beschlüsse

2582

Beginn: 15.02 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet.

Wir setzen zunächst die

Aktuelle Stunde

von gestern fort.

Ich rufe das dritte Thema auf, das in der gestrigen Sitzung wegen Zeitablaufs nicht mehr behandelt werden konnte. Angemeldet wurde es von der SPD-Fraktion, es lautet:

Wersichs Streichliste – Neue Hürden und Sperren in der Sozialpolitik.

Das Wort wird dazu gewünscht. – Die Abgeordnete Veit hat es.

Carola Veit SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Senator Freytag und Bürgermeister von Beust teilen Hamburg gerne ein: in eine Zeit vor der Finanzkrise und eine Zeit während der Krise. Das tun sie, um von ihren hausgemachten Fehlern abzulenken. Sie möchten diese Fehler zurücklassen in der alten Zeit und nichts mehr hören von explodierenden Kosten bei Prestigeobjekten, nichts mehr hören vom Glücksspiel bei der HSH Nordbank, der HafenCity Universität, der Elbphilharmonie oder der U4. Sie reden über die Krise, um über die eigenen Fehler der vergangenen Jahre nicht zu reden. Ich sage Ihnen erneut: Das läuft mit uns nicht.

(Beifall bei der SPD)

Der Erste Bürgermeister mimt neuerdings den Landesvater und beklagt sich, von seiner Bundeskanzlerin und deren Koalitionspartner zur Kasse gebeten zu werden, und der Finanzsenator und Landesvorsitzende der CDU klopft zum gleichen Thema bei der Landespressekonferenz große Sprüche, kann aber nicht sagen, wie sich Schwarz-Grün dann im Bundesrat verhalten will.

Herr von Beust, das sind doch in Wahrheit Krokodilstränen. Die FDP hat doch lange vor der Bundestagswahl und übrigens während der Finanzkrise gesagt, was sie will, und dennoch haben Sie und viele andere für eine schwarz-gelbe Koalition geworben. Nun haben Sie den Salat und was machen Sie? Wir erleben in diesen beiden Sitzungen wieder, wo Ihre Prioritäten liegen. 3 Millionen Euro als Geschenk für die Tamm-Stiftung, ein Blankoscheck für die Stadtbahn, 20 Millionen Euro mehr für den Bergedorfer ZOB.

Soweit zu den Rahmenbedingungen und nun zu Senator Wersich. Senator Wersich beglückt die Stadt mit zehn goldenen Regeln, die für einen Aufschrei in der Hamburger Sozialpolitik gesorgt ha-

ben, zehn goldene Regeln zum Sparen bei Menschen, die unsere Hilfe brauchen, bei Kindern, Eltern und Familien. Senator Wersich macht Vorschläge zum Kürzen von Rechtsansprüchen. Das tut er, ohne über die eigenen Fehler im Sozialbereich zu reden.

Zum Beispiel begleitet uns, seit Senator Wersich Staatsrat war, aus seinem Hause der Satz, dass es Ziel sei, durch geeignete Maßnahmen im Vorfeld Erziehungshilfen zu vermeiden. Dieses Ziel haben Sie nie erreicht. Seit Jahren erreichen uns jährlich Nachforderungen in zweistelliger Millionenhöhe allein zu diesem Bereich der Erziehungshilfen. Sie haben das Ziel verfehlt, denn den konsequenten Schritt zu mehr und noch früherer Prävention bei kleinen Kindern und deren Familien haben Sie nie gewagt. Flächendeckende Familienhebammen und Früherkennungsmaßnahmen lehnen Sie ab. Sie haben die Kinder von Arbeitslosen vor fünf Jahren konsequent aus den Kitas herausgedrängt. Jetzt wundern Sie sich, dass Ihnen das woanders auf die Füße fällt und Sie mehr Erziehungshilfen brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Herr von Beust, für genau diese Mutlosigkeit zahlen wir alle, zahlt Hamburg Ihre ständigen Nachforderungen in zweistelliger Millionenhöhe, die bei einer besseren Sozialpolitik vermeidbar wären; zehn goldene Regeln also, die in Wahrheit der politische Offenbarungseid des Sozialsenators sind. Sie wollen neue Vorhaben zurückstellen, auf gut Deutsch: Ihre Wahlversprechen aus dem Koalitionsvertrag wie bessere Sprachförderung oder ein Rechtsanspruch für Zweijährige in den Kitas werden kassiert. Sie wollen Gebühren erhöhen und Beitragsbefreiung zurücknehmen – das bedeutet, dass die Elternbeiträge erhöht werden –, Kitagruppen vergrößern und Standards senken; das sind Ihre Pläne. Dann kommt noch der wohl traurigste Satz, den jemals ein Sozialsenator in Hamburg geschrieben hat: der Aufbau von Hürden für die Inanspruchnahme gesetzlicher Leistungen. Der Aufbau von Hürden für die Inanspruchnahme gesetzlicher Leistungen, darunter steht Ihr Name, Herr Senator Wersich, das bedeutet nichts anderes, als dass Sie Berechtigte abhalten wollen, die gesetzlichen Leistungen auch in Anspruch zu nehmen.

(Egbert von Frankenberg CDU: Das ist unseriös, was Sie da machen!)

Herr Senator Wersich, Sie haben hier geschworen, die Gesetze zu beachten und das Wohl Hamburgs zu fördern.

(Egbert von Frankenberg CDU: Das ist ja noch unseriöser! – Viviane Spethmann CDU: Wie geht das denn jetzt, das ist ja total daneben!)

Wenn Sie Ihre Behörde dazu anhalten, Bürgerinnen und Bürger über ihre gesetzlichen Ansprüche

(Carola Veit)

zu täuschen, dann ist das der größte Verstoß gegen die Amtspflicht, den ein Sozialsenator begehen kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Stephan Müller.

Stephan Müller CDU:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegin Veit, wenn Sie sprechen, kommt man manchmal aus dem Kopfschütteln nicht mehr heraus.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Anders als bei der Kollegin Heyenn, die gestern von 185 000 Einkommensmillionären sprach, die wohl alle an einem Tag im AEZ ihre Unterschrift gegen die Schulreform geleistet hätten – hier bin ich mir sicher, dass sie das nicht so meinte –, muss ich fürchten, dass Sie inzwischen auch glauben, was Sie hier alles sagen.

(Ingo Egloff SPD: Dann holen wir die Vermögensteuer!)

Wenn Sie die Vergangenheit schon ansprechen, so ist dieses nicht der erste Senat, der einmal vor dieser schwierigen Aufgabe stand, einen Haushalt zu konsolidieren, allerdings nicht in der Größenordnung und nicht vor dem Hintergrund der Krise, die wir jetzt haben. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, dass ein SPD-geführter Senat einen Haushalt konsolidiert hat und überall da gekürzt hat, wo es richtig weh getan hat, im sozialen Bereich, im Kita-Bereich und bei der Polizei. Dies alles ist ihm richtigerweise um die Ohren geflogen.

(Andy Grote SPD: Deshalb machen Sie das jetzt genauso!)

Sie wollen uns vorwerfen, unsozial zu sein, das ist nicht glaubwürdig.

(Beifall bei der CDU)

Sie waren doch diejenigen, die die Menschen in dieser Stadt im Stich gelassen haben und ihnen die kalte Schulter gezeigt haben. Nun stellen Sie sich hier hin und spielen den Moralapostel; so geht das nicht.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Deshalb sind Sie mit der Schill-Partei damals reingewählt worden!)

Ich sage Ihnen ehrlich, die Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen, insbesondere für die öffentlichen Haushalte, ist bei allen angekommen, nur unerklärlicherweise nicht bei der SPD. Anders ist es nicht zu verstehen, dass Sie die kleinsten Fragmente, die vielleicht einmal durchsickern mögen, hier sofort aufnehmen und versuchen, sie zu skandalisieren. Wie immer machen Sie dann eine Riesenluftblase daraus und erklären uns, wogegen

Sie sind, aber wofür die SPD eigentlich steht, bleibt wie immer vollkommen im Dunkeln.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wenn Sie einmal die Zeit fänden, sich nicht an eigenen Leuten abzuarbeiten, machen Sie das vorzugsweise an Senator Wersich oder Senator Freytag.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! – Ingo Egloff SPD: Das ist unsere Aufgabe!)

Dabei ist doch die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung nicht abzustreiten, Sie scheinen das nur nicht erkennen zu wollen. Wir werden uns heute ganz bestimmt nicht darauf einlassen, mit Ihnen eine Debatte zu führen und über konkrete Maßnahmen zu sprechen, die noch gar nicht beschlossen wurden. Deswegen führen Sie aus meiner Sicht heute ganz eindeutig eine Scheindebatte und stochern hier einfach im Nebel herum. Als Grundlage Ihrer Vorwürfe führen Sie dann das Strategiepapier von Senator Wersich an mit den sogenannten zehn goldenen Regeln. Dabei ist dieses wirklich nur ein Fragment in einer sehr komplexen Frage der Haushaltskonsolidierung.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Erzählen Sie doch mal was zur Sache!)

Dann lesen Sie natürlich wie immer nur das, was Sie lesen wollen und versuchen, dies zu skandalisieren. Aber dass dieses Papier auch sehr viele gute, flankierende Maßnahmen und Notwendigkeiten enthält, ignorieren Sie. Das mag auch daran liegen, dass eine der Überschriften dieses Papiers "Ordnungspolitische Grundlagen" ist. Damit hatten Sie schon immer ein kleines Problem. Aber wenn Sie die Intention des Papiers erkannt hätten,

(Andy Grote SPD: Welche denn!)

wären Ihnen die honorigen Ziele sicherlich nicht entgangen, denn da steht unter anderem: gegen höhere Neuverschuldung, Gestaltungsspielräume belassen, Generationengerechtigkeit und keine Gefährdung der politisch gestaltbaren, freiwilligen Leistung. Dagegen kann doch niemand etwas haben, dass man sich darüber Gedanken macht. Um diese Ziele zu gewähren, muss man sich natürlich auch Gedanken machen, wie prognostizierte Kostenanstiege vermieden werden. Es geht eben nicht darum, Hilfen zu verweigern, die Menschen benötigen in dieser Stadt, im Gegenteil, sie werden die auch weiterhin bekommen.

Noch etwas. Gute Politik zeichnet sich auch dadurch aus – ganz besonders in Krisenzeiten –, sich mit Bedacht und Verantwortungsbewusstsein den Aufgaben zu widmen. Deswegen gibt es weder bei der CDU – ich darf das einmal so sagen – noch beim Senat irgendwelche Denkverbote, auch wenn Ihnen das so passen würde.

(Beifall bei der CDU)

(Stephan Müller)

Deshalb finde ich es vollkommen richtig, dass dieser Senat und auch die Fraktionen alle Möglichkeiten durchdenken, auch mit dem Ziel, dass kommende Generationen noch Gestaltungsspielraum haben, sich vielleicht noch neuen Aufgaben widmen können und die Leistungen, die bei den Menschen ankommen, auch direkt dahin lenken können, wo sie hin sollen.

(Andy Grote SPD: Das interessiert Sie sonst an keiner Stelle! Das ist Ihre Verantwortung für die kommende Generation!)

Es ist erkennbar, dass es wieder einmal der Versuch der SPD ist, ein sozialpolitisches Schreckgespenst aufzubauen, aber dem ist nicht so. Ansonsten werden wir uns mit Ihnen über dieses Thema noch einmal auseinandersetzen und debattieren, nämlich dann, wenn es soweit ist, wenn Fakten auf dem Tisch sind und nicht vorher. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, dass Sie dieses Thema heute zur Aktuellen Stunde angemeldet haben, zeugt in der Tat einmal mehr davon, dass es seitens der SPD-Fraktion wirklich an Willen fehlt, Verantwortung für diese Stadt zu übernehmen, besonders wenn anstehende Entscheidungen unpopulär und unbequem sind.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU – Uwe Grund SPD: Das ist peinlich!)

Stattdessen erwecken insbesondere der Redebeitrag der Kollegin Veit in dieser Debatte und auch die Anmeldung des Themas mehr denn je den Eindruck, dass es der SPD wirklich darum geht, Gerüchte in die Welt zu setzen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Es ist kein Gerücht!)

die Gerüchteküche am Kochen zu halten und, noch viel schlimmer, das Gerüchtefeuer ein bisschen weiter zu schüren.

Was haben wir an Fakten? Wir haben lediglich eine Handreichung, die den Fraktionen von CDU und GAL vorgestellt wurde.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was ist eine Handreichung?)

Das sind die besagten zehn goldenen Regeln. Eine Handreichung ist noch kein beschlossenes Papier, auch wenn die SPD-Fraktion jetzt krampfhaft versucht, es der Öffentlichkeit, den Medien und dem Parlament deutlich zu machen. Wir als GAL-Fraktion haben bereits öffentlich deutlich gemacht, dass wir diesen Katalog nicht zur verbindli-

chen Grundlage für unsere Sparvorschläge machen.

(Wolfgang Rose SPD: Bravo! und Beifall)

Vielmehr haben wir mithilfe von externen Beratern alle Haushaltsposten auf Nachhaltigkeitskriterien abgeklopft und kommen damit zu unseren eigenen Bewertungen, die wir aber, und das ist vielleicht wichtig für die SPD-Fraktion, in intensiven Gesprächen mit den Koalitionspartnern und auch mit den zuständigen Behörden diskutieren. Wie inzwischen allgemein bekannt ist – es war auch in den Medien und sollte ebenso bei der SPD angekommen sein –, wird am 27. November eine Pressekonferenz stattfinden, auf der die Senatoren die Sparbeschlüsse der Öffentlichkeit vorstellen müssen, die aufgrund der Finanzlage in dieser Stadt leider notwendig sind.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Anmerkung der Abgeordneten Veit?

Christiane Blömeke (fortfahrend): Ich nehme an, dass Frau Veit gleich noch einmal hierherkommt, dann allerdings weniger, um Dialog...

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Ja oder nein reicht mir völlig.

Christiane Blömeke (fortfahrend): – Nein.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion! Es bietet sich an, nach dieser Pressekonferenz eine inhaltliche Debatte zu führen, der wir uns natürlich auch nicht verschließen werden. Ich stelle mir dafür idealerweise den Ort der Bürgerschaftssitzung im Dezember vor, nämlich dann, wenn wir konkrete Maßnahmen vorliegen haben, über die wir auch reden werden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Heute werden und wollen wir mit Ihnen keine Phantomdebatte über Ihre Mutmaßungen oder über die von Ihnen gestreuten Gerüchte führen.

(Andy Grote SPD: Dann schreiben Sie solche Papiere nicht auf!)

Das würde auch der Ernsthaftigkeit des Themas wirklich nicht gerecht werden. Wenn Sie weiter über Spekulationen diskutieren wollen, dann können Sie das an dieser Stelle machen. Sie müssen es vermutlich aber allein machen, Ihrer Glaubwürdigkeit jedoch und der der SPD-Fraktion wird das nichts nützen. Sie wird es auf jeden Fall nicht fördern und wir werden uns zu dieser Debatte nicht hinreißen lassen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort hat die Abgeordnete Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Wir befinden uns nicht nur in einer Finanz- und Wirtschafts-, sondern auch in einer Sozialkrise. Auch wenn wir seit Monaten ein Wechselbad von schöngefärbten Prognosen selbsternannter Wirtschaftsexperten hören müssen, gefährliche Versprechungen von Steuer-senkungsplänen gemacht werden und die Menschen Umfragen von der Stabilität der Konsum-lau-ne präsentiert bekommen, täuscht das alles nicht darüber hinweg, in welche Situation dieses Land gekommen ist.

Zeuge beziehungsweise Zeugin eines weltweiten Einbruchs von dramatischem Ausmaß zu sein, einer tiefen Rezession, einer finanziellen Kernschmelze, fortschreitender Umweltzerstörung und sozialer Polarisierung, ruft tiefe Verunsicherung hervor.

So sind die Kollegen von Blohm + Voss derzeit noch voller Hoffnung, dass der arabische Investor aus Abu Dhabi ihnen ihre Arbeitsplätze sichern wird, obwohl Investoren in der Regel weniger das Wohl der Arbeitsplätze im Blick haben. ALG-II-Empfängerinnen, darüber sprachen wir gestern, klammern sich an ihre Ein-Euro-Jobs, um nicht ganz abzustürzen. Auch Weihnachten dürfte bei vielen schillernd und prächtig werden und es werden Geschenke gekauft, die man sich eigentlich gar nicht leisten kann, weil man das Trübe draußen vielleicht einfach einmal aussperren will. Selbst die Preiserhöhung bei den Tannen wird wohl in Kauf genommen werden, in solchen Zeiten setzt man auf das Bewährte, vermeintlich Sichere und steckt den Kopf in den Sand. Ich behaupte, dass die meisten Menschen nicht wissen, was auf sie zukommt und sie werden durch eine massive Desinformationspolitik auch daran gehindert, Zusammenhänge zu erkennen.

In dieser Zeit will der Senat Sozialleistungen kürzen. Etwas Schlimmeres könnte den Hamburgern und Hamburgerinnen im Moment nicht passieren. Die soziale Lage wird sich in den nächsten Monaten wahrscheinlich dramatisch verschlechtern, das wissen doch alle hier. Da darf sich der Staat nicht zurückziehen, was er mit einem Sparprogramm im sozialen Bereich aber tun würde. Er muss genau andersherum gegensteuern.

(Beifall bei der LINKEN)

Was wir jetzt benötigen, ist ein Konjunkturprogramm im Sozialbereich.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Staat hat doch nicht die Rolle eines Notarztes oder die des Regulierens widriger Umstände, wenn der Kapitalismus mit seiner Ressourcenvergeu-

dung menschlicher Fähigkeiten mit sich bringt, dass er Massenarbeitslosigkeit produziert.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh! – *Olaf Ohlsen CDU: Heiße Luft!*)

– Das ist Ihr Reizwort.

(Beifall bei *Arno Münster SPD*)

Er hat in der sozialen und ökonomischen Produktion eine eigenständige Aufgabe. Deswegen darf der öffentliche Sektor nicht gekürzt werden, im Gegenteil, er ist auszuweiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie einen Blick auf unsere Nachbarländer werfen, sehen Sie, dass dort trotz allem Druck ein Sektor mit qualitativ hochwertigen Sozialleistungen aufrechterhalten und sogar ausgeweitet wird. Ich nenne das in Zahlen: In Dänemark und Schweden entfallen auf 1000 Einwohner und Einwohnerinnen 155 Beschäftigte im öffentlichen Dienst, in Deutschland sind es gerade einmal 68 Beschäftigte. Deutschland gibt nur 1,9 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für soziale Dienstleistungen aus

(*Olaf Ohlsen CDU: Was sagt uns das?*)

und bleibt damit unter dem OECD-Durchschnitt von 2,3 Prozent. Frankreich liegt bei 2,7 Prozent, Schweden und Dänemark liegen bei 7,4 beziehungsweise 5,9 Prozent. Warum wollen Sie jetzt den Sozialetat beschränken, einsparen und kürzen, Herr Wersich? Sie werden damit eine weitere Welle Niedriglohnbeschäftigter und Kurzzeitarbeit-schaffen, sie werden weitere Verelendung produzieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Soziale Dienstleistungen sind nicht nur mehr wert, als sie oftmals dargestellt werden, sie sind auch eine wichtige Investition, die jetzt getätigt werden muss.

Die Alternativen zu Ihren zehn goldenen Regeln lauten: erst höhere Verschuldung, dann investieren in den öffentlichen Sektor und dann höhere Steuern erheben auf Gewinne und Vermögen. Die ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung hat die Finanzmärkte doch erst aufgebläht. Außerdem bedarf es eines konsequenten Vorgehens gegen Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität. Korruption, das hat die Organisation Transparency International, die sich weltweit gegen Korruption einsetzt, gestern noch einmal bestätigt, wird aufgrund der Konjunkturprogramme vermutlich immens zunehmen.

Sicher zwingt der Haushalt zum Sparen, das wollen wir nicht leugnen,

(*Jörn Frommann CDU: Sind die fünf Minuten immer noch nicht vorbei!*)

(Kersten Artus)

genauso, wie sich die vielen finanziellen Fehlentscheidungen, die in der letzten Zeit getroffen wurden, nicht leugnen lassen oder die für die Finanzpolitik getroffene Personalauswahl von Schwarz-Grün. Aber das jetzt vorliegende Konzept lässt nur eine Empfehlung zu: Schieben Sie Ihre Regeln in den Reißwolf, Herr Senator.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Wersich.

Senator Dietrich Wersich: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist viel Ehre – Wersichs Streichliste. Welche Streichliste eigentlich? Ich kenne diese Streichliste nicht und insofern könnte ich es kurz machen, wenn die Lage nicht so ernst wäre wegen der Finanzwirtschaftskrise und der Haushaltslage.

Frau Artus, im Sozialhaushalt reden wir auch noch nicht einmal über Kürzungen oder Absenkungen, sondern wir sprechen darüber, dass wir nicht noch zusätzliche Steigerungen im Haushalt bekommen. Angesichts der wirklich dramatisch wegbrechenden Steuereinnahmen darf es bei der Suche nach Lösungen keine Denkverbote geben. Die Suche nach Lösungen bedeutet, dass wir genau hinsehen müssen; das ist unsere politische Verantwortung.

(Beifall bei der CDU und bei *Michael Gwosdz* und *Andreas Waldowsky*, beide GAL)

Die Regeln, die ich dazu aufgeschrieben habe, sind eine Hilfe, sie sind ein Prüf- und Nachdenkentraster, die weder einen Beschluss vorwegnehmen oder einen solchen darstellen. Ich habe auch klare Prioritäten gesetzt, Frau Veit, ich kann Ihnen hier zustimmen. An allerletzter Stelle kommen erst die Einschränkungen für den Bürger. Das sehen wir hier im Hause, glaube ich, alle so. Wenn wir aber aufhören würden, darüber nachzudenken – so wie Herr Kienscherf das in seiner Pressemitteilung gefordert hat, er hat gesagt, ziehen Sie das Papier zurück –, dann kann ich nur sagen, wer nicht denkt, findet keine Lösungen, wer wenig denkt, findet wenige Lösungen. Denkverbote haben uns noch nie in die Zukunft geholfen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL – *Ingo Egloff SPD*: Wer falsch denkt, findet falsche Lösungen!)

– Nein.

Tatsächlich versuchen wir erstmalig in einem sehr transparenten Verfahren zusammen mit den beteiligten Akteuren und Partnern in der Stadt, mit den Wohlfahrtsverbänden, über die bevorstehende Herausforderung im Sozialhaushalt zu beraten. Das ist nicht einfach und doch haben wir den Mut, das offen zu tun, um gemeinsam zu Lösungen zu

kommen, denn ich will nicht verschweigen, die Herausforderungen, vor denen wir im Sozialhaushalt stehen, sind gewaltig. Die SPD dagegen verfasst Pressemitteilungen, in denen die Rede davon ist, dass man den Menschen den Boden unter den Füßen wegreiße, sie gnadenlos im Stich lasse und sie ausbluten lasse. Diese Wortwahl zeigt deutlich, dass einige in der Opposition komplett die Bodenhaftung verloren haben und ich frage mich, wo das sozialdemokratische Verantwortungsgen geblieben ist, das Bürgermeister Ortwin Runde damals noch hatte, das Müntefering und Scholz haben, hier in Hamburg sehe ich das nicht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie machen es sich immer sehr leicht, Sie reden von unserer unseriösen Finanzpolitik. Es ist unseriös, wenn Sie die Menschen für dumm verkaufen, wenn Sie immer wieder die mittlerweile fast verbauten 300 Millionen Euro für die Elbphilharmonie ins Feld führen, um damit den Haushalt zu sanieren. Angesichts von Steuereinnahmeausfällen von jährlich über 1 Milliarde Euro wird das zu nichts führen und das wissen Sie auch. Meinem Haushalt stehen 2,4 Milliarden Euro zur Verfügung, im Sozialbereich bauen wir so gesehen jedes Jahr mehrere Elbphilharmonien. Das ist nicht zu sanieren, wenn wir auf die Elbphilharmonie verzichten würden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir haben in den Jahren 2007 und 2008 eine Nettokreditaufnahme von 0 Euro gehabt, das gab es zu Zeiten der SPD nicht,

(*Ingo Egloff SPD*: Weil Sie 2006 mehr Schulden aufgenommen haben!)

auch das ist keine unseriöse Haushaltspolitik.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Herr Tschentscher und eben auch Frau Veit sagen immer, wir hätten jetzt den Betriebshaushalt von Schwarz-Grün so sehr ausgeweitet. Was Sie verschweigen, ist, dass dies auch im Sozialhaushalt stattgefunden hat. Wir haben von 2008 auf 2009 den Betriebshaushalt in der Sozialbehörde um 300 Millionen Euro gesteigert. Welche dieser Maßnahmen halten Sie für falsch: den Krippenausbau, die Ausweitung der Rechtsansprüche auf Kindertagesbetreuung, die Einrichtung von Eltern-Kind-Zentren, die Verstärkung der Opferberatung? All das sind Maßnahmen, die direkt bei den Menschen ankommen, die aber den Sozialhaushalt in den vergangenen Jahren haben steigen lassen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Von Intendantenkosten wollen wir mal nicht reden!)

Als wir dann diese Punkte hier diskutiert haben, war Ihre Kritik nicht, dass wir den Betriebshaushalt ausweiten, sondern da sagten Sie, warum nicht

(Senator Dietrich Wersich)

schon früher und warum nicht mehr. Bei dem kostenlosen Kita-Jahr, das wir zu einem Zeitpunkt beschlossen haben, an dem die Lage noch deutlich besser war, war die Antwort der SPD, sie wolle zwei Jahre kostenlos. Das ist Ihr reales Verhalten gewesen, als es um die Ausweitung des Betriebshaushalts ging.

Sie haben in Ihrer Pressemitteilung auch gesagt, es sei eine Selbstverständlichkeit, dass wir vorrangige Kostenträger beteiligen, Herr Kienscherf. Als wir dann durch die Bundesregierung die Ausweitung der Leistungen in der Pflegeversicherung für Demenzerkrankungen beschlossen und sagten, wir wollten durch Verhandlungen mit Trägern dieses Geld auf das Hamburger Dementenprogramm anrechnen lassen, als wir das, was Sie jetzt für selbstverständlich halten, gemacht haben, da haben Sie von Sozialabbau gesprochen. Das ist nicht glaubwürdig und es geht überhaupt nicht, dass wir jetzt noch Ihren Widerstand gegen einen weiteren Anstieg der Kosten im Sozialhaushalt zu spüren bekommen. Wenn wir das nicht tun, wenn wir den Anstieg nicht in den Griff bekommen, dann führt dies dazu, dass am Ende wirklich jemand bluten muss, und das ist die zukünftige Generation, das sind die Kinder, die heute in die Kita gehen oder noch gar nicht geboren sind, weil sie unsere Verschuldung erben.

Zum Schluss möchte ich auf die Pressemitteilung zu diesem Denkpapier eingehen, Herr Kienscherf. Die strotzt nur so von Entgleisungen: Wersich zündelt und spielt mit dem sozialen Frieden, spielt den Anwalt der Armen, lässt die Menschen gnadenlos im Stich, lässt Menschen bluten, das ist asozial, Senator Wersich vergreift sich an den Menschen, er reißt den Schwächsten den Boden unter den Füßen weg.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das ist sein normaler Wortschatz!)

Diese Wortwahl spricht nicht für Sie, sondern für eine Verrohung der Sitten.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich will das in ein sportliches Bild kleiden, meine Lieblingsportart Fußball. Was ich bei Ihnen vermisse, ist die gekonnte Ballannahme, der intelligente Pass, das schnelle und elegante Spiel, der Spieelaufbau,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Der hat keine Ahnung von Fußball!)

eigentlich all das, was Fußball sehenswert macht. Stattdessen gibt es Blutgrätsche und grobes Foul am Mann.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Kein Wunder, dass der wohlwollende Teil Ihrer Anhänger auf der Tribüne murrte und die anderen pfeiften, weil sie den Glauben an die Leistungsfähigkeit

der Mannschaft SPD verloren haben. Mit einem derartigen Stil und Inhalt kommen Sie nicht aus der politischen Abstiegszone.

(Carola Veit SPD: Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben?)

Das Wichtigste aber ist, dass wir mit einem derartigen Stil und Inhalt nicht die Krise bewältigen können; das wäre nicht gut für Hamburg.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Jetzt komme ich zu etwas besonders Schönerem, ich gratuliere nämlich dem Abgeordneten Hecht zu seinem Geburtstag. Er verbringt ihn hier bei uns, herzlichen Glückwunsch im Namen des ganzen Hauses.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Jetzt bekommt das Wort der Abgeordnete Kienscherf.

Dirk Kienscherf SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator, wenn Sie jetzt nicht weiterwissen, die persönliche Nummer spielen und hier von Verrohung der Sitten sprechen,

(Karen Koop CDU: Sie haben doch damit angefangen!)

dann muss ich Ihnen sehr deutlich sagen, dass in dieser Stadt noch kein Sozialsenator seine Mitarbeiter aufgefordert hat, Menschen bewusst von Leistungen fernzuhalten, auf die sie einen Anspruch haben. Das hat noch kein Sozialsenator in dieser Stadt gemacht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Es ist schon erstaunlich, wenn der Senator davon spricht, es handele sich um Regeln, und wenn Sie, Frau Blömeke, sagen, es sei nur eine Handreichung.

(Martina Gregersen GAL: Mehr war es ja auch nicht!)

Es war nur eine Handreichung, in der steht, es seien neue Hürden aufzubauen, die die Menschen davon abhalten, gesetzliche Leistungen in Anspruch zu nehmen. Es ist nur eine Handreichung gewesen für Ihre beiden Fraktionen, in der steht, dass bei der Personalbemessung deutlich zusammengestrichen werden soll. Es ist auch nur eine Handreichung gewesen, in der steht, dass man letztendlich Löhne absenken soll. Diese Handreichung, die Sie bekommen haben, hat man auch den einzelnen Trägern geschickt und sie alle eingeladen. Was ist denn das für eine Handreichung? Das ist nichts anderes als eine Drohung und als solche ist sie auch verstanden worden.

(Beifall bei der SPD)

(Dirk Kienscherf)

Herr Sozialsenator, Herr Wersich, es geht bei dieser Frage eigentlich um eine ganz einfache. Wer soll in dieser Stadt die Zeche dafür zahlen, dass Sie eine verfehlte Finanzpolitik in den letzten Jahren veranstaltet, Prestigeprojekte durchgeführt und letztendlich die HSH Nordbank mitzuverantworten haben. Soll sie der Senat zahlen, sollen sie die Menschen zahlen, die mehr Vermögen haben, oder sollen es die Menschen zahlen, die in der Pflege tätig sind, die bedürftig sind? Das ist die Frage, die wir heute stellen.

(Beifall bei der SPD – *Klaus-Peter Hesse*
CDU: Wir sind hier doch nicht auf dem Fischmarkt bei den Marktschreiern!)

Sie haben die Frage eben anders beantwortet. Es ist doch kein Zufall, dass auf der Pressekonferenz von Herrn Freytag in dieser Woche explizit der Sozialbereich genannt worden ist und gesagt wurde, dort müsse gespart werden, dort würden Sie ran wollen. Das ist doch Zeichen Ihrer verfehlten Politik.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen müssen wir es zu Recht ernst nehmen. Wir müssen, bevor beschlossen wird, in dieser Stadt darüber diskutieren, wie wir es schaffen, Menschen weiterhin die Teilhabe zu ermöglichen. Wir können nicht einfach davon ablassen und sagen: Nun lassen Sie uns erst einmal machen, wir reden so nett miteinander und später sehen Sie das Ergebnis. Sie haben als Sozialsenator die Aufgabe, sich als Anwalt der Armen und Schwächeren zu betätigen, und diese Rolle nehmen Sie derzeit nicht wahr.

(Beifall bei der SPD)

Sie verstehen sich als williger Gehilfe eines gescheiterten Finanzsenators; das ist Ihre Rolle. Sie verunsichern die Menschen weiterhin, obwohl es darum geht, gerade den Menschen, die ohnehin wenig haben, in dieser schweren Zeit ein Signal zu geben, dass sie sich auf den Staat verlassen können, dass wir bei wachsenden Bedarfen auch weiterhin für sie sorgen werden und nicht zusammenstreichen. Genau das wollen Sie letztendlich. Das ist doch das Gebot der Stunde und nicht, das alles vom Tisch zu wischen und so weiterzumachen, wie Sie es schon immer getan haben, nämlich die Interessen dieser Menschen nicht ernst zu nehmen. Herr Senator, das ist falsch, was Sie da machen.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch* und *Kersten Artus*, beide *DIE LINKE*)

Deswegen fordern wir Sie auf, das Papier zurückzuziehen,

(*Roland Heintze CDU*: Welches denn?)

einen Kassensturz in der Sozialpolitik zu vollziehen und offenzulegen, wie Sie Sozialleistung zukünftig in Hamburg finanzieren wollen. Wir Sozialdemo-

kraten werden uns dem nicht verschließen, doch wir werden auf keinen Fall zulassen, dass ein Senator ungestraft solche Papiere verbreitet. Das ist dem gesellschaftlichen Zusammenleben in dieser Stadt abträglich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider* und *Norbert Hackbusch*, beide *DIE LINKE*)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg *CDU*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lautstärke und Polemik ersetzen keine Argumente und sind der Sache unangemessen.

(Beifall bei der CDU – *Wolfgang Beuß CDU*: Richtig!)

Eines möchte ich vorab bemerken: Wir haben ein Denkpapier vorliegen und Sie werfen uns reflexartig und mit Schaum vor dem Mund vor, es wären vorformulierte Erklärungen verschickt worden, und das solle der Stadt weiterhelfen. Das empfinde ich überhaupt nicht so.

(Beifall bei der CDU)

Was Sie machen,

(*Ingo Egloff SPD*: Daran hätten Sie sich in hier in Hamburg mal ein Beispiel nehmen sollen!)

ist zutiefst unseriös. Im Grunde genommen entsteht erst daraus eine Drohung. Sie nehmen irgendetwas, vermischen es mit etwas anderem und erbauen daraus ein Drohszenario. Das halte ich wirklich für unseriös. Sie sollten bemerkt haben, dass wir vor großen Herausforderungen stehen, und zwar nicht nur wir in Hamburg, sondern ganz Deutschland und Europa. Wir befinden uns in einer Weltwirtschaftskrise und müssten uns der Lage stellen und nicht so tun, als wären wir irgendwo im Wolkenkuckucksheim für uns allein und könnten da ein bisschen etwas machen. Sie haben im Bund auch die Verantwortung mit einem ganz ordentlichen Bundesfinanzminister mitgetragen. Daher wundert mich Ihr Rufen nach einem Kassensturz. Lesen Sie doch die Zeitung, dann können Sie die Lage wahrnehmen – das kann doch alles nicht so geheimnisvoll für Sie sein – oder gucken Sie in die Haushaltspläne. Das mit dem Kassensturz ist doch sowieso ein völlig albern Argument. Ich kann dem Senat nur danken für die solide Finanzpolitik der vergangenen Jahre.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Wenn wir nämlich so weitergemacht hätten, wie Sie 2001 aufgehört haben, dann möchte ich nicht wissen, wie wir heute in die Krise gehen würden.

(Beifall bei der CDU)

(Egbert von Frankenberg)

Auch an dieser Debatte merkt man, dass SPD und Sparen nicht zusammenpassen; von Ihnen kommt nur Polemik. Wir sind zurzeit noch in einem internen Diskussionsprozess und werden uns mit Ihnen über Sparmaßnahmen auseinandersetzen, das ist gar keine Frage. Doch Sie haben wieder einmal nicht die Nerven behalten können, haben Ihre böartigen vorformulierten Erklärungen gleich auf den Markt losgeschickt und sobald dann die Erklärungen vorliegen, werden die Worte ein bisschen ausgetauscht und die gleiche Erklärung noch einmal abgegeben. Innovativ ist das nicht, die Stadt bringt das nicht voran.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Ingo Egloff SPD*: Seien Sie doch nicht so zimperlich, das sind Sie doch sonst auch nicht!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Blömeke.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Was ist eine Handreichung?)

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kienscherf, es ist bedauerlich. Ich bin entsetzt über das, was hier abgelaufen ist, denn es ist nicht mehr als eine billige Hetze Ihrerseits.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, darf ich Sie bitten, zum parlamentarischen Sprachgebrauch zurückzukehren?

Christiane Blömeke (fortfahrend): – Das tue ich.

Das kann man Ihren Pressemitteilungen und auch Ihren Redebeiträgen entnehmen. Seitens der CDU-Fraktion, der GAL und auch des Senators wurde vorher klipp und klar ausgeführt, dass dieses Papier eine Handreichung ist, in der nichts Beschlossenes steht. Mit einer billigen Polemik verbreiten Sie hier die zehn darin aufgeführten Thesen als beschlossene Sache. Dazu fällt mir nichts anderes ein als dieses Wort, das ich eben benutzt habe.

(*Ingo Egloff SPD*: Das zeugt doch nur davon, welche Denkrichtung Sie haben!)

Ich halte das für verwerflich und es ist nicht im Sinne der Stadt und zeugt nicht von einem verantwortungsvollen Umgang mit diesem wirklich ernsthaften Thema, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. Genauso bedauerlich ist, dass Sie davon sprechen, es würde etwas entschieden. Sie haben eben in den Ausführungen gehört – oder vielleicht auch nicht, weil Ihre Sichtweise da immer sehr eingegrenzt ist –, dass der Senator in einen Dialog mit den Trägern geht. Soweit ich weiß, ist so etwas erstmalig vorgekommen und zu den Zeiten, als die

SPD den Sozialsenator oder die Sozialsenatorin gestellt hat, noch nie geschehen.

(*Ingo Egloff SPD*: Da erinnern Sie sich doch gar nicht mehr dran!)

Ich glaube, dass dieser Prozess neu ist, und ich halte ihn für gut und richtig, weil wir die Träger mitnehmen müssen in diesem Prozess. Der Dialog, der jetzt zwischen Behörde und den Trägern stattfindet, stellt ein Verhandeln her über die Notwendigkeiten, die wir in dieser Stadt leisten müssen. Aber Sie verschließen sich all diesen Vorgängen und schüren eine Unsicherheit in dieser Stadt, die wir nicht tolerieren können. Ich fordere Sie auf, zur üblichen politischen Debatte zurückzukehren, die wir führen, nachdem die Sparmaßnahmen verkündet sind, aber nicht vorher.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Heiterkeit bei der SPD – *Ingo Egloff SPD*: Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was Sie zuletzt gesagt haben, Frau Blömeke, war wirklich entlarvend.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Sie und die gesamte GAL sollten sich einmal fragen, weshalb Sie einerseits beständig den Dialog beschwören und andererseits sagen, mit der Opposition würden Sie dann reden, wenn die Sparmaßnahmen verkündet worden seien.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ihre Logik kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Sie sagen, man befände sich jetzt plötzlich in der Krise und wir sollten uns zurückhalten, bis wir am 27. die Beschlüsse bekämen; erst dann dürften wir debattieren. Sie haben ein Kurzzeitgedächtnis, das nicht mehr zu toppen ist. Haben Sie denn vergessen, dass wir seit März, seit wir hier über den Haushalt reden, gesagt haben, dass sich die Krise überall bemerkbar macht? Wir haben Ihnen angeboten, gemeinsam darüber zu reden und zu debattieren, was machbar ist. Das alles haben Sie damals in die Tonne getreten und jetzt fordern Sie uns auf, Ihre Beschlüsse abzuwarten.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich möchte noch zwei Argumente vorbringen. Der Finanzsenator hat am 25. August erklärt, es ginge um ein Sparvolumen von maximal 300 bis 400 Millionen. Weiter sagte er – Herr von Frankenberg hört ihm wahrscheinlich nicht mehr zu –, man könne sich aus dieser Krise nicht heraussparen, sondern müsse die regionale Wirtschaft vernünftig organisieren, um die Krise zu bewältigen. Das waren

(Dr. Joachim Bischoff)

die Worte von Senator Freytag im August und was ist heute? Nun ist die Rede von einem Sparvolumen von weit über 1 Milliarde Euro, die man beim Haushalt einsparen will. Wenn etwas kontraproduktiv ist und die Krise verschärft wird, dann ist es diese Maßnahme, die ich für völlig inakzeptabel halte.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Sie spielen ein billiges Spiel, wenn Sie wieder einmal Ursache und Wirkung verkehren. Wir haben Ihnen angesichts der schwierigen Situation angeboten, von Anfang an dabei zu sein, aber Sie haben unser Angebot in den Papierkorb gepackt und jagen seit drei Monaten die Öffentlichkeit mit einer Sparoperation nach der anderen. Das ist wirklich nicht zulässig in einer so fragilen Situation und Sie werden die Quittung für diese Entwicklung noch bekommen.

(Christiane Blömeke GAL: Es ist doch noch gar kein Beschluss getroffen!)

– Es geht doch gar nicht um den Beschluss, aber wir alle sind uns der schwierigen Situation bewusst.

Auch die Frage, wie viel man beim Haushalt einsparen könne und ob man den Bürgerinnen und Bürgern jetzt zumuten könne, steht im Klartext in diesem Papier. Wenn Sie es ernst meinen mit der Bekämpfung der Krise, dann können Sie nicht nur die Träger mitnehmen, sondern müssen mit allen reden

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

und das Ganze vernünftig organisieren. Wenn Sie das als Ihren neuen großartigen Stil ausgeben, sage ich nur, na dann, gute Nacht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Trotz dieses freundlichen Wunsches bekommt der Abgeordnete Grund das Wort.

Uwe Grund SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die spannende Frage

(Olaf Ohlsen CDU: Nee!)

ist doch eigentlich, welche Denke hinter dem Denkpapier steckt. Ich möchte mich dem Thema einmal von einer ganz anderen Seite her nähern. Wenn es stimmt, dass das Soziale in der Marktwirtschaft immer stärker als Last, vielleicht sogar als Ballast empfunden wird und wenn wir erleben, dass ein Politiker vom Rang eines Sozialsenators in Hamburg seine eigene Tätigkeit als Belästigung der Bevölkerung empfindet und natürlich so wenig wie möglich Belästigung für die Bevölkerung orga-

nisieren will, dann kommen solche Papiere zustande

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist doch dumm Tüch!)

und man denkt darüber nach, wie man die Lasten senken kann, und nicht darüber, wie die Probleme zu lösen sind. Das ist der Hintergrund dieses Papiers.

Unternehmen Sie mit mir den Versuch, noch einmal anders an das Thema heranzugehen. Stellen Sie sich vor,

(Egbert von Frankenberg CDU: Das ist wirklich Unfug!)

der Wirtschaftssenator würde ein solches Papier veröffentlichen und der Wirtschaft mitteilen, es würden jetzt mehr Hürden aufgebaut, damit staatliche Subventionen und Förderbeiträge möglichst nicht mehr in Anspruch genommen werden. Ich glaube, der Aufschrei bei der CDU und der FDP wäre grandios,

(Ingo Egloff SPD: Bei der GAL natürlich nicht!)

sie würden denken, er habe den Verstand verloren. Wer in der Wirtschaft erfolgreich sein will, muss investieren und deshalb muss die Stadt in die Wirtschaft investieren. Im sozialen Bereich aber wird nicht darüber nachgedacht, wie viel investiert werden muss, um die Probleme zu lösen, sondern darüber, wie man die Leute so quälen kann, dass sie möglichst keine Ansprüche mehr stellen. Das ist perfide und falsch.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Stadt Hamburg leistet sich im Wirtschaftsbe-
reich den Luxus, Förderlotsen zu beschäftigen. Förderlotsen haben den Auftrag, Unternehmer oder solche, die es werden wollen, möglichst an die Töpfe des Staates zu führen, ihnen also aufzuzeigen, wo sie mit gutem Recht Geld und ausdrücklich keine Almosen in Anspruch nehmen können, um damit etwas zu organisieren und in die Stadt zu investieren.

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist doch gut so!)

– Ja, ich finde es gut, Geld dafür auszugeben, dass andere Leute dies erklärt bekommen.

(Olaf Ohlsen CDU: Wo liegt dann Ihr Problem?)

Was allerdings den Sozialbereich betrifft, so schreibt der Senator einen Brief, in dem er die Behördenmitarbeiter dazu auffordert, die Leute von den Leistungen fernzuhalten. Außerdem schlägt er vor, in Berlin mehrheitlich dafür zu sorgen, dass durch Veränderung der Sozialgesetzgebung einige Lasten möglichst kleiner werden. Das steht in dem Papier, das ist die Realität. Der Senator hat gesagt, es sei ein Papier zum Nachdenken. Das be-

(Uwe Grund)

streite ich, Herr Senator. Sie haben ein Papier gemacht, das den Behördenmitarbeitern und den Empfängern von Sozialleistungen ganz klar vorschreibt, wie sie zu denken haben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Hätten Sie an die Empfänger von Sozialleistungen, an die Träger, die Einrichtungen und alle Parteien, auch an die Opposition, einen Aufruf gemacht, dass man darüber nachdenken müsse, wie man die Probleme gemeinsam lösen könne, dann könnte man tatsächlich von einer Aufforderung zum Nachdenken sprechen. Wenn Sie aber den Beteiligten sagen, was sie alles nicht machen sollen und daraufhin zu überprüfen haben, wo bei den Leistungen eingespart werden könne, dann ist das eine andere Intention und genau um diesen Punkt geht es nämlich in diesem Zusammenhang wirklich.

Wir wollen intelligentes Sparen. Um nicht nur zu meckern, nenne ich jetzt konkrete Beispiele. Das erste Beispiel hat zwar nichts mit dem Thema Kinderbetreuung zu tun, das meine Kollegin eben angesprochen hat, passt aber auch. Jahr für Jahr erleben wir, dass eine ganze Reihe sehr junger Menschen, Kinder, Schulabgänger in die Werkstätten für Behinderte gesteckt werden. Wir wissen ziemlich genau, dass dabei häufig die falschen Leute in den zuständigen Stellen, die die Kinder überhaupt nicht gut kennen, vorschnelle Entscheidungen im Sekundentakt treffen. Sind diese jungen Menschen aber erst einmal in der Werkstatt für Behinderte gelandet, so bleiben sie dort meistens lebenslanglich. Dieser Steuerungseffekt kostet pro Kind glatt 1 Million Euro.

(Wolfgang Beuß CDU: Das entscheiden die Schulen!)

– Nein, es geht um die Frage, wie wir die Eingliederungshilfe sinnvoll gestalten können.

Ähnliche Beispiele lassen sich an anderen Stellen finden. Denken Sie an alleinerziehende Frauen. Wenn wir ihnen die Chance auf einen Arbeitsplatz geben, dann haben auch wir die Chance, Sozialleistungen für sie einzusparen, weil sie selbst für ihre Kinder sorgen können. Das ist intelligentes Sparen, Herr Senator, fangen Sie an.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Stephan Müller.

Stephan Müller CDU:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt ein paar Dinge, die nicht unwidersprochen hingenommen werden sollten. Ich richte mich an Sie, Herr Kienscherf. Mit dem Zuhören ist es manchmal so eine Sache und hätten Sie genau zugehört, so hätten Sie mitbekommen, dass mehrfach von der GAL, der CDU

und vom Senator geäußert wurde, dass es gar keine Streichliste und Sparmaßnahmen gibt.

(Ingo Egloff SPD: Ich höre die Worte wohl, allein mir fehlt der Glaube!)

Der Sozialetat fokussiert insbesondere prognostizierte Mehrausgaben und es ist schon ein Unterschied, ob man versucht, Mehrausgaben in den Griff zu bekommen oder eine Streichliste zusammenzustellen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Herr Bischoff, ich habe Sie bislang immer für einen nahezu genialen Strategen gehalten. Umso enttäuschter und verwunderter bin ich, wenn Sie jetzt sagen, wir sollten in aller Breite, möglichst über die ganze Stadt eine Art Brainstorming veranstalten und über sämtliche Möglichkeiten einer Haushaltskonsolidierung nachdenken und diskutieren. Dabei vernachlässigen Sie vollkommen, dass dies zu einer noch nie dagewesenen Unruhe und Verunsicherung in der Stadt führen würde.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der LINKEN – Andy Grote SPD: Das tun Sie doch gerade!)

Das kann also auch nicht der richtige Weg sein. Bei einer Haushaltskonsolidierung gab es noch nie eine so große Beteiligung der Betroffenen wie jetzt, wo sich der Senator mit den Trägern an einen Tisch setzt und mit ihnen über das Papier diskutiert.

(Beifall bei der CDU)

Herr Grund, manchmal empfiehlt es sich, das Papier, über das wir streiten, auch zu lesen, bevor man eine Rede hält, denn wenn Sie es gelesen hätten, dann würden Sie nicht von einer Anweisung an die Mitarbeiter der Sozialbehörde und letztendlich auch an die Träger sprechen. Das Papier trägt eindeutig die Überschrift "Vorschlag für die Überlegung der goldenen Regeln". Was dort steht, ist nicht in Stein gemeißelt.

(Gabi Dobusch SPD: Aha, ganz unverständlich!)

und ich finde es gut, dass es keine Denkverbote gibt und wir eine Diskussionsgrundlage für die Umsetzung dessen haben, was geleistet werden muss.

Eines vernachlässigen Sie alle, Sie denken nämlich nicht im Geringsten darüber nach, dass Leistungen, die im Sozialen erbracht werden müssen – das ist völlig unstrittig –, auch erwirtschaftet werden müssen. Damit haben Sie schon immer ein Problem. Wir können nicht das eine gegen das andere ausspielen, so wie es heute mehrfach geschehen ist. Ich habe an dieser Stelle schon einmal bemerkt, dass nicht der, der die Sozialausgaben ausgibt, sozial ist, sondern der, der sie erwirtschaftet.

(Stephan Müller)

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker* und *Michael Gwosdz*, beide GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält für maximal noch zwei Minuten die Abgeordnete Möller.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wahrscheinlich ist es vermessen von mir, wenn ich versuchen würde, Vertrauen in die Politik und in die Pläne und die Bemühungen, die wir uns im Rahmen der Haushaltskonsolidierung im Moment machen, zu haben. Ich glaube, es ist vermessen,

(*Ingo Egloff SPD*: Stimmt!)

aber ich tue es trotzdem.

(Beifall bei der GAL)

Anstatt einer hoch emotionalen Diskussion, wie sie gerade von der SPD, dem Kollegen von Frankenberg und der Kollegin Blömeke geführt wird, sollten wir sachlich miteinander diskutieren. Deswegen unternehme ich in der Kürze der Zeit den Versuch, zu etwas Sachlichkeit und womöglich auch ein wenig Vertrauen beizutragen.

Der Sache nach geht es um die Arbeit der Fraktionen und des Senats an der Konsolidierung des Haushaltes. Aus den Bereichen Inneres, Soziales und BSU sind bisher eine Menge Vorschläge – in ganz dicken Anführungsstrichen – an die Öffentlichkeit gelangt, von denen bisher noch kein einziger an irgendeiner Stelle entschieden wurde. Der Bereich Sozialpolitik ist vielleicht der emotionalste, weil er die meisten Menschen in dieser Stadt betrifft, und ich werbe dafür, dass Sie uns zutrauen, dies im Blick zu haben. Wie Frau Blömeke sagte, hat die Fraktion ein eigenes Modell gewählt, nachhaltig an das Thema heranzugehen mit dem Ziel, dass keiner der drei Bereiche Soziales, Ökonomie und Ökologie ein Übergewicht bei den Konsolidierungsbemühungen hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Aktuelle Stunde ist durch Zeitablauf beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf, Drucksache 19/4486, Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksachen 19/1577, 19/2153, 19/3114, 19/3124 und 19/2154.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksachen

19/1577:

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2007 (kameral) (Senatsantrag)

19/2153: Jahresbericht 2009 des Rechnungs-

hofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2007 (Vorlage des Rechnungshofs)

19/3114: Ergänzung zum Jahresbericht 2009 des Rechnungshofs

hier: Bericht über das zusammengefasste Ergebnis seiner Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses der Freien und Hansestadt Hamburg auf den 31. Dezember 2007 (Vorlage des Rechnungshofs)

19/3124: Stellungnahme des Senats zum Jahresbericht 2009 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2007 sowie zum Ergänzungsbericht 2009 des Rechnungshofs "Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses der Freien und Hansestadt Hamburg auf den 31. Dezember 2007" (Senatsmitteilung)

19/2154: Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Rechnungshofs im Haushaltsjahr 2007 (Vorlage des Rechnungshofs)

– Drs 19/4486 –]

Wird das Wort gewünscht? – Die Abgeordnete Ahrons bekommt es.

Barbara Ahrons CDU: Meine Damen und Herren! Jetzt können wir die Emotionen vielleicht wieder ein klein wenig herunterfahren.

(Zuruf von *Dirk Kienscherf SPD*)

– Ich habe es gerne sachlich, Herr Kienscherf, das stimmt schon.

Der Rechnungshof hat uns in diesem Jahr wieder seinen Jahresbericht 2009 vorgelegt und wir haben bereits im Frühjahr vor der Ausschusssitzung darüber debattiert. Viele Feststellungen, Beanstandungen und Vorschläge gibt es in diesem Bericht, knapp 50 an der Zahl, die aufzeigen, dass Hamburg in vielen Bereichen seine Einnahmen steigern und seine Ausgaben reduzieren kann. Der Rechnungshof sagt auch konkret, auf welche Weise und mit welchen Maßnahmen das erfolgen kann. So haben die Rechnungsprüfer allein im Jahr 2007 ein Einsparpotenzial in dreistelliger Millionenhöhe und unnötige Ausgaben von rund 50 Millionen Euro ausgemacht. Obwohl diese Summe nur einen Bruchteil des Hamburger Haushaltsvolumens ausmacht, dürfen wir nicht einfach darüber hinweggehen. Es handelt sich hierbei um eine Summe, der wir in Zeiten von Finanz- und Wirtschaftskrise und angesichts einer angespannten Haushaltslage große Beachtung schenken sollten. Die aktuelle Steuerschätzung Anfang dieser Woche hat die Einnahmeerwartung für die Jahre 2009 und 2010 für Hamburg noch einmal nach unten korrigiert. Nachdem die Maisteuerschätzung für dieses Jahr Steuerausfälle in Höhe von 520 Millionen Euro er-

(Barbara Ahrons)

geben hatte, kommen jetzt für 2009 weitere 90 Millionen Euro Mindereinnahmen hinzu.

Vor diesem Hintergrund muss jeder Spielraum genutzt werden, um neben allen zu diskutierenden und zu beschließenden Sparmaßnahmen weitere Möglichkeiten zu nutzen, um den Haushalt zu stabilisieren. Eine wesentliche Maßnahme ist das sparsame Wirtschaften mit den der Stadt zur Verfügung stehenden Geldern. Wir haben den verfassungsrechtlichen Auftrag, mit den uns zu treuen Händen überlassenen Geldern der Bürger verantwortungsvoll und vor allen Dingen auch wirtschaftlich umzugehen. Ob und wie das geschieht, unterliegt unserer Kontrolle und darum ist der Jahresbericht des Rechnungshofes für uns so ein wichtiges Instrument, ohne das wir unserer verfassungsrechtlichen Aufgabe kaum nachkommen könnten.

(Beifall bei der CDU und bei *Andreas Waldowsky GAL*)

Wer den Rechnungshof kritisiert und findet, dass seine Ermahnung zur sparsamen Haushaltsführung in seiner Kompetenz zu weit gehe, dem kann ich nur sagen, dass es gerade die Aufgabe des Rechnungshofes ist, auf diese Dinge hinzuweisen, auch wenn es manchmal unbequem ist und einem nicht passt.

Ich bin, wie in jedem Jahr, daher dem Kollegium des Rechnungshofes unter der Leitung des Präsidenten Dr. Meyer-Abich sehr dankbar für die geleistete Arbeit.

(Beifall bei der CDU und bei *Andreas Waldowsky GAL*)

Mit dieser Arbeit wird dafür gesorgt, dass wir im Parlament unsere Kontrollfunktion ausüben können, wobei es nicht nur darum geht, Steuerverschwendung aufzuspüren und zu verhindern, sondern auch gemeinsam mit den Verwaltungseinheiten Wege zu finden, wie die Steuergelder effektiver verwendet werden können.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, darf ich dem Abgeordneten Müller mal eben ins Gewissen reden. – Danke schön.

Barbara Ahrons (fortfahrend): Der Erfolg der Arbeit des Rechnungshofes liegt vor allem darin, dass er nicht als Ankläger, sondern vielmehr als kollegialer Ratgeber der Verwaltung fungiert und über ein allseits anerkanntes Maß an hoher Kompetenz verfügt. Er ist weit mehr als ein stadteigener Wirtschaftsprüfer, denn der Rechnungshof hat sich in den Jahrzehnten seiner Tätigkeit zu einem schwergewichtigen Unternehmensberater entwickelt. Dr. Meyer-Abich und seine Mitarbeiter sind quasi der stadteigene Roland Berger und McKinsey. Sie prangern nicht nur an, sie zeigen auch im

Dialog mit den betreffenden Verwaltungseinheiten Wege auf, wie die Steuergelder effektiver verwendet werden können. Sparen und Kosten senken, Einnahmen sichern und wirtschaftlich handeln, das sind die maßgeblichen Vorgaben, die der Rechnungshof in seinem Jahresbericht 2009 zur Grundlage seiner Prüfungen, Empfehlungen und Ermahnungen gemacht hat.

Aber erfreulich ist es auch, wenn die Empfehlungen des Rechnungshofes zügig umgesetzt werden, so geschehen beispielsweise beim Punkt bezirkliche Wochenmärkte. Hier gab es seit Längem Mängel bei der Zulassung von Marktbeschickern und beim Gebühreneinzug vor Ort, die zu Mindereinnahmen führten. Soweit mir bekannt wurde, hat es zum Beispiel im Bezirksamt Eimsbüttel daraufhin unverzüglich Veränderungen in der Organisation, bei der technischen Umsetzung und Abrechnung gegeben. Hier zeigen die Empfehlungen und Beanstandungen also eine unmittelbare Wirkung.

Das gelingt uns leider nicht immer beziehungsweise an mancher Stelle besser und an mancher Stelle überhaupt nicht. Ein Fall, der mir besonders aufgefallen ist und den ich beispielhaft nennen möchte, ist die Verlagerung der Grundschule Chemnitzstraße.

(*Olaf Ohlsen CDU: Was ist denn das?*)

Die Behörde hat ohne Beleg der Wirtschaftlichkeit anstelle eines 4,8 Millionen Euro teuren Umbaus einen Neubau für 14,6 Millionen Euro realisiert. Sie hat Bau- und Kostenvorlagen nicht vorgelegt, die Gesamtkosten im Haushaltsplan unvollständig angegeben und zudem noch für die Sporthalle um 800 000 Euro überhöhte Baukosten genannt.

(*Jan Quast SPD: Weiß Herr Roock davon?*)

Mögliche Effizienzvorteile, zum Beispiel durch die Durchführung eines Architektenwettbewerbes, hat die Behörde nicht geprüft und somit die Chance für einen wirtschaftlicheren Entwurf vertan. Damit wurden in diesem Falle natürlich die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit deutlich missachtet.

Der Rechnungshof macht zudem immer wieder klar, dass es erhebliche Verhaltensmängel der Verwaltung gegenüber der Bürgerschaft gibt, zum Beispiel durch Verstöße gegen das Budgetrecht des Parlaments, durch unzutreffende oder ungenaue Informationen über Projektkosten sowie durch nicht eingehaltene Zusagen über Umsetzungsmaßnahmen. Der Rechnungshof hat in mehreren Einzelfällen festgestellt, dass die Verwaltung dem Gebot, die Rechte des Parlaments zu beachten, nicht ausreichend nachgekommen ist.

Ich kann nur erneut daran erinnern, meine Damen und Herren: Das Parlament ist die Inhaberin des Budgetrechtes. Das heißt, das Parlament allein be-

(Barbara Ahrons)

willigt die Mittel. Insoweit sind die Rolle und die Rechte des Parlamentes zukünftig stärker zu beachten.

Im Ausschuss haben die Abgeordneten aller Fraktionen die Häufigkeit und das Gewicht der in diesem und in den vorangegangenen Jahresberichten angesprochenen Mängel bei der Beteiligung der Bürgerschaft beanstandet. Der Rechnungshof hat zudem wieder festgestellt, dass Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen fehlen oder nicht in der sachlich gebotenen Weise durchgeführt oder dokumentiert worden sind.

Ich bedaure diese immer wieder vorkommenden Verstöße gegen das Budgetrecht der Bürgerschaft sehr. Vor dem Hintergrund der Häufigkeit und des Gewichts dieser Feststellung hat der Unterausschuss darum seinem Bericht eine Liste mit den einschlägigen Verstößen als Anlage beigefügt.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Ich möchte eindringlich an die Verwaltung appellieren, künftig das Budgetrecht der Bürgerschaft durchgängig zu beachten.

(Beifall bei der CDU und bei *Andreas Waldowsky GAL*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie in jedem Jahr mahnt der Rechnungshof den Senat zu einem kostenbewussteren Vorgehen. In diesem Jahr – Frau Ahrons, Sie haben schon darauf hingewiesen – kam es im Sommer zu einem Eklat um die HafenCity Universität. Der Rechnungshof mahnte Wirtschaftlichkeit und eine Begründung an, als der Senat darauf beharrte, die HafenCity Universität in die HafenCity zu verlegen, anstatt sie an ihrem alten Standort an der Hochschule für Architektur zu belassen. Wegen seiner kritischen Einlassungen hat der Rechnungshof einen Rüffel von Vertretern der Koalition bekommen und wurde ermahnt, er solle sich nicht in die Politik einmischen. Ich frage mich, wieso eigentlich? Mit seinen kritischen Hinweisen in einem laufenden Entscheidungsverfahren hat der Rechnungshof weder Neuland betreten noch Grenzen überschritten; er hat seine Aufgabe erfüllt, die Maßnahmen der Regierung nach geltenden Vorgaben und insbesondere auf ihre Wirtschaftlichkeit hin zu beurteilen. Der Rechnungshof wacht schließlich darüber, dass kein Geld verschwendet wird und das geschieht natürlich dann am wirkungsvollsten, wenn noch etwas zu retten ist.

Der Neubau des ZOB Bergedorf ist doppelt so teuer geworden, als es die zuständige Behörde ursprünglich veranschlagt hatte. Der Senat selber hat vor Kurzem die Notbremse gezogen und eine

Ursachenanalyse vom Rechnungshof angefordert. Es geht darum, Wege und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie derartige Kostenexplosionen bei Bauprojekten künftig verhindert werden können – das ist bitter nötig, meine Damen und Herren.

Wir wissen aus unserer Großen Anfrage zum aktuellen Kostenstand von Baumaßnahmen, dass von 217 Großprojekten 63 teurer geworden sind als geplant. Beispiele sind sattsam bekannt: Elbphilharmonie, U4, Schießanlage der Polizei, Ortsumgehung Finkenwerder, diverse Schulbauten, die im aktuellen Jahresbericht des Rechnungshofs besprochen werden. Insgesamt sind bei diesen 63 Projekten Mehrkosten von 800 Millionen Euro entstanden. 800 Millionen Euro Steuergelder wurden verschwendet; das ist unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Mit diesen 800 Millionen Euro müssten wir uns weitaus weniger Gedanken darüber machen, wie auf die gerade bekannt gewordenen Steuerausfälle 2009 zu reagieren ist und Sie hätten keine sozialpolitischen Denkpapiere nötig, wie Sie künftig Sozialleistungen erbringen können.

Wir sollten für alle Hinweise des Rechnungshofes dankbar sein. Er hilft, Verschwendungen zu vermeiden, wenn er uns rechtzeitig auf überflüssige Mehrausgaben aufmerksam macht. Ich möchte mich darum ganz ausdrücklich beim Rechnungshof, seinem Präsidenten, dem Kollegium und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die jetzt sicherlich Rathausfernsehen gucken, ganz herzlich für ihre Arbeit bedanken und sie ermutigen, so weiter zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Mein Dank gilt auch den Mitgliedern der Fraktionen im Rechnungsprüfungsausschuss für ihre gute, kollegiale und offene Zusammenarbeit. Die gute Zusammenarbeit hat sich auch daran gezeigt, dass unsere Beanstandungen und Beschlüsse einstimmig getroffen wurden.

In seinem Jahresbericht hat der Rechnungshof festgestellt, dass der Senat siebenmal gegen die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und gegen das Budgetrecht der Bürgerschaft verstoßen hat. In den Jahren 2005 bis 2008 gab es 12 solcher Beanstandungen. Es gibt aber auch Erfreuliches zu berichten. Durch rechtzeitige Interventionen des Rechnungshofes konnten jeweils 3,3 Millionen Euro bei der Wegeverbindung zur Elbphilharmonie und beim Bau der U4 eingespart werden. Das ist angesichts der Mehrkosten wenig, aber wir brauchen jeden Pfennig.

Der Rechnungshof mahnt nicht nur zur Sparsamkeit, er rügt auch falsche Sparsamkeit. So sind zum Beispiel an der Universität Schäden von 375 Millionen Euro entstanden, weil Jahr für Jahr

(Dr. Monika Schaal)

2,7 Millionen Euro für die notwendige Bauunterhaltung eingespart wurden. Die Phantasien der Wissenschaftssenatorin von einer Verlagerung der Universität werden diesen Instandhaltungsstau noch vergrößern und die Sanierungskosten weiter anwachsen lassen – ein Grund mehr, diesen unsinnigen Plan aufzugeben.

Ein weiterer gravierender bilanzwirksamer Wertverlust droht beim Stadtgrün. Der Rechnungshof kritisiert, dass die Unterhaltung von Grünflächen und Spielplätzen unterfinanziert sei. Die bewilligten Mittel decken nur noch 45 Prozent der notwendigen Unterhaltungen und 27 Prozent der Grundinstandsetzungen. Herr Senator Freytag, das ist die Folge der Umweltpolitik, für die Sie verantwortlich waren. Wenn Sie jetzt versprechen, nicht sparen zu wollen, wo es um die Lebensqualität der Stadt geht, dann finde ich das reichlich pharisäerhaft.

(Beifall bei der SPD)

Der Rechnungshof kritisiert immer auch die mangelhafte Wirkung der eingesetzten Mittel. Wenn die Polizei mehr als 640 Stellen bewilligt, die Schutzleute aber nicht vor Ort in den Polizeikommissariaten und auf der Straße ankommen, sondern in den Schreibstuben der oberen Etagen hocken, geht das zu Lasten der Sicherheit. Das Gleiche gilt auch umgekehrt, wenn Stellen nur bei den Indianern, nicht aber bei den Häuptlingen eingespart werden. Unerfreulicherweise geht dieser Prozess aktuell mit der Einsparung von Schutzleuten bei der Zusammenlegung von Polizeikommissariaten weiter. Dazu kommt, dass in die aufgegebenen Standorte – zum Beispiel bei uns in Niendorf, Frau Ahrons – zuvor mit Renovierungen und Aufhübschungen kräftig investiert wurde. Ressourceneffizienz sieht anders aus, meine Damen und Herren.

Das Thema Steuerungsmöglichkeit der Politik beschäftigt uns schon wegen der Einführung des neuen Haushaltswesens im Rechnungsprüfungsausschuss. Wir haben uns übrigens auch mit dem Konzernabschluss beschäftigt und den Senat gebeten, uns die Bilanzierungsregelung zur Verfügung zu stellen, damit wir künftig dieses schwierige und für uns neue Thema auf Augenhöhe diskutieren können.

Leistungen der öffentlichen Verwaltung dürfen sich nicht nach Wohnorten unterscheiden. Es darf auch nicht dazu kommen, dass Vorgaben des Senats zur Steuerung ins Leere laufen, weil sie nicht umgesetzt werden. Das ist zum Beispiel beim bezirklichen Ordnungsdienst geschehen. In keinem Bezirk sind die Wege-, Straßen-, Baum- und Wasserwartungsgemäß mit dem bezirklichen Ordnungsdienst zusammengefasst worden. Mit dieser Maßnahme sollte die uniformierte Präsenz vor Ort gestärkt werden, um dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung nachzukommen. Wenn es Gründe gibt, eine Vorgabe nicht umzusetzen, dann muss dies politisch erörtert und gegebenenfalls verän-

dert werden, aber man kann sie nicht einfach ignorieren.

Unser Fazit: Bereits in seinem Jahresbericht 2008 hat der Rechnungshof mehr Ausgabendisziplin angemahnt, doch an der Konsolidierung mangelt es noch immer. Auch in diesem Jahr fordert der Rechnungshof dazu auf, das Ausgabenniveau zu senken. Die Senatspolitik krankt dessen ungeachtet aber weiterhin am Gegenteil. Zur Besserung verordnet der Rechnungshof, Investitionen wirtschaftlicher zu planen und umzusetzen, Werte durch Investitionen zu erhalten, Aufgaben zielgerichtet zu erledigen und Verwaltung besser zu steuern und zu kontrollieren – das ist auch an unsere Adresse gerichtet. Darüber hinaus müssen beispielsweise in der Arbeitsmarktpolitik vorrangig externe Finanzmittel genutzt werden, wenn ein Anspruch auf sie besteht. In den ausgegliederten Bereichen müssen wirtschaftliche Risiken reduziert werden, ein Thema, das uns zurzeit auch in der aktuellen Diskussion um die Ausgliederung des Schulbaus beschäftigt. Es gibt viel zu tun, packen wir es an. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Waldowsky.

Andreas Waldowsky GAL: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich doppelt Dank sagen. Erst einmal Dank an den Rechnungshof und an seine Mitarbeiter. Wieder einmal haben Sie mit Leidenschaft und mit großer Kompetenz gearbeitet und einen Rechnungshofsbericht vorgelegt, der von uns im Ausschuss voll und ganz bestätigt wurde. Die von Ihnen vorgebrachte Kritik hatte Hand und Fuß und wir haben uns dem immer anschließen müssen.

Der zweite Dank ist der Dank, den ich an die Kollegen im Rechnungsprüfungsausschuss richten möchte. Wir haben dort sehr engagiert und vor allen Dingen sachlich gearbeitet. Es gab keine kleinliche Parteipolitik, sondern es ging um die Sache, nämlich um die Probleme, die wir ansprechen mussten.

Womit haben wir uns beschäftigt? Wir mussten uns wieder mit einer ganzen Breite der Politik beschäftigen – das macht die Arbeit in diesem Ausschuss interessant –, die praktisch alle Behörden betroffen hat. Wir haben uns mit viel Ärgerlichem beschäftigt, aber zum Teil auch mit Kuriosum.

Ärgerlich waren, wie in den Jahren zuvor auch, die vielen Verstöße gegen das Budgetrecht der Bürgerschaft, also gegen unser Budgetrecht, und die vielen Verstöße gegen die Wirtschaftlichkeit. Das sind die ärgerlichen Sachen, gegen die wir – das haben auch meine beiden Vorrednerinnen gesagt – immer wieder alle gemeinsam ankämpfen

(Andreas Waldowsky)

müssen. Wir müssen Verwaltungen und Behörden immer wieder dazu auffordern, unsere Rechte einzuhalten.

Es gab auch Kurioses; ich möchte zwei Beispiele nennen. So durften wir uns mit der Jugendmusikschule beschäftigen, die zeitweise nicht in der Lage war, Mahngebühren und Säumniszuschläge einzutreiben, weil sie keine Software dazu hatte. Da wundert man sich schon. Ein anderes Kuriosum, das vielleicht etwas ernsthafter ist: Jeden Tag, an dem die Sonne aufgeht, zahlen wir 4600 Euro für ein Landespolizei-Orchester. Das dient nicht gerade der Sicherheit und dennoch haben uns die Vertreter der Innenbehörde engagiert dargelegt, warum wir aus ihrer Sicht das Landespolizei-Orchester auf alle Fälle auch in Zukunft brauchen werden. Auch mit solchen Fällen haben wir uns beschäftigt.

Was habe ich gelernt, was habe ich mitgenommen und meinen Kollegen in der GAL-Fraktion mitgeteilt aus der Arbeit dieser drei Abende? Das sind drei Dinge.

Der Landesrechnungshof hat sich mit dem Konzernabschluss beschäftigt und dazu ein Sondergutachten vorgelegt, aus dem wir entnehmen konnten, dass er für mehr Transparenz über die tatsächliche wirtschaftliche Lage sorgt. Vom Rechnungshof wurde zu Recht gelobt, dass es keine Schattenhaushalte mehr gibt, sondern einen Überblick über das gesamte Vermögen. Dennoch gibt es noch Mängel hinsichtlich der Transparenz. Der jährliche Konzernabschluss muss noch transparenter werden. Wir haben – auch darauf haben meine Vorrednerinnen schon hingewiesen – über Bewertungsfragen gestritten und den Senat aufgefordert, uns da noch größere Klarheit zu verschaffen. Ich habe drei Punkte, und zwar unterstützt vom Rechnungshof, aus diesen Sitzungen mitgenommen.

Erstens ist das neue Steuerungswesen, die Doppik, gut und richtig. Wir sollten an diesem neuen Rechnungswesen festhalten, auch wenn in der einen oder anderen Fraktion Politiker im Rahmen der aktuellen Sparmaßnahmen darüber nachdenken, ob man die Umstellung auf das neue Haushaltswesen nicht ganz aufgeben sollte.

(Beifall bei *Barbara Ahrons CDU*)

Das darf nicht sein, das haben die Diskussionen im Rechnungsprüfungsausschuss gezeigt. Es wurde aber deutlich, dass wir sehr viel mehr kompetente Begleitung brauchen. Wir haben alle einen Fortbildungsbedarf und müssen sehr ernsthaft die Einrichtung eines Budgetbüros diskutieren, damit wir alle als Abgeordnete besser mit diesem neuen Instrument der Haushaltsrechnungslegung umgehen können.

Als zweiten Punkt habe ich das Problem der Wirtschaftlichkeitsprüfung mitgenommen. Wir Politiker müssen diese Wirtschaftlichkeitsprüfungen immer

wieder in unseren Ausschüssen anfordern. In den Diskussionen um die HafenCity Universität haben wir ein langes Hin und Her gehabt, bis uns endlich eine Wirtschaftlichkeitsprüfung vorgelegt wurde. Diese ist allerdings weitgehend formal geblieben. Das muss in der Sache substantiell besser werden. Wir haben auch andere Beispiele, wo eine solche Prüfung unterblieben ist oder nicht hinreichend war. Deshalb die Aufforderung an alle Kollegen, in ihren Ausschüssen immer wieder auch Wirtschaftlichkeitsprüfungen einzufordern.

Der dritte problematische Bereich, den ich mitgenommen habe, ist die Auslagerung von öffentlichen Aufgaben in Landesbetriebe, Anstalten öffentlichen Rechts oder GmbHs, AGs und so weiter. Das Beispiel Planetarium hat gezeigt, wie schwer es teilweise möglich ist, dort politische Wirtschaftlichkeitsvorgaben durchzusetzen. Die Kulturbehörde hat dort einen mühseligen Kampf führen müssen. Wir müssen unseren Blick schärfen und sehen, dass wir auch in ausgelagerten Betrieben das Sagen haben. Auch da muss die Politik durchgreifen können, das ist immer noch ein großes Problem.

Nach der von uns geleisteten Arbeit möchte ich abschließend sagen: Es hat sich wieder gezeigt, dass wir gerade in der Haushaltslage, in der wir jetzt sind, kritische Haushälter in allen Fraktionen brauchen. Diese kritischen Haushälter bedürfen einer engagierten und kritischen Begleitung durch den Rechnungshof. Dafür möchte ich diesem noch einmal danken. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann mich dem Urteil meiner Vorredner anschließen: Der Rechnungshof macht eindeutig eine gute Arbeit und auch unsere Arbeit im Ausschuss gehört mit dazu.

Frau Schaal hat darauf hingewiesen, dass es um viel Geld geht. Das mag in diesem Hause kein großes Interesse erwecken, aber es geht um viel Geld bei diesen Projekten, die Mehrkosten verursachen. Eigentlich müsste man wünschen, der Rechnungshof könne seine Kräfte noch vervielfältigen, denn bei weiteren Prüfungen – das ist meine feste Überzeugung – wäre sicherlich an vielen Punkten noch eine ganze Menge Geld zugunsten der öffentlichen Hand einzusparen und das könnte dann für andere Zwecke verwendet werden. Soweit reichen die Gemeinsamkeiten mit meinen Vorrednern.

Ich habe jetzt drei Punkte, Herr Waldowsky, aber ich möchte das nicht als kleinkariert verstanden wissen. Frau Dr. Schaal hat uns einen recht optimi-

(Dr. Joachim Bischoff)

stischen Ausblick gegeben. In der Vergangenheit gab es 12 Beanstandungen in Sachen Wirtschaftlichkeit, jetzt sind es nur noch sieben, daraus könnte man schließen, dass wir vielleicht irgendwann einmal die Null erreichen werden. Ich bin mir da nicht so sicher – auch, nachdem ich Ihr Plädoyer gehört habe, Herr Waldowsky –, ob das so geht und ob Ihr Appell an die Ausschüsse die richtige Stelle ist.

Ich möchte, wie meine drei Vorredner, noch einmal auf die HafenCity Universität zu sprechen kommen. Herr Waldowsky, wir haben wohl eine unterschiedliche Sichtweise auf dieses Projekt. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sagen Sie, es sei letztendlich eine Wirtschaftlichkeitsrechnung vorgelegt worden, die aber formal geblieben sei. Ich habe mir angesehen, wie der Senat auf die Vorhaltungen reagiert hat. Das war skandalös, was Frau Gundelach gemacht hat, auch dem Parlament gegenüber.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich möchte das nur als Problemstellung verstanden wissen, wie nämlich der Senat auf Vorhaltungen des Rechnungshofs reagiert. Ich zitiere:

"Die Feststellungen des Rechnungshofs, dass mit der Standortwahl HafenCity Mehrkosten gegenüber anderen Standorten entstehen und eine Wirtschaftlichkeitsberechnung nicht vorliegt, treffen im Grundsatz zu."

Es ist klar, dass nun das berühmte "Aber" kommen muss:

"Bezüglich der [...] Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der Standortauswahl geht die BWF inzwischen davon aus, dass eine vergleichende Betrachtung der positiven und negativen Effekte zweier Standorte mit quantitativen Methoden in diesem Fall nicht zu belastbaren Aussagen führt."

Man hätte also mit Annahmen arbeiten müssen und vor diesem Hintergrund hat das BWF auf einen Wirtschaftlichkeitsvergleich verzichtet. Der Senat sagt hier zu einem Großkonflikt in der Stadt abschließend, er habe keinen Wirtschaftlichkeitsvergleich vorgelegt. Er ist sogar noch stolz darauf und schiebt eine Begründung dafür nach, die in dem ganzen Verfahren angegriffen worden ist.

Aus meiner Sicht geht es darum, wie wir so etwas vermeiden oder damit umgehen können. Ich habe immer betont, dass ich es akzeptieren kann, wenn die Behörde und der Senat hinterher sagen, dass Sie sich zugunsten des Projektes entscheiden und von der Wirtschaftlichkeitsrechnung distanzieren wollen. Aber zuvor muss diese Wirtschaftlichkeitsrechnung vorgelegt werden, sonst geht das nicht. Es kann nicht darum gehen, Wirtschaftlichkeitsrechnungen als Instrument zur Legitimierung irgendwelcher Projekte heranzuziehen. Solange wir

es nicht schaffen, diese Haltung zu brechen und solange das dem Senat nicht beigebracht wird, werden wir, fürchte ich, immer wieder Verstöße gegen die Wirtschaftlichkeit zur Kenntnis nehmen müssen.

Frau Ahrons, Sie haben mein zweites Beispiel, die Schule Chemnitzstraße, schon angesprochen. Hier sind die Kosten von 4,8 Millionen Euro auf fast 15 Millionen Euro angestiegen. Das ist wirklich ein Skandal. Rückblickend sagt der Senat:

"Die Feststellung des Rechnungshofs, dass eine vollständige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht vorliegt, trifft zwar zu, die Notwendigkeit des Neubaus konnte aber nicht ausschließlich aus Sicht der zuständigen Behörde begründet werden."

Solange gesagt wird, dass der Rechnungshof und auch die "deppigen" Wirtschaftsprüfer recht haben, wir aber hinterher feststellen müssen, dass das nichts ändert und Senat und Behörden unbeeindruckt bei ihrer Auffassung bleiben, ist das in meinen Augen eine Missachtung des Parlaments. Das ist in diesen beiden Verfahren sichtbar geworden und das muss geändert werden. Wenn wir diese Haltung nicht aufbrechen, dann ist zu befürchten, dass irgendwann unsere ganze Arbeit ins Leere läuft.

Ich will noch zwei Punkte ansprechen. Der Rechnungshof schreibt – der Senat hat es sich auch zu Eigen gemacht –:

"Öffentlich Private Partnerschaften [...] könnten aus sich heraus nicht die Lösung finanzieller Probleme darstellen ..."

Das ist ganz wichtig, weil wir, Stichwort intelligente Privatisierung, eine ganze Reihe solcher Projekte vor uns haben. Wenn das funktionieren soll, dann wäre jetzt der Appell an Ihre eigene Fraktion hilfreich, Herr Waldowsky. Es muss dem Rechnungshof dann auch gefolgt werden; die ÖPP-Projekte müssen im Einzelnen und differenziert betrachtet werden und es muss für jedes dieser Projekte ein Nachweis der Wirtschaftlichkeit erfolgen.

Der letzte Punkt. Das war eben eine Hommage an das neue Rechnungswesen von Ihnen. Nach meinem Eindruck sind wir noch eine Ecke davon entfernt, denn zu der Konzernbilanz stellt der Rechnungshof fest:

"Aufgrund umfangreicher Vereinfachungen, die im gewählten pragmatischen Projektvorgehen begründet sind, kann der Konzernabschluss in Teilen noch nicht als in sinngemäßer Anwendung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung aufgestellt gelten. Aufgrund der Vereinfachungen [...]"

geht es hier um

(Dr. Joachim Bischoff)

"... eine verzerrte Darstellung der Vermögens- und Ertragslage".

Im Klartext hätte der Rechnungshof auch sagen können, dass das, was jetzt vorliegt, ein Schritt in die beabsichtigte Richtung sei. Wenn das neue Rechnungswesen wirklich zu mehr Transparenz führen soll, dann muss in diesen Bereich noch erheblich mehr Energie hineingesteckt werden. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wir kommen zunächst zu den Empfehlungen des Haushaltsausschusses aus Teil A IV seines Berichts. Die unter dem Buchstaben a) erbetenen Kenntnismeldungen sind erfolgt.

Wer, wie in b) empfohlen, die in der Haushaltsrechnung 2007 ausgewiesenen Überschreitungen genehmigen möchte, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Hierzu bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. – Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen will, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Wer nun der Ausschussempfehlung aus c) folgen und dem Senat für das Haushaltsjahr 2007 Entlastung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wer sich, wie unter d) empfohlen, den unter Teil A Abschnitt II des Ausschussberichtes aufgenommen Beschlussvorschlägen des Unterausschusses Prüfung der Haushaltsrechnung anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

In Teil B des Haushaltsausschussberichtes wird empfohlen, den Rechnungshof für dessen Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2007 Entlastung zu erteilen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig passiert.

Ich möchte nun die Gelegenheit nutzen, dem Rechnungshof, der jetzt auch anwesend ist, und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die von ihnen geleistete Arbeit ausdrücklich den Dank unseres Hauses auszusprechen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir kommen zu Punkt 34 der Tagesordnung, Drucksache 19/4519, Antrag der SPD-Fraktion: Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus.

[Antrag der Fraktion der SPD: Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus – Drs 19/4519 –]

Ich möchte, bevor ich Frau Domres das Wort erteile, darum bitten, dass die Gespräche auf der zweiten Reihe der Senatsbank unterbrochen werden. Die sind so vertieft, dass Frau Blömeke gar nicht merkt, dass ich mit ihr rede.

(Glocke)

Frau Blömeke, es wäre nett, wenn Sie Ihre Gespräche draußen weiterführen oder warten würden, bis die Sitzung zu Ende ist.

Wir sind bei Punkt 34 der Tagesordnung, Antrag der SPD-Fraktion: Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus. Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion federführend an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz sowie mitberatend an den Sozialausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Frau Domres, bitte.

Anja Domres SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eine vom Diakonischen Werk in Hamburg in Kooperation mit der Nordelbischen Kirche und der Gewerkschaft ver.di in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Ergebnis, dass in Hamburg zwischen 6000 und 22 000 Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere leben. Zwar hat es im September bereits eine Verbesserung für diese Menschen gegeben, da eine allgemeine Verwaltungsvorschrift in Kraft getreten ist, die die sogenannte Übermittlungssperre, die bisher nur für Ärzte galt, beispielsweise auch auf die Krankenhausverwaltungen ausgedehnt hat. Diese waren zuvor verpflichtet, Menschen, die sich illegal in Deutschland aufhalten, an die Ausländerbehörden zu melden. Mit der geänderten Verwaltungsvorschrift wurde eine wesentliche Barriere beseitigt, den im Asylbewerberleistungsgesetz verankerten Rechtsanspruch auf Gesundheitsleistungen für Menschen ohne Papiere in Anspruch nehmen zu können. Dennoch existieren weitere finanzielle, rechtliche und andere Hindernisse, die Ärzte und Krankenhauspersonal auf der einen Seite und Menschen ohne Papiere auf der anderen Seite verunsichern

(Anja Domres)

und den tatsächlichen Zugang zur Gesundheitsversorgung und zu Gesundheitsleistungen praktisch verweigern.

In Artikel 12 des UN-Sozialpakts ist das Recht auf höchstmögliche, körperliche und geistige Gesundheit sowie das Recht auf medizinische Versorgung für jeden Menschen festgeschrieben. Es gehört zu den grundlegenden Menschenrechten, die für alle in Deutschland lebenden Menschen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, gelten. Der für die Einhaltung dieser Konvention zuständige UN-Ausschuss hat ausdrücklich betont, dass medizinische Einrichtungen und ärztliche Betreuung für alle, insbesondere für die besonders Schutzbedürftigen und an den Rand gedrängten Gruppen der Bevölkerung, der Zugang de jure und auch de facto ohne Verletzung des Diskriminierungsverbots zugänglich sein müssen. Hamburg muss klären, wie dieses Recht auf Gesundheit für Menschen ohne Papiere tatsächlich umgesetzt werden kann. Die Gesundheitsleistungen müssen für Menschen ohne Papiere ohne die Gefahr der Entdeckung zugänglich gemacht werden.

Dabei geht es überhaupt nicht darum, diesen Menschen eine bessere Gesundheitsversorgung zu geben als den Menschen, die in einer privaten oder gesetzlichen Krankenkasse versichert sind und dafür ihre Beiträge zahlen. Es geht darum, diesen Menschen überhaupt die Möglichkeit einer gesundheitlichen Versorgung zu geben.

Bisher gab es in Hamburg Angebote wie zum Beispiel die medizinische Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migranten, das Medibüro in Altona, in der Ärztinnen und Ärzte ehrenamtlich eine Vermittlung in medizinische Behandlung angeboten haben, und auch das Angebot der Malteser Migranten Medizin, das sogenannte MMM, auf dem Gelände des Marienkrankenhauses, das Menschen ohne Krankenversicherung Beratung und Unterstützung durch ehrenamtliche, meist pensionierte Ärzte und Ärztinnen angeboten hat. Aber eine funktionierende Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Papiere kann nicht allein auf Ehrenamtlichkeit, Spenden und Vergütungsverzicht gegründet sein.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der LINKEN)

Dieses ist unangemessen. Die Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Papiere muss aus der Parallelwelt der Ehrenamtlichkeit und der Freiwilligkeit herausgeholt und in die Regelversorgung des Gesundheitssystems integriert werden.

Herr Senator Wersich, Sie haben gestern schon in der Aktuellen Stunde, als es um die Menschen ohne Papiere ging, in der Debatte gesagt, dass Sie der Meinung sind, dass diese Menschen durch private Einrichtungen gut versorgt würden, dass die humanitäre, private Zivilgesellschaft dafür eintreten könne und der Staat nicht die Aufgabe habe, für il-

legale zu sorgen. Dies sehe ich anders und wir als SPD-Fraktion möchten den Senat auffordern,

gemeinsam mit den bisherigen und den potenziellen Trägern und möglichen Kostenträgern der Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Papiere die verschiedenen in Deutschland zurzeit praktizierten Finanzierungsmodelle zu diskutieren und Entscheidungen zu treffen. Als Finanzierungspartner kommen Stiftungen, Fonds, staatliche Teilfinanzierung oder auch die Beteiligung der Krankenkassen infrage, wobei auch Mischmodelle möglich sein werden. Dabei ist auch der Vorschlag des Diakonischen Werks zu diskutieren, in Hamburg das Konzept des anonymisierten Krankenscheins zu erproben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Natürlich ist dabei auch zu überlegen, ob es Menschen ohne Papiere möglich gemacht werden kann und ob es ihnen möglich sein wird, einen angemessenen finanziellen Eigenbeitrag zu leisten. Es muss aber geklärt werden, welche Stelle für den einzelnen Patienten ohne Papiere entscheiden soll, welche Gesundheitsleistungen jeweils bereitgestellt werden und für die nötigen formalen Abläufe gestaltet werden müssen. Diese Aufgabe kann nur von einer Stelle übernommen werden, die bei den Betroffenen und auch von öffentlicher Seite her volles Vertreten genießt, zugleich aber die volle medizinische Fachkompetenz hat und die Kompetenz im Umgang mit der Zielgruppe aufweist.

Wir fordern den Senat daher auf, einen Runden Tisch Gesundheitsversorgung für Papierlose mit Vertretern der zuständigen Behörden, der Wohlfahrtsverbände, der Ärztekammer, der Krankenkassen und möglichen anderen Kostenträgern sowie der Kirchen einzurichten und auf Basis des Asylbewerberleistungsgesetzes die Verbesserungsmöglichkeiten der medizinischen Versorgung für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus zu erörtern und gegebenenfalls umzusetzen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es ist kurzfristig zu prüfen, ob bei den Gesundheitsämtern, den Bezirksämtern oder bei Freien Trägern sogenannte humanitäre Sprechstunden eingerichtet werden können, die die gesundheitliche Primärversorgung von Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, also Menschen ohne Papiere, sicherstellen können. Eine solche humanitäre Sprechstunde, zuerst für Roma, später dann auch für Migrantinnen und Migranten aus Afrika, gibt es seit 1997 beim Gesundheitsamt in Frankfurt. Eine internationale Sprechstunde findet dort seit 2009 statt. Diese Sprechstunde bietet Besucherinnen und Besuchern kostenlose und anonyme Beratung, medizinische Betreuung im Sinne einer hausärztlichen Sprechstunde und die Nutzung der gemeinsamen und gesamten fachärztlichen Infrastruktur des Gesundheitsamtes. Dabei steht in

(Anja Domres)

Frankfurt die humanitäre Sprechstunde als Angebot nicht allein da, sondern sie ist mit allen anderen möglichen Angeboten vernetzt, wie zum Beispiel der kommunalen Ausländerinnenvertretung und Migrantenvereinen in Frankfurt. Es wäre schön, wenn der Senat in Hamburg ebenfalls ein solches Angebot konzipieren könnte.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Schließlich fordern wir den Senat auf, eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel zu unterstützen und einzubringen, den Abschiebeschutz bei Schwangerschaft und Geburt auf drei Monate vor und drei Monate nach der Geburt auszudehnen. Dies ist insbesondere wichtig, um die Ausstellung einer Geburtsurkunde für das geborene Kind zu gewährleisten. Bisher gelten die allgemeinen Mutterschutzfristen, die eine Abschiebung sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt vorsehen, aber eine Verlängerung würde für die Mütter einfach sicherstellen, dass sie tatsächlich eine Geburtsurkunde für das Kind erhalten können.

Herr Senator, es ist einfach unzureichend, wenn Sie, wie gestern geschehen, diese gesamte Versorgung auf private Träger und Wohlfahrtsverbände abschieben wollen.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Skandal!)

Der Staat ist durchaus in der Pflicht und so wird es auch in anderen Bundesländern gehandhabt. Ich frage mich, wieso immer Hamburg eine Ausnahme sein muss bei Dingen, die andere Bundesländer schon längst als ihre Pflicht begreifen. In Hamburg ziehen sich Staat und Regierung aus vielen Angelegenheiten heraus und verlassen sich auf das gute Funktionieren der Ehrenamtlichkeit; das kann es nicht sein. Sie haben vorhin noch davon gesprochen, dass es keine Denkverbote geben dürfe. Wenn Sie von Denkverboten sprechen, müssen Sie aber auch davon ausgehen, dass es diese in keinem Bereich geben darf. Sie müssten sich daher überlegen, ob es eine Möglichkeit gibt, dass Sie als Senat dafür sorgen, dass es eine staatliche Unterstützung, einen staatlich geförderten Zugang dieser Menschen ohne Papiere in die Gesundheitsversorgung dieser Stadt gibt. Ich habe heute erfahren, dass die ursprünglich beantragte und auch einvernehmlich getragene Überweisung des Antrags der SPD-Fraktion an den Gesundheitsausschuss inzwischen von der GAL- und der CDU-Fraktion abgelehnt wurde. Ich finde das sehr schade, weil ich denke, dass man kritische Themen oder Themen, für die man ad hoc keine Lösungen hat – es gibt viele solcher Themen und es erwartet auch niemand, dass man sie gleich lösen kann –, nicht einfach totschweigen kann, indem man sie nicht an die zuständigen Sach- und Fachausschüsse zur fachlichen Diskussion überweist. Ich halte diesen Schritt für falsch.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Er ist aber auch nur ein erneutes Beispiel, wie der Senat versucht, sich von unliebsamen Themen zu trennen, indem er diese überhaupt nicht erst an die Ausschüsse zur Diskussion überweist.

Wir fordern den Senat auf, bis zum 31. März 2010 einen Bericht zu erstellen hinsichtlich der Anstrengungen, die der Senat bis dahin unternommen hat, die Gesundheitsversorgung von Menschen ohne gültige Papiere zu verbessern, einen Bericht auch darüber, welche Ergebnisse es bis dahin geben wird oder ob der Senat dann feststellen wird, dass er sich weiter auf der ehrenamtlichen Arbeit engagierter Menschen ausruhen wird und das Problem weiter ignoriert.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Krüger.

Harald Krüger CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal eine Bemerkung vorweggeschickt: Bei jedem Hilfeangebot für hier lebende Menschen ohne geklärten Aufenthaltsstatus, also Menschen, die sich illegal hier aufhalten, besteht natürlich für den Staat ein Dilemma. Auf der einen Seite dürfen und sollen humanitäre Grundsätze auf keinen Fall verletzt werden, auf der anderen Seite sind aber gerade vom Staat Recht und Gesetz zu beachten. Ein ähnlicher Zielkonflikt besteht auch für Helfer im nicht-staatlichen Bereich in diesem Fall. Einerseits müssen sie die Unterstützung geben, die erforderlich und wünschenswert ist, auf der anderen Seite darf es keine Preisgabe der Anonymität geben.

Dies einmal vorausgeschickt, muss ich Ihnen sagen, liebe Frau Domres, dass es Ihres Antrags gar nicht bedurft hätte, denn das Thema ist für die SPD vielleicht interessant, aber wir als schwarz-grüne Koalition haben uns dieser Problematik längst angenommen.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Längst!)

Ein Blick in unseren Koalitionsvertrag hätte Ihnen auch gezeigt, dass dies wirklich kein neues Thema ist.

(Beifall bei der CDU und bei *Antje Möller GAL*)

Probleme gibt es insbesondere bei der medizinischen Versorgung in Notfällen. Ob die Zahlen, die Sie hier genannt haben für Menschen ohne Aufenthaltsstatus, belastbar sind, sei dahingestellt. Jeder einzelne Fall, bei dem es zu einem Problem kommt, erfordert Hilfe. Deshalb will ich mich hier auch gar nicht auf Zahlen einlassen. Grundsätzlich muss aber festgestellt werden, dass das Asylbewerberleistungsgesetz sehr wohl eine medizini-

(Harald Krüger)

sche Versorgung in Notfällen vorsieht. Erfahrungen aus München belegen, dass etwa zwei Drittel aller derartigen Fälle in dieser Form lösbar sind. Das dürfte vermutlich von den Relationen her auch für Hamburg gelten und ich weise darauf hin, dass sich beispielsweise das UKE in diesem Bereich sehr engagiert.

Soziale und medizinische Hilfe für Menschen in der Illegalität stellen ein sehr komplexes Problem dar. Das Grundsatzproblem der Illegalität ist natürlich, dass die Regelsysteme eben nicht zur Verfügung stehen, und man muss sich unabhängig von der Wahl des Lösungswegs klarmachen, dass vermutlich trotz aller Bemühungen nicht in jedem Fall die erforderliche und von uns allen sicherlich gewünschte Hilfe möglich sein wird.

Der Deutsche Städtetag hat sich wiederholt mit diesem Problem befasst. Es liegen Erfahrungen aus anderen Städten vor und Hannover, meines Wissens von einem SPD-Oberbürgermeister regiert, hat im letzten Jahr formuliert, dass für Staat und Kommunen Illegalität nicht hinnehmbar sei. Das heißt, das erste Ziel – das gilt auch für die medizinische Versorgung – muss sein, dass wir Menschen, die ohne geklärten Aufenthaltsstatus hier leben, wieder in die Legalität bringen, in die Regelsysteme einführen und nicht etwa Parallelsysteme aufbauen.

(Christiane Schneider DIE LINKE: In das Regelsystem der Abschiebung!)

Alle Maßnahmen müssen also zunächst einmal darauf hinauslaufen, Illegalität möglichst zu verhindern und neue Systeme auch im Gesundheitsbereich zu erleichtern. Der Weg zu einer Normalisierung der Parallelgesellschaft kann wirklich nicht unser Ziel sein.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Da sind die ja bei Ihnen in guten Händen!)

Neben den rechtlichen Problemen, die ich eben nur kurz angerissen habe, gibt es natürlich auch praktische. Es ist ein wenig lebensfremd zu glauben, dass Sprechstunden in Bezirksämtern für Menschen ohne Aufenthaltsstatus, die natürlich Angst haben, sich hier aufzuhalten, wirklich die richtige Anlaufstelle sind für eine Sprechstunde. So souverän werden die meisten Menschen, die hier in einer Schatten- und Parallelwelt leben, vermutlich nicht sein.

Bei Freien Trägern – auch die gibt es in Hamburg, Frau Domres hat darauf hingewiesen, die Malteser im Marienkrankenhaus wurden genannt – gibt es nach den Gesprächen, die ich mit ihnen geführt habe, durchaus zwiespältige Gefühle beim Thema Finanzierung. Auf der einen Seite wird sich jeder Träger, der in diesem Bereich tätig ist und von Spenden und ehrenamtlichem Engagement lebt, natürlich über finanzielle Hilfe freuen. Auf der anderen Seite wurde mir sehr plausibel deutlich ge-

macht, dass jede Form von staatlicher Hilfe dazu führt, dass man als Träger eine rechtliche oder zumindest moralische Verpflichtung gegenüber dem Staat hat, wenn man diese Hilfe annimmt. Gerade die Glaubwürdigkeit eines freien Trägers im Umgang mit Illegalen besteht darin, deutlich zu machen, dass man überhaupt keine Verpflichtung gegenüber dem Staat hat, dass, wer sich an diesen Träger wendet, keine Angst haben muss, in irgendeiner Form dann doch einem staatlichen Zugriff ausgesetzt zu sein. Auch das bitte ich einmal zu bedenken, das ist meiner Meinung nach ein wichtiges Argument.

Es gibt auch andere praktische Fragen, die man klären muss. Wie beweist man eigentlich, dass man keine Papiere hat? Es wäre für mich absolut inakzeptabel, dass Menschen, die eine Krankenkassenskarte in der Tasche haben, aus eventuell nachvollziehbaren Gründen die Behandlung in der Anonymität vorziehen würden und sich deshalb nicht offenbaren. Das kann nicht unser Ziel sein. Ich will es nicht überbetonen, ich will damit nur andeuten, dass dies auch ein Aspekt ist, den man berücksichtigen muss. Schließlich wäre es ungerecht, wenn Menschen in der Illegalität Leistungen bekämen, bei denen sie von Zuzahlungen befreit wären, während andere, besonders mit geringem Einkommen, eigene Zuzahlungen leisten müssen. Dass der legal hier lebende Mensch mehr zahlt als der illegal hier Lebende, kann nicht unser Ziel sein.

(Beifall bei der CDU)

Dann gibt es ethische Probleme. Bei jeder Art von Leistung muss einem klar sein, dass sie vermutlich endlich ist. Wir können jedoch unmöglich an irgendeinem Tag des Jahres, an dem dieser Topf erschöpft ist, denjenigen plötzlich nicht mehr behandeln. Man muss sich also Gedanken machen, wenn man so ein Angebot macht, dass es verlässlich ist nicht nur für die Helfer, sondern insbesondere für die Patienten, die wir nicht wieder weg-schicken wollen. Diese Liste ließe sich lange fortführen.

Genau über solche Themen, liebe Frau Domres, sind wir seit langer Zeit in der Koalition im Gespräch und deshalb müssen diese Fragen politisch, ethisch und rechtlich zunächst einmal geklärt sein. So eine Klärung wird nun gewiss nicht durch einen Runden Tisch ersetzt, Politik wird immer noch im Parlament gemacht und nicht an Runden Tischen.

(Jan Quast SPD: Oder im Ausschuss!)

Nachdem diese Klärung erfolgt ist, kann man gern wieder mit den Betroffenen an einem Runden Tisch zusammenkommen, um Detailfragen für die Ausgestaltung zu klären. Aber Ihr Vorschlag, mit Verlaub, bringt da wirklich keine Lösungsvorschläge und deshalb hat es auch wenig Sinn, ihn im

(Harald Krüger)

Ausschuss zu diskutieren und wir werden ihn auch ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heitmann.

Linda Heitmann GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch wenn immer wieder davon die Rede ist, dass Menschen, die illegal in dieses Land einreisen, die sich hier ohne gültigen Aufenthaltsstatus aufhalten, Gesetze gebrochen haben, so ist es dennoch so, dass sie häufig aus einer Notlage heraus gekommen sind. Fakt ist, dass diese Menschen hier sind und wir haben die Verantwortung, mit diesen Menschen umzugehen.

(Beifall bei der GAL)

Gestern in der Debatte wurde bereits mehrfach betont, welche grundlegenden Rechte auch Menschen ohne Papiere in dieser Stadt haben. Sie haben das Recht auf Bildung, das Recht auf Schutz vor Ausbeutung. Hierzu war ein schöner Artikel in der "ZEIT" letzte Woche, den ich gerne empfehle. Diese Menschen haben auch ein Recht auf Gesundheitsversorgung. Diese Rechte sind geschützt durch den UN-Sozialpakt, durch die UN-Kinderrechtskonvention, durch die Wanderarbeiter-Konvention und einige mehr.

Ich gehe jetzt direkt zum SPD-Antrag über: Liebe SPD, ich habe mich gefreut, dass ein Antrag kam, dass Sie sich wieder einmal zum Hüter unseres Koalitionsvertrags gemacht haben, in dem ganz klar verankert ist, dass wir uns dieses Themas annehmen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Ihr Antrag enthält sehr viele wichtige und richtige Punkte. Wir lehnen ihn deshalb heute ab, weil wir in der Koalition schon sehr viel weiter sind, als Sie es in Ihrem Antrag wollen.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Dann können Sie das ja im Ausschuss erklären!)

Sie fordern in Ihrem Antrag einen Runden Tisch mit allen Akteuren der Stadt. Es gab bereits mehrere Gespräche, mit dem Medibüro, mit der Ärztekammer und mit dem UKE, weil auch uns deren Einbeziehung in eine Konzeption wichtig ist und wir einen regen Austausch pflegen.

Dann haben Sie in Ihrem Antrag geschrieben, dass Sie gern die Überprüfung verschiedener, in anderen Städten praktizierter Modelle anstoßen würden. Auch das ist bereits geschehen. Sowohl die Behörde als auch Antje Möller und ich haben die verschiedenen Modelle sehr genau angesehen und wir diskutieren innerhalb der Koalition derzeit, welches Modell oder welche neue Konzeption

möglicherweise auch auf Hamburg zugeschnitten sein könnte.

Ich erzähle Ihnen vermutlich nichts Neues, wenn ich sage, dass unsere beiden Parteien bei diesem Thema nicht immer ganz dieselben Auffassungen vertreten und auch von sehr unterschiedlichen Polen kommen, was die Diskussion teilweise nicht ganz einfach macht. Aber ich glaube, dass wir eine Koalition sind, die sehr gut und sehr pragmatisch zu Lösungen kommen wird.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

So sind wir uns weitgehend einig in der Frage, dass eine Clearingstelle, wie sie in München praktiziert wird, auch für Hamburg ein Bestandteil sein könnte. Wie das in der weiteren Ausgestaltung dann aussehen soll, darüber sind wir im Austausch. Es ist mir sehr wichtig, dass bei dem Umgang mit Menschen im illegalen Aufenthaltsstatus ohne den Druck zur Aufdeckung der Identität gearbeitet wird.

(Beifall bei der GAL und bei Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Ich persönlich finde es etwas zynisch, wenn immer wieder betont wird, Menschen im illegalen Aufenthaltsstatus hätten die Möglichkeit, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Anspruch zu nehmen,

(Ingo Egloff SPD: Das hat der Senator gestern aber gesagt!)

denn genau dafür müssen sie ihren Aufenthaltsstatus aufdecken. Und das ist die Zwickmühle, die es häufig verhindert, dass schwerwiegende Krankheiten viel zu spät behandelt werden, fachlich unzureichend oder sogar gar nicht. Auch schwangere Frauen haben kaum Möglichkeiten, ihr Kind in dieser Stadt unter sicheren Bedingungen zur Welt zu bringen.

Es ist, wie Herr Wersich gestern in der Debatte schon betont hat, ein kleiner Fortschritt, dass nun im Bundesrat die verlängerte Schweigepflicht des Sozialamts erreicht wurde, die es möglich macht, auch in akuten Notfällen die Kosten einer Krankenhausbehandlung zu übernehmen, ohne dass eine Aufdeckung der Identität notwendig ist. Aber man muss leider auch konstatieren, dass Menschen im illegalen Aufenthalt häufig sehr schlecht über ihre Rechte informiert werden und es eine sehr große Hürde für diese Menschen darstellt, überhaupt an Institutionen heranzutreten, die in irgendeiner Form mit dem Staat assoziiert werden. Da besteht großes Misstrauen und große Skepsis, weshalb eine staatsferne und unabhängige Organisation als Anlaufstelle sehr wichtig ist.

(Beifall bei Antje Möller GAL – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Heitmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Yildiz?

Linda Heitmann (fortfahrend): – Nein, er redet gleich noch.

Ich komme jetzt auch zum Schluss meiner Rede. Es gibt Gespräche mit den Akteuren, die Koalition arbeitet an diesem Thema und ich freue mich, Ihnen hier hoffentlich bald konkretere Planungen vorstellen zu können, über die wir dann gern wieder diskutieren können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist in der gestrigen Debatte deutlich geworden – Frau Heitmann, Sie haben es auch angesprochen –, dass die Frage der Anonymität und ihrer Akzeptanz in gewisser Weise auf allen diesen Handlungsfeldern im Mittelpunkt steht. Das gilt auch für das Handlungsfeld Gesundheitsversorgung. Herr von Frankenberg, Sie haben gestern klipp und klar gesagt, es solle gesundheitliche Versorgung geben, aber keinen Anspruch auf Anonymität.

Herr Senator Wersich, Sie haben gestern völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass jahrzehntelange Illegalität – ich bitte Sie, bei diesem Wort die Anführungszeichen mitzudenken, denn kein Mensch ist illegal – unerträglich für alle mittelbar und unmittelbar Beteiligten ist, hier stimme ich Ihnen voll zu. Aber die Perspektive der Rückführung – dieser Begriff ist wirklich ein Euphemismus – und der Abschiebung fesselt Menschen im Schattendasein der Illegalität. Die politische Situation in vielen Ländern, die tiefe Spaltung der Welt und übrigens zunehmend auch die Klimakatastrophe führen in Zukunft zu großen und wahrscheinlich ziemlich rasant wachsenden Wanderungsbewegungen und Flüchtlingsströmen in aller Welt. Das kann man sich wünschen, davor kann man die Augen verschließen, aber damit schafft man diese Tatsache nicht aus der Welt. Die Flüchtlingsbekämpfungspolitik der EU und der Bundesrepublik Deutschland verhindert diese Flüchtlingsströme nicht. Sie verhindert auch nicht, dass es Menschen gelingt, sich hierher durchzuschlagen. Aber sie führt dazu, dass Menschen hier in die Illegalität gezwungen werden, sie produziert die Illegalität dieser Menschen. Es wird bei Aufrechterhaltung dieser restriktiven Flüchtlingspolitik deshalb keine Lösung der Problematik geben, dass Menschen in der Illegalität leben müssen. Diesem Umstand muss Rechnung getragen werden, und das bedeutet zweierlei.

Erstens muss es unserer Meinung nach eine Amnestie für die jetzt hier lebenden Illegalisierten geben.

Zweitens, da dies so schnell nicht erreichbar ist und auch nicht prophylaktisch gilt, denn es werden immer weitere Leute kommen, müssen Regelungen gefunden werden, die von dieser massenhaften Tatsache illegalisierter Menschen auch hier in Hamburg ausgehen.

Da Senator Wersich weder das eine noch das andere will, also weder Amnestie

(*Olaf Ohlsen* CDU: Darf er ja nicht!)

noch die Anerkennung der Tatsache, dass es Illegalität zwangsläufig geben wird, ist sein Verweis auf den unerträglichen Zustand jahre- oder jahrzehntelanger Illegalität in letzter Instanz zynisch. Sie bieten für wenige Fälle die vage Chance einer Legalisierung und für die große Zahl der Betroffenen die Abschiebung in Zustände, aus denen sie oft unter Lebensgefahr geflüchtet sind. Unter solchen Umständen ist doch selbstverständlich, dass Betroffene die trostlose Situation der Illegalität der Abschiebung vorziehen.

Was heißt das jetzt für die Frage der Gesundheitsversorgung? Wir müssen weiter davon ausgehen, dass eine große Zahl von Menschen ohne Aufenthaltstitel in dieser Stadt lebt. Wir stimmen dem Antrag der SPD zu, weil er einige wichtige Anliegen aufnimmt und Vorschläge macht, die wir unterstützen. Aber ich sage ganz offen, dass wir diese Schritte nicht für ausreichend halten. Ich habe gern vernommen, Frau Domres, dass Sie über weitergehende Schritte nachdenken und darüber am Runden Tisch sprechen möchten. Trotzdem ist Ihr Vorschlag unserer Ansicht nach nicht ausreichend.

Senator Wersich, Sie haben gestern ausdrücklich gesagt, es könne nicht das Ziel sein, Anonymität zu normalisieren und diese Menschen mit Geduldeten gleichzustellen. Ich habe zweimal nachgeschaut, aber Sie haben tatsächlich gesagt, sie dürften nicht einmal mit Geduldeten gleichgestellt werden. Sie haben dann das hehre Wort der Gerechtigkeit verwendet, es würde den Gerechtigkeitsgrundsatz eklatant verletzen. Mir hat da der Atem gestockt.

(*Olaf Ohlsen* CDU: Der hätte noch länger stocken sollen!)

Ihr Gerechtigkeitsgrundsatz scheint darin zu bestehen, im Hinblick auf die Menschenrechte eine deutliche Abstufung auf der alleruntersten Ebene, auf der Ebene der am meisten Ausgegrenzten und Entrechteten, aufrechtzuerhalten. Diese weitere Klassifizierung von Leistungsberechtigungen mögen die für gut halten, die das Prinzip der Klassenmedizin verfolgen und in die Tat umsetzen. Dem Grundgedanken einer solidarischen und gerechten Gesellschaft widerspricht dies total.

(Christiane Schneider)

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Herabsetzung auf der untersten Stufe, die Sie wollen, macht die SPD nicht in ihrem Antrag und dafür bin ich außerordentlich dankbar. Sie tragen der Tatsache, dass unter uns illegalisierte Menschen leben, wirklich Rechnung. Das hat Ihre Rede, Frau Domres, auch bestätigt und darüber habe ich mich gefreut.

Jetzt kommt mein Aber: Sie treten für die Gleichstellung der Illegalisierten mit den Geduldeten ein. So habe ich die Begründung verstanden, wenn Sie ausdrücklich sagen, Grundlage der Gesundheitsleistungen kann nur Paragraph 1a Asylbewerberleistungsgesetz sein, denn eine Besserstellung von Menschen ohne Papiere gegenüber Asylsuchenden oder geduldeten Menschen sei nicht vermittelbar. Doch die Gesundheitsversorgung der Geduldeten kann nach unserer Auffassung nicht der Maßstab sein; das ist für uns das Problem Ihres Antrags. Das Asylbewerberleistungsgesetz gewährleistet lediglich einen reduzierten Leistungsanspruch bei akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen. Ich weise darauf hin, dass auch die Ärzteorganisationen diesen reduzierten Leistungsanspruch seit vielen Jahren kritisieren, und zwar mit Begründungen wie der, die Abgrenzung sei bei vielen Krankheitsbildern und Verläufen nicht möglich, Paragraph 4 des Asylbewerberleistungsgesetzes widerspreche dem Präventionsgedanken und sei ethisch bedenklich. Dieser ohnehin schon eingeschränkte Rechtsanspruch auf Sozialleistungen wird durch Paragraph 1a Asylbewerberleistungsgesetz noch weiter eingeschränkt für geduldete und vollziehbar ausreisepflichtige Migrantinnen, indem diese Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nur noch erhalten, – Zitat –:

"... soweit dies im Einzelfall nach den Umständen unabweisbar geboten ist."

– Zitatende. –

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Die SPD hat bisher die in den Fachkreisen unterstützte Forderung nach einem anonymisierten Krankenschein, die wir unterstützen, nicht aufgegriffen. Sie argumentiert, dass eine Besserstellung von Menschen ohne Papiere gegenüber Asylsuchenden oder geduldeten Menschen nicht vermittelbar sei; ich hatte das Zitat vorgelesen. Wir wollen natürlich nicht die Besserstellung der illegalisierten Menschen, weil wir nämlich die Schlechterstellung der Geduldeten und Asylsuchenden nicht wollen. Wir wollen überhaupt keine Aufteilung des Grundrechts auf Gesundheitsversorgung nach exzellent, gut, ausreichend, notdürftig und knapp notdürftig.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb sagen wir, wir wollen den anonymisierten Krankenschein, wir wollen die Diskussionen darüber, wie die Staaten, wie die Bundesrepublik Deutschland, wie Hamburg in Zeiten einer globalisierten Welt grundlegende Menschenrechte für alle gewährleisten. Wir sehen deshalb auch die Notwendigkeit, die im Asylbewerberleistungsgesetz zementierte Vielklassen-Gesundheitsversorgung abzuschaffen.

Es ist in dieser Debatte deutlich geworden, dass eine Menge Fragen noch nicht geklärt sind, dass Diskussionsbedarf besteht über einzelne Regelungen. Wir sehen den Ausschuss als den Ort an, an dem diese Debatte weitergeführt werden kann, und es ist mir sehr erklärlich, warum Sie diese Debatte nicht führen wollen, weil nämlich die erheblichen Differenzen zwischen der CDU und der GAL dann auf den Tisch kämen. Aber da opfern Sie wichtige Anliegen der Koalitionsrason und das kann nicht sein. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Domres.

Anja Domres SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich mir die Redebeiträge der CDU- und der GAL-Fraktion anhöre, dann stellen die einen den Missbrauchstatbestand in den Vordergrund, verweisen auf den Koalitionsvertrag und sagen, es habe Gespräche mit den Trägern gegeben, es sei aber alles schwierig, während die anderen darlegen, sie hätten die Modelle geprüft, verschiedene Gespräche geführt und wüssten eigentlich schon, wofür sie sich entscheiden. Da gehen die beiden Meinungen doch sehr weit auseinander und ich hoffe, dass wir auf ein gemeinsames Ergebnis der Koalition zur Versorgung von Menschen ohne Papiere nicht so lange warten müssen wie auf den Gesetzentwurf für den Nichtraucher-schutz, der uns auch seit mehreren Monaten verfolgt.

Trotz alledem möchte ich insbesondere die GAL-Fraktion noch einmal auffordern, der Überweisung unseres Antrags an den Ausschuss zuzustimmen. Sie sagen selbst, Sie hätten die Gespräche geführt und seien eigentlich schon sehr weit. Dann frage ich mich natürlich, warum man es nicht gemeinsam im zuständigen Ausschuss diskutieren kann.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus und Norbert Hackbusch, beide DIE LINKE)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt der Abgeordnete Yildiz.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unsere Stellungnahme hat

(Mehmet Yildiz)

Kollegin Schneider dargestellt. Ich möchte mit einem konkreten Beispiel erläutern, warum gesundheitliche Versorgung wichtig ist. Ich kenne eine Familie,

(Olaf Ohlsen CDU: Ich kenne auch eine Familie!)

die zufällig auch aus der Stadt kommt, in der ich geboren bin. Sie lebt schon seit 1980 in Deutschland, aber im Sommer dieses Jahres habe ich leider erfahren müssen, dass diese Familie illegal hier lebt. Ich dachte, sie hätte eine Aufenthaltsgenehmigung. Die Familie wandte sich an mich, weil sie Probleme hatte. Ich wunderte mich, als sie erzählten, ihr Vater sei krank. Ich meinte, er könne doch zum Arzt gehen. Dann sagte der Sohn zu mir, sein Vater lebe seit 1980 hier, er habe zehn Jahre erfolglos ein Asylverfahren betrieben und sei seit 1990, also seit 19 Jahren, ohne Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland,

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist schlimm genug!)

ohne irgendeine gesundheitliche Versorgung und Rechte. Dieser Mann arbeitete schon seit 1980 in ein und demselben Unternehmen bis zum Sommer, als er schwer erkrankte. Bis dahin hat die Familie die Kosten selbst übernommen, aber weil der Vater so schwer erkrankt war, war das nicht mehr möglich. Sie waren bei mir im Büro und am Ende mussten sie einen Asylantrag stellen, damit die Kosten vom Sozialamt übernommen werden. Das Ergebnis ist, dass die Familie durch die Verteilung nach Ostdeutschland geschickt wurde. Ich habe leider letzte Woche bei einer Hochzeit erfahren, dass die Mutter – sie war ebenfalls illegalisiert und auch krank – seitdem im Krankenhaus liegt. Das zeigt, in welcher Situation diese Menschen leben.

Zu Punkt 2 Asylbewerberleistungsgesetz hat meine Kollegin Schneider gesprochen, ich möchte das auch an einem Beispiel verdeutlichen. Ein Mensch, der aus der Türkei kam, Folter erlebt hat und hier untersucht werden sollte, wurde durch dieses Asylbewerberleistungsgesetz, Paragraph 1, ständig ausgegrenzt und diskriminiert. Die Folge ist, dass seine Krankheit nicht behandelt werden konnte. Sie sollten diesen Menschen jetzt sehen, er läuft mit 35 Jahren völlig krumm, weil unsere Gesundheitsversorgung unmenschlich ist. Ich bin der Meinung, dass jeder Mensch in dieser Stadt das Recht haben sollte, gesundheitlich versorgt zu werden.

Die Wirtschaft und das Kapital nutzen unsere Stadt und unsere Möglichkeiten hier sehr gut und wir debattieren ständig darüber – wie auch in der vorigen Debatte –, wie wir die Wirtschaft fördern können. Dann sollten wir doch auch den Menschen, die keine Möglichkeiten haben, das Recht auf eine gesundheitliche Versorgung geben.

(Beifall bei der LINKEN und bei Wolfgang Rose SPD)

Frau Heitmann, zu der Bundesratsinitiative der Berliner LINKEN und der SPD: Das ist eine Verwaltungsvorschrift, in der nicht geregelt ist, wer die Kosten übernimmt. Das ist jetzt das Problem. Wenn der Senat sich hinstellt und sagt, wir übernehmen die Kosten nicht, dann müssen die Menschen sich illegalisieren. Das führt nur dazu, dass sie weiterhin schweigen; das muss man einmal klarstellen. Es werden salopp Dinge gesagt und alle denken, der Bundesrat hat doch etwas getan und einen Schritt unternommen. Aber das ist nicht die Lösung. Jetzt hängt alles von den Ländern ab, damit sie sich bewegen. Gesundheitssenator Wersich überlegt immer noch, wie er Menschen abschieben kann, statt denen, die seit zig Jahren in diesem Land leben und sich als ein Teil dieses Landes fühlen, die Möglichkeit zu geben, auch in der Praxis gesetzlich gleichgestellt zu werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich darf Sie vorab darüber in Kenntnis setzen, dass der Abgeordnete Jens Grapengeter hat mitteilen lassen, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Wer stimmt nun einer Überweisung der Drucksache 19/4519 federführend an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz sowie mitberatend an den Sozialausschuss zu? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte dem Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/4519 zustimmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich rufe Punkt 28 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/4517, Bericht des Rechtsausschusses: Bürgerschaftliches Ersuchen vom 23. März 2009, "Erweiterung der sozialtherapeutischen Abteilung im Jugendstrafvollzug".

[Bericht des Rechtsausschusses über die Drucksache 19/3749: Bürgerschaftliches Ersuchen vom 23. März 2009 "Erweiterung der sozialtherapeutischen Abteilung im Jugendstrafvollzug", Drs. 19/2595 (Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft) – Drs 19/4517 –]

Die Fraktionen haben einvernehmlich auf eine Aussprache verzichtet.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 19/4517 ohne Aussprache Kenntnis genommen hat.

Ich rufe Punkt 36 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/4521, Antrag der SPD-Fraktion: Erhalt der Lehrschwimmbecken.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Erhalt der Lehrschwimmbecken
– Drs 19/4521 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/4624 ein gemeinsamer Antrag der GAL- und der CDU-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktionen der GAL und CDU:
Erhalt der Hamburger Lehrschwimmbecken
– Drs 19/4624 –]**

Beide Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Sportausschuss überweisen. Die Fraktionen haben einvernehmlich auf eine Aussprache verzichtet. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 19/4521 und 19/4624 an den Sportausschuss zu? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen. – Das ist dann einvernehmlich so geschehen. Beide Drucksachen sind an den Sportausschuss überwiesen worden.

Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/4101, Große Anfrage der GAL-Fraktion: Aufstieg durch Bildung, Umsetzung der "Qualifizierungsinitiative für Deutschland" in Hamburg.

**[Große Anfrage der Fraktion der GAL:
Aufstieg durch Bildung. Umsetzung der "Qualifizierungsinitiative für Deutschland" in Hamburg
– Drs 19/4101 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Gwosdz bitte.

Michael Gwosdz GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Oktober 2008 haben Bund und Länder beim Bildungsgipfel in Dresden mit der Erklärung "Qualifizierungsinitiative für Deutschland, Aufstieg durch Bildung" Ziele vereinbart, indem sie festgelegt haben, dass Bildung die höchste Priorität verliehen werden soll. Sie haben bestmögliche Startbedingungen für alle Kinder beschlossen. Sie haben beschlossen, dass es Schul- und Berufsabschlüsse für jeden und jede geben soll und sie haben in diesem Dokument festgeschrieben, dass alle die Chance auf einen Aufstieg durch Bildung erhalten werden. Das sind an sich Ziele, denen sich keiner verweigern kann, die aber natürlich Binsenweisheiten aus der bisherigen bildungspolitischen Debatte sind.

Trotz alledem gibt es nun dieses Dokument, ein Jahr ist seitdem vergangen. Es ist vereinbart worden durch die Exekutiven der Bundesländer. Es legt Ziele und Maßnahmen fest, denen wir in den Ländern folgen sollen, auch als Parlamentarier, ohne bislang daran beteiligt gewesen zu sein. Deshalb hatten wir als Fraktion beschlossen, wenigstens ein Jahr später einmal nachzufragen, wie weit wir eigentlich mit der Umsetzung der Ziele dieser Dresdener Beschlüsse sind, und diese Ziele und Beschlüsse sowie ihre Umsetzung wollten wir auch einmal in die parlamentarische Debatte einspeisen.

Die Antwort des Senats auf die Große Anfrage hat ergeben, dass Hamburg bei vielen dieser Punkte, die letzten Endes in großen Teilen qualitativer Art sind, gute Arbeit geleistet hat und bereits gut dasteht oder auf einem guten Weg ist. Ich möchte einige Beispiele aufgreifen.

Die Bundesländer haben sich in Dresden vor einem Jahr verpflichtet, die Sprachförderung in der Vorschulzeit auszubauen. Da kann man für Hamburg festhalten, dass sie bereits auf einem guten Stand ist. Durch das Sprachförderkonzept hat Hamburg hier einen guten Standard gesetzt und die verbindliche Schulvoruntersuchung aller Vierzehnjährigen ist ein wichtiges Element der Frühförderung. Der Förderbedarf wird sehr früh erkannt und es wird entsprechend gegengesteuert. So stellen wir in Hamburg sicher, dass jedes Kind zumindest in diesem Punkt gut gerüstet seine Schullaufbahn beginnen kann. Das Personal dafür ist bereits bereitgestellt und Hamburg baut noch weiter aus. Es gibt neue Sprachkurse für Mütter von Vorschulkindern und neue Family-Literacy-Kurse, in denen die Eltern gestärkt werden, ihre Kinder im Spracherwerb daheim zu unterstützen; das Programm wird ausgeweitet. Es kommt vor allem Kindern mit Migrationshintergrund zugute, denn die Mitwirkung der Eltern im Bereich der vorschulischen Förderung ist unabdingbar für den späteren Schulerfolg der Kinder.

Auch ein anderes Ziel möchte ich aufgreifen, und zwar die Erhöhung des Anteils an Personal mit Migrationshintergrund an den Schulen und natürlich auch die Erhöhung des Anteils von Männern im Lehrberuf. Wir hatten die Diskussion schon häufiger in dieser Legislaturperiode und auch hier zeigt sich, dass Hamburg bei den Zielsetzungen, die in Dresden vereinbart wurden, auf einem guten Weg ist. Der Anteil an Lehrerinnen und Lehrern mit Migrationshintergrund wird stetig erhöht. Im November 2009 weisen 19,1 Prozent aller neuen Referendare einen Migrationshintergrund auf; im vergangenen Jahr, zum Zeitpunkt der Dresdener Beschlüsse, waren es noch 12,6 Prozent. Auch der Anstieg beim männlichen Anteil ist beachtenswert. In diesem Jahr sind 37,8 Prozent der Referendare männlich, 2008 waren es noch 27,8 Prozent. Insbesondere im Primarbereich ist ein Anstieg erreicht

(Michael Gwosdz)

worden; gegenüber 13 Prozent im Vorjahr sind es 2009 bereits 21,6 Prozent. Das zeigt, dass die vereinbarten Ziele erfüllbar sind und auch erreicht werden.

Bei der Schulabbrecherquote haben sich die Bundesländer gemeinsam das Ziel gesetzt, sie zu halbieren – in Hamburg bis 2015. In Hamburg hatten wir im Ausgangsjahr 2008 eine Quote von 8,2 Prozent. Dass das zu viel ist, wissen wir. Mit der neuen Schulstruktur in Verbindung mit stärkerem individualisiertem Lernen ab dem kommenden Schuljahr werden die Voraussetzungen für Schülerinnen und Schüler, erfolgreich in eine berufliche Ausbildung oder ins Studium überzugehen, erheblich verbessert. Auch in Bezug auf Jugendliche ohne Berufsabschluss gibt es eine Reihe von Maßnahmen, um ihre Quote zu reduzieren. Es gab in der Vergangenheit Maßnahmen wie die Reform der teilqualifizierten Berufsfachschule. Es wurden Programme gestartet wie SELKO, das selbstverantwortete individualisierte Lernen mit Kompetenzrastern und individueller Lernberatung, oder Kom-Lern. Das alles hat bereits zur Reduktion der Abbrecherquote beigetragen, sie ist aber noch zu hoch. Deshalb haben CDU und GAL, natürlich auch mit Unterstützung von SPD und Linksfraktion, beschlossen, das Übergangssystem von Schule in Beruf noch einmal systematisch zu überarbeiten, um die Abbrecherquote weiter zu senken und ihr entgegenzusteuern. Nennenswert sind hier vor allem die intensive Berufsorientierung ab Jahrgangsstufe 8, die Klärung der individuellen Interessen sowie die Erstellung eines Kompetenzprofils für alle Schülerinnen und Schüler, die Vorbereitung auf die duale Ausbildung oder die Aufnahme einer Berufstätigkeit für benachteiligte und beeinträchtigte Jugendliche.

Jugendliche, die trotz Ausbildungsreife keinen Ausbildungsplatz finden, werden künftig im Rahmen des Hamburger Ausbildungsmodells eine Chance bekommen, tatsächlich einen Ausbildungsabschluss zu erwerben. Für Jugendliche ohne Schulabschluss haben wir mit dem Ausbau der Produktionsschulen wichtige Weichen gestellt, durch praktisches Lernen ihre Chancen, eine Ausbildung und eine Beschäftigung zu bekommen, zu erhöhen. Die Maßnahmen im Zuge der Schulreform werden auch hier wirken und die Schulabbrecherquote und die Quote derjenigen ohne Berufsabschluss weiter zu reduzieren.

Dem Ziel der Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und damit der Reduzierung der Schüler, die auf Sonderschulen gehen und diese meistens ohne Abschluss verlassen, haben wir uns gemeinsam mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im neuen Paragraph 12 des Schulgesetzes gewidmet. Das will ich jetzt nicht weiter ausführen, weil wir das auch im Schulausschuss auf der Tagesordnung haben und

uns mit diesem Thema noch intensiver beschäftigen werden.

Das sind nur einige Beispiele, die zeigen, dass Hamburg sich auf den Weg gemacht hat, die Ziele der Qualifizierungsinitiative umzusetzen. Hier kommt vor allem die Schulreform zum Tragen. Wir haben auf Grundlage der bisherigen Bildungsdiskussion, die auch zu den Dresdener Beschlüssen geführt hat, eine umfassende Reform der Bildungslandschaft eingeleitet und wir werden mit dieser Reform den qualitativen Zielen von Dresden gerecht. Kein Abschluss ohne Anschluss, keine Hürden für einen Aufstieg durch Bildung. Doch alle Maßnahmen, die wir ergreifen, können nur dann zu positiven Ergebnissen führen, wenn auch alle die Bereitschaft aufbringen, gesetzte Ziele zu verwirklichen. Im Kontext der Qualifizierungsinitiative sagt Bundesbildungsministerin Schavan Folgendes – ich zitiere –:

"Bildung und Qualifizierung sind die Voraussetzung für individuelle Lebenschancen und gesellschaftliche Teilhabe. Gut ausgebildete [...] junge Frauen und Männer sind gleichzeitig auch der Schlüssel für Wachstum, Wohlstand und Fortschritt einer Gesellschaft. Wir müssen alles dafür tun, dass alle Menschen in unserem Land ihre Talente und Fähigkeiten unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem sozialen Status voll entfalten können."

– Zitatende. –

Wir sind mit unseren Maßnahmen in Hamburg auf dem Weg, deutschlandweit vereinbarte bildungspolitische Ziele zu erreichen. Die Frage ist allerdings, welchen Beitrag der Bund zur Verwirklichung dieser Ziele leistet. Bildungsfinanzierung war einmal eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Es ist auch immer noch die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern, das haben die Ministerpräsidenten und die Bundesregierung erkannt. Im Dezember möchten sich Bund und Länder einigen, wie das Ziel, 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Bildung und Forschung auszugeben, erreicht werden kann. Meine Hoffnung ist heute, dass diese Einigung im Dezember nicht in der Feststellung bestehen wird, das Ziel sei längst erreicht, wenn man nur richtig rechnet. Die Länderfinanzminister haben ein Papier vorgelegt, in dem sie nachgewiesen haben, dass dieses 10-Prozent-Ziel eigentlich schon seit Jahren erreicht sei, wenn man nur die Pensionsrückstellungen für Lehrerinnen und Lehrer mit berücksichtige. Da stellt sich natürlich die Frage, ob Rechentricks die angemessene Antwort auf die Zielvorgabe sind, Bildung besser zu finanzieren. Das sind sie natürlich nicht. Immerhin haben die Landesfinanzminister das auch erkannt. Sie haben in dem Papier alternative Vorschläge gemacht und zum Beispiel vorgeschlagen, ob es nicht angemessener

(Michael Gwosdz)

wäre, die Pro-Kopf-Ausgaben zu berücksichtigen. Aus der Debatte gerade gestern wissen wir, dass Hamburg bei den Pro-Kopf-Ausgaben für Bildung gemessen an allen Bundesländern weit vorne liegt. Auch das muss nicht zwangsläufig der richtige Maßstab sein, aber es ist sicherlich ein besserer Maßstab als eine bestimmte Quote des Bruttoinlandsprodukts, denn diese führt natürlich dazu, dass man Bildungsausgaben abhängig macht von konjunkturellen Schwankungen. Gerade in der jetzigen Phase kann es nicht sein, dass man sagt, 10 Prozent Ausgabenquote sind erreicht, weil insgesamt das BIP schrumpft, und dann ist alles gut und am Ende kürzt man eventuell Bildungsausgaben, weil die 10 Prozent überschritten werden. Die geeignete Antwort wäre, sich auf Bildungsstandards zu einigen und auf ein bestimmtes Niveau von Bildung, das nicht unterschritten werden darf, unabhängig von konjunkturellen Schwankungen, von prozentualen Quoten oder von unterschiedlichen Berechnungsarten für Pro-Kopf-Ausgaben.

Interessant ist bei der Frage natürlich sowieso, wer hier mit wem verhandelt. Der Bund hat sich zuerst mit der Föderalismusreform aus der Bildungsfinanzierung zurückgezogen und diese den Ländern überlassen. Die Länder leisten momentan 85 Prozent aller Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Für den neuen Bildungsgipfel im Dezember erhalten die Länder nun eine doch bemerkenswerte Vorlage der neuen Bundesregierung aus Berlin, nämlich den Vorschlag, die Einnahmen in den Ländern in vielen Bereichen weiter zu kürzen. Statt in eine hochwertige Bildungsinfrastruktur zu investieren, die der Schlüssel zu mehr Bildungsgerechtigkeit ist, investiert man in Berlin nun zum Beispiel in Erhöhungen des Kindergeldes beziehungsweise des Kinderfreibetrages. 4,6 Milliarden Euro wird diese Maßnahme pro Jahr kosten. Am meisten werden davon Familien mit einkommensstarkem Hintergrund profitieren. Familien, die auf Hartz IV oder auf Transferleistungen angewiesen sind, werden davon überhaupt nicht profitieren, da das Ganze damit verrechnet wird. Die Erhöhung des Kindergeldes oder des Kinderfreibetrages ist also kein Weg, der zu mehr Bildungsgerechtigkeit führt. Stattdessen hätte man mit nur 10 Prozent dieser Summe beispielsweise jedem Kind in Deutschland ein Jahr kostenlose Kita bezahlen können.

Meine Hoffnung ist, dass die Bilanz des Bildungsgipfels nach einem Jahr Bund und Länder zusammenbringt und sie erkennen, dass Bildung ihre gemeinsame Aufgabe ist. Bildungsfinanzierung muss von Bund und Ländern getragen werden, man kann ihr nicht mit Rechenricks entgegentreten und man muss auch begreifen, dass Bildung tatsächlich nicht mit Transferleistungen gewährleistet werden kann, sondern mit starken Investitionen in Bildungsinfrastruktur unterstützt werden muss, wie es zuletzt noch mit dem Programm zum Ausbau von

Ganztagsschulen durch die vorletzte Bundesregierung geschehen ist.

Auf diesen Weg sollten wir als Landesparlamentarier auch weiter drängen und unseren Ministern und Ministerpräsidenten, unserer Senatorin und dem Regierenden Bürgermeister für die Nachfolgeverhandlungen von Dresden diesen Auftrag mitgeben, sich nicht auf das Spiel einzulassen und zu sagen, die Mission sei erfüllt, nur weil man neu gerechnet hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt der Abgeordnete von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Gwosdz hat schon viel genannt und gut in das Thema eingeführt. Ich will das nicht noch einmal in meinen Worten beleuchten, sondern nur noch einige Sachen ergänzen.

Nach Durchsicht der Großen Anfrage kann ich feststellen, dass Hamburg auf einem guten Weg ist, wobei man feststellen muss, dass die Herausforderungen bei uns auch besonders groß sind. Ich darf im Übrigen daran erinnern, dass wir nach dem Bildungsgipfel in Hamburg nicht bei null anfangen mussten, sondern es gab schon eine ganze Menge, worauf wir aufbauen konnten. Ich erinnere nur an Leistungen der vorherigen Legislaturperiode, wo wir bereits in sozialen Brennpunkten die Klassen an Grundschulen klein gehalten haben. Es ist durchaus ein großer Schritt nach vorne, dass wir in Stadtgebieten mit besonderen Bedarfen, die wir genau kennen, jetzt Schulklassen mit 18 Kindern haben. Das ist eine große Leistung und auch die Einführung der Viereinhalbjährigen-Untersuchung in Hamburg, die wir seit dem Schuljahr 2003/2004 durchführen und bei der über mehrere Jahre immer ein ganzer Jahrgang durch qualifiziertes Personal in Augenschein genommen wird, zeigt, dass wir dort schon viel erreicht haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich will auch die Reform der gymnasialen Oberstufe und die stärkere Berufsorientierung nennen. Das sind alles Sachen, die wir in der vergangenen Legislaturperiode erfolgreich umgesetzt haben. An der Uni hat sich auch viel getan.

Diesen Weg gehen wir jetzt gemeinsam mit unserem Koalitionspartner weiter. Wir haben die Hauptschule schon abgeschafft, die Stadtteilschule kommt und die Primarschule haben wir auf den Weg gebracht. Hier hat sich die Lage sicherlich seit gestern etwas geändert, das hat mich schon überrascht. Ich will gar nicht drumherum reden, aber ich betrachte das auch als Chance, den Dialog mit den Menschen aufzunehmen. Wenn ich jedoch heute die Presse durchsehe, dann träumt die

(Egbert von Frankenberg)

FDP schon von Neuwahlen und es ist von Krise die Rede. Das sehe ich allerdings gerade nicht,

(*Andy Grote SPD*: Sie dürfen sich bestätigt fühlen!)

denn es ist die besondere Stärke dieser Koalition, dass wir eine Gesprächskultur entwickelt haben und in der Lage sind, auch mit solchen Dingen umzugehen. Insofern ist es eher so, dass wir dadurch enger zusammenrücken, als dass sich da eine Krise anbahnt.

(Beifall bei der CDU und bei *Michael Gwosdz GAL*)

Ein paar Dinge möchte ich noch ansprechen. Die Frühförderung ist mittlerweile in aller Munde, das ist eine gute Sache. Wir begreifen die Kita als Bildungseinrichtung und werden das weiter ausbauen.

Was den Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss angeht, sehe ich die Situation vielleicht ein kleines bisschen anders. Wir haben einen Wert von 8,2 Prozent und sicherlich ist jeder einer zu viel. Auf der anderen Seite ist der Wert von 8,2 Prozent, den wir letztes Jahr hatten, eigentlich schon recht gut gewesen. Wir hatten uns vorher mit leicht sinkender Tendenz in der Größenordnung von 12 Prozent bewegt und ich kann nur hoffen und wünschen, dass wir weiterhin in der Größenordnung bleiben, weil das durchaus schon ein Meilenstein ist. Das heißt nicht, dass man sich da jetzt ausruhen soll, aber ein Wert von unter 10 Prozent ist zumindest für den großstädtischen Bereich ganz ordentlich. Unser Ziel ist es, dass alle, die in Hamburg eine Schule besuchen, sie auch mit einem Abschluss und möglichst mit einem hohen Abschluss verlassen.

(Beifall bei der CDU)

Die Produktionsschule ist in dem Zusammenhang ein weiterer wichtiger Bereich. Eine Produktionsschule pro Bezirk halten wir für eine gute Sache, somit ist man dort also auch auf dem Weg.

Wir haben uns viel vorgenommen, wir sind auf einem guten Weg und ich möchte mit einem Zitat unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel enden. Sie hat gesagt:

"Wohlstand für alle heißt heute Bildung für alle."

(Beifall bei der CDU und bei *Michael Gwosdz GAL*)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt der Abgeordnete Rabe.

Ties Rabe SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unter dem Titel "Aufstieg durch Bildung" beschlossen Bund und Länder 2008, Bildung solle in Deutschland höchste Priori-

tät haben, jedes Kind solle bestmögliche Startbedingungen erhalten und einen Schul- oder Berufsabschluss schaffen. Jetzt ist die Frage, wie weit wir damit gekommen sind. Die Grünen haben in einer Großen Anfrage gefragt, was die Senatorin denn in einem Jahr geschafft habe. Auf 40 Seiten wird nun aufgelistet, was in Hamburg alles passiert. Wir lesen staunend von MINT-Schulen, von der WISY-Weiterbildungsdatenbank, von SINUS-Transfer und dem Programm PriMA, von Kontexteffizienzsteigerung und so weiter. Ich erspare Ihnen weitere wunderbare Wortschöpfungen.

Aber haben wir wirklich genug getan? Ich will auf vier Punkte eingehen, bei denen aus meiner Sicht dringend etwas geschehen müsste und wir bisher sehr wenig gemacht haben.

Erstens: Die schöne Formulierung "Bildung soll Priorität haben" heißt nichts anderes, als dass hier möglichst viel Geld hineingesteckt werden soll. Tun wir das eigentlich in Hamburg? Es ist richtig, dass wir neue Maßnahmen beschlossen haben und das dazu geführt hat, dass wir 100 Lehrerinnen und Lehrer mehr eingestellt haben. Das erkennen wir eindeutig an. Aber in Wahrheit haben Sie mit dieser Maßnahme noch nicht einmal die Personalkürzungen der CDU wettgemacht, die in den letzten Jahren im Bereich der Lehrer durchgeführt wurden. Insofern ist Ihre angebliche Priorität in Wahrheit eher eine Schadensbegrenzung.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Frage, wie es denn nun mit den Finanzen weitergehen soll, hat die GAL ihre Große Anfrage vorher wohl nicht richtig kommuniziert. Da muss die Schulbehörde nämlich immer sagen, dass sie das zurzeit noch nicht wisse. Dauernd taucht die schöne Formulierung auf, dass man die Haushaltsberatungen abwarten müsse, auf gut Deutsch: Wir wissen gar nicht, ob und wie viel Geld denn mehr in die Bildung hineingesteckt werden soll. Allerdings fragt man sich schon, wie es in Hamburg überhaupt mit der Priorität Bildung beim Geldausgeben steht. Die Schulsenatorin hat im Sommer einen ersten Bildungsbericht vorgelegt, den Bildungsbericht für 2009. Er sieht Zahlen vor und belegt, dass Hamburg keineswegs besonders viel Geld für seine Schulen ausgibt. Ganz im Gegenteil zeigt sich, dass zwölf von 16 Bundesländern einen höheren Anteil des Haushalts für ihre Schulen ausgeben, als Hamburg es tut. Wir liegen als Viertletzter auf Platz 13 und jetzt diskutieren Sie noch hinter verschlossenen Türen, mit dem doppelten Abiturjahrgang 340 Lehrer wegzusparen. Wir sagen, Finger weg von solchen Einsparungsideen. Höchste Priorität für Bildung in Hamburg sieht anders aus.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

(Ties Rabe)

Zweitens: Es heißt, jedes Kind soll die besten Startbedingungen haben. Herr Gwosdz, Sie haben zu Recht auf die Sprachförderung verwiesen. Hier muss man zugestehen, dass wir sie haben. Aber die Frage ist wohl erlaubt, ob sie auch funktioniert. Wir müssen immerhin sehen, dass 30 Prozent der Schüler eines Jahrgangs nicht ordentlich sprechen können. 3500 Schüler sprechen so schlecht, dass man sie vor der Einschulung besonders fördern muss. Dafür sind 400 Lehrerinnen und Lehrer tätig, das ist gut. Aber im Bildungsbericht steht auch, dass das allenfalls dazu führt, dass diese Schüler gegenüber früher einen leichten Vorteil haben. Sie haben nach wie vor bis zu eineinhalb Jahre Rückstand in der sprachlichen Entwicklung und damit können sie in der weiteren Schullaufbahn nicht bestehen. Der Bildungsbericht zeigt auch ganz erschreckend, dass Kinder, die nur einmal kurz gefördert worden sind, die deutsche Sprache sofort wieder verlernen, sobald die Förderung eingestellt wird. Dieser sogenannte Drehtüreffekt zeigt noch einmal die Brisanz dieses Themas. Die Sprachförderung erkennen wir an, aber wir müssen eindeutig feststellen, dass sie noch nicht richtig funktioniert und sicherlich mit Wucht ausgebaut werden müsste. An der Stelle, Herr Gwosdz, steht in den Antworten der Senatorin auf die Große Anfrage verdammt wenig drin. Da die Sprachförderung in Wahrheit noch nicht gut funktioniert, muss sie energisch ausgebaut werden. Das wäre wirklich ein entscheidender Beitrag zur Chancengleichheit.

(Beifall bei der SPD)

Dann heißt es, jeder soll einen Schul- und Berufsabschluss schaffen. Wir wissen alle, dass das nicht funktioniert. 10 Prozent – jetzt sind es gerade 8 Prozent, vorher waren es 11 Prozent – schaffen nicht einmal den Schulabschluss und ich darf auch auf die PISA-Studie hinweisen, die besagt, dass ein Viertel der Hamburger Schüler im Alter von 15 Jahren so schlecht liest, schreibt und rechnet wie ein Viertklässler. Auch diese Schüler werden ein Jahr später aus der Schule entlassen. Vielleicht schaffen sie noch den Hauptschulabschluss, aber was für einer ist das dann?

Ob Ihre Strukturmaßnahmen langfristig Linderung schaffen, bleibt abzuwarten, aber alle wissen und auch Sie selbst sagen, dass es ohne besseren Unterricht nichts wird. Auch da ist der Bildungsbericht eine spannende Lektüre.

Es gibt eine Hamburger Schulinspektion, die prüft, wie gut der Unterricht funktioniert, und im Bildungsbericht stellt sie fest, dass drei von vier Hamburger Unterrichtsstunden nicht gut sind. Wenn man sich das berühmte Kriterium des individualisierten Lernens ganz genau ansieht und sich fragt, wann es in der Schule tatsächlich praktiziert wird, dann ist die Antwort, dass nur in jeder 25. Unterrichtsstunde auf einem wünschenswerten Niveau unterrichtet wird. Genau dort, wo es gilt, den größten Schatz

zu heben, nämlich im Unterrichtsbereich, geht am meisten daneben.

Was tun Sie? Sie haben in der Tat 1 Million Euro für Fortbildungsmaßnahmen bewilligt. Nun waren wir gerade in der Universität und mussten stauend hören, dass über 1 Million Euro bei der Lehrerausbildung gestrichen werden sollen und auch die Zahl der Fortbildungsstunden für Lehrer keineswegs erhöht wird. Unterm Strich bleibt alles beim Alten und finanziell sogar ein leichtes Minus. So kann man wirklich keinen Unterricht verbessern. Es ist eben nicht nur wichtig, über Strukturen und Gebäude zu streiten, sondern man muss sich vor allem damit auseinandersetzen, was in diesen Gebäuden passiert. Besserer Unterricht darf nicht länger Stiefkind der Reform sein, sondern gehört in den Mittelpunkt aller Reformanstrengungen.

(Beifall bei der SPD)

Will man gegen Schulabbrecher etwas tun, so muss man sich um eine Schulform kümmern, die uns besondere Sorgen bereitet, nämlich die Förderschulen. Dort schaffen 80 Prozent der Kinder gar keinen Schulabschluss, weshalb ganz Deutschland über neue Konzepte für die Förderschulen diskutiert. In jedem Bundesland gibt es neue Initiativen, nur in Hamburg nicht. Hamburg war einmal Spitzenreiter, als es darum ging, Förderschüler in die Allgemeinbildenden Schulen zu integrieren, doch jetzt lesen wir im Bildungsbericht der Schulsenatorin auf Seite 153:

"Auffällig ist, dass der Anteil der integrativ Geförderten seit 2003 kontinuierlich sinkt."

Das heißt, genau das, was uns früher stark gemacht hat, geht jetzt ständig zurück und Hamburg hat seine Vorreiterposition verloren und ist auf die Abstiegsplätze gerutscht. Was tut die BSB für die Kinder an den Förderschulen? Seit anderthalb Jahren werden wir von den Sonderschullehrern bestürmt, die uns fragen, was die Behörde in dieser Hinsicht mache – mit Herrn Gwosdz und Herrn Freistedt war ich vor Kurzem in einer Diskussion zu diesem Thema –, und wahrheitsgemäß antworten wir ihnen, dass zurzeit gar nichts geschehe. Man kann lange darüber diskutieren, woran das liegt, ob möglicherweise daran, dass man seine ganze Energie in andere Projekte steckt, aber Schule findet im Hier und Jetzt statt. Jedes Jahr entlassen wir 3 500 Schüler, die praktisch ohne gute Schulbildung ihren Weg gehen müssen. Deshalb erwarten wir von Ihnen als vierten entscheidenden Punkt für bessere Schulabschlüsse Maßnahmen, die den Förderschülern helfen und ihnen eine neue Perspektive aufzeigen.

(Beifall bei der SPD)

Damit komme ich zum Schluss. "Aufstieg durch Bildung" heißt das Motto. Jawohl und ganz dringend, sagen wir. Deshalb sollten Sie sich überlegen, ob Sie statt Glaubenskämpfe auszutragen

(Ties Rabe)

und Werbekampagnen durchzuführen nicht lieber die Menschen durch konkretes Handeln überzeugen wollen. Wir fordern erstens keine neuen Sparrunden, zweitens bessere Sprachförderung, drittens mehr Lehrer und besseren Unterricht und viertens ein inklusives Schulsystem, das diesen Namen auch verdient. Sonst lautet das Motto dieser Diskussion und dieser Regierung am Ende: Nicht Aufstieg, sondern Abstieg durch Bildung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Die Fraktion DIE LINKE verzichtet zunächst auf einen Debattenbeitrag, weil Frau Heyenn, die hierzu sprechen wollte, sich krankgemeldet hat. Ich darf ihr von hier aus im Namen des ganzen Hauses gute Besserung wünschen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das Wort bekommt Frau Senatorin Goetsch.

Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Erwartungen an den Dresdner Bildungsgipfel vor einem Jahr waren sehr groß. Der Bildungsföderalismus insgesamt steht unter einem hohen Erfolgsdruck und wir können uns nicht immer nur mit pastoralen Appellen abgeben. Es ist häufig die Rede von der nationalen Gesamtaufgabe Bildung, aber daran zu appellieren, hat eine gewisse Sättigungsgrenze erreicht und wir brauchen konkretes Handeln, wie es mein Vorredner eingefordert hat. Wenn man sich all die Unterlagen zur Schulreform ansieht, dann könnte man denken, es sei überall der bildungspolitische Frühling ausgebrochen. Sieht man sich die verschiedenen Koalitionsverträge in der Republik an, so hat Bildung immer höchste Priorität und gerade weil jedes Bundesland seine eigenen Prioritäten setzt, ist es sinnvoll, sich auf gemeinsame Standards und auch auf finanzielle Grundlagen zu verständigen. Misst man den Bildungsgipfel an den hohen Erwartungen, so ist es verständlich, dass er in der Wahrnehmung vieler zu einer bildungspolitischen Trockenschwimmübung geworden ist. Inhaltlich vollzieht zwar der Beschluss weitgehend die Ziele nach, die wir auch in Hamburg mit Hochdruck verfolgen, aber die Bildungsausgaben müssen um einen Anteil von zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesteigert werden, wovon wir allerdings noch weit entfernt sind.

Es stellt sich immer wieder die Gretchenfrage, wie die Kosten zwischen Bund und Ländern aufgeteilt werden. Wie Herr Gwosdz bereits erwähnt hat, kann man nicht einerseits ständig die Kultushoheit hochhalten und andererseits aber die Länder nicht in die Lage versetzen, sie dann auch tatsächlich auszufüllen. Deshalb habe ich mit Interesse den neuen Koalitionsvertrag in Berlin gelesen, in dem zumindest ganz zart das Wort Bildungspartner-

schaften steht und auch, dass der Bund Maßnahmen ergreifen will, um die Länder beim Erreichen der Zehnprozentmarke bis 2015 zu unterstützen. Insofern erwarte ich hoffnungsfroh die Konkretisierung dieser Absicht, damit auch wir in Hamburg, salopp gesagt, eine Schippe drauflegen können.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Hamburg beteiligt sich an den zentralen Vergleichsstudien – was uns eine Menge Geld kostet –, um die gemeinsamen Bildungsstandards im Rahmen des Instituts, das die Kultusministerkonferenz in Berlin zur Qualitätsentwicklung gegründet hat, zu erarbeiten.

Der Bildungsbericht ist ein Novum; bisher gab es in Hamburg keinen und nun wird er künftig jährlich erscheinen. Er ist ein absolut wichtiges Monitoring-Instrument und in ihm sind Dinge festgehalten, die sicherlich noch nicht alle auf dem wünschenswerten Stand sind. Insofern ist es wichtig, dass wir die Anstrengung auf uns nehmen, die Situation an den Schulen jährlich zu überprüfen.

Vieles ist schon gesagt worden, aber ich möchte noch einmal auf die drei entscheidenden Weggabelungen zu sprechen kommen, nämlich die frühkindliche Bildung, den Wechsel auf die weiterführende Schule und den Übergang von der Schule in das Studium oder in den Beruf.

Zur Thematik der frühkindlichen Bildung haben Herr Gwosdz und Herr Rabe die Sprachförderung angesprochen. Auch wenn in dieser Hinsicht eine Menge passiert ist, gibt es allerdings tatsächlich das Problem, dass die Sprachförderung in der Grundschule nicht irgendwann aufhören darf, sondern verstetigt werden muss, weil jedes Kind einen anderen Sprachförderungsbedarf hat. Deshalb wird die Sprachförderung – so ist es auch im Koalitionsvertrag festgehalten – bis einschließlich Klasse 6 verstetigt und gegebenenfalls bis in die Sekundarstufe I verlängert.

Wie unsere Evaluation gezeigt hat, ist richtig, was Sie, Herr Rabe, ansprachen, nämlich dass die Kinder nur ein bisschen Kompensation bekommen. Sie können zum Beispiel mit einem Vorschuljahr ein wenig kompensieren, werden aber niemals das aufholen können, was ein Kind erlebt und lernt, wenn es mit drei Jahren in die Kita kommt. Mit drei Jahren in die Kita zu kommen bedeutet, 900 Stunden länger in der deutschen Sprache zu baden – so heißt es im Fachjargon –, und in der Vorschule können die Kinder gerade einmal 100 Stunden nachholen. Insofern ist die Kita unerlässlich, um die Sprache zu lernen, und zwar sowohl für die Kinder mit Migrationshintergrund und einer anderen Herkunftssprache als auch für die inzwischen vielen deutschen Kinder, die aufgrund verschiedener problematischer Situationen zu

(Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch)

Hause, wo keine Förderung stattfindet, ihre Sprache nicht ordentlich beherrschen.

Ich möchte jetzt aus Herrn Wersichs Bereich erzählen, um zu untermauern, dass bereits eine Menge getan wurde. 2009/2010 werden 15 Eltern-Kind-Zentren zuzüglich zu den 22 bestehenden eingerichtet. Die Kinder in die Kita zu geben ist gut, aber auch die Eltern müssen unterstützt und in die Lage versetzt werden, die Situation zu Hause lernförderlich und anregungsreich zu gestalten, wofür im Haushaltsjahr 2009/2010 übrigens die erhebliche Summe von 4,7 Millionen Euro zur Verfügung gestellt wurde. Programme wie HIPPY und Opstapje, die ich persönlich sehr gut kenne, konzentrieren sich ebenfalls auf Familien mit Einwanderungshintergrund und Kindern im Vorschulalter. Wir müssen die ebenfalls wirksamen Family-Literacy-Kurse und die Müttersprachkurse immer an dem Punkt Eltern mit Kind ansetzen, was vor allen Dingen bei den beiden eben genannten Kursen sehr wichtig ist, um den Schriftspracherwerb der Kinder zu unterstützen.

Auch bei der Frühförderung von Kindern mit Behinderungen, für die im Sommer 2009 ein flächendeckendes Angebot interdisziplinärer Frühförderstellen eingerichtet wurde, ist ein sichtbarer Erfolg zu verzeichnen. Zu den derzeit 12 Standorten kommen noch zwei hinzu und auch im Bereich der Eingliederungshilfe in Kindertagesstätten zeichnet sich eine gute Entwicklung ab.

Ein wichtiger Punkt, den Sie, Herr Rabe, angesprochen und sich dabei ein wenig in Widersprüche verwickelt haben, betrifft die Förderschulen. Wollen Sie die Förderschulen oder wollen Sie sie abschaffen oder wollen Sie eine integrative Beschulung?

(Ties Rabe SPD: Das wissen Sie doch, was wir wollen!)

Es stellt sich die Frage, ob wir an einem System herumdoktern, das nicht wirksam ist, wie wir wissen – sogar mehr als 80 Prozent verlassen diese Schulform ohne einen Abschluss – oder ob wir den Weg gehen, den wir letztthin beschlossen haben und der meines Wissens auch von Ihrer Fraktion unterstützt wird. Wir haben gerade den Paragraph 12 im Hamburger Schulgesetz beschlossen und damit ist der Weg vorgegeben.

(Ties Rabe SPD: Es gibt keinen Weg, es gibt nur Ziele!)

Wir werden ab nächstem Jahr nicht nur das Recht auf integrative Beschulung in Allgemeinbildenden Schulen haben, sondern jetzt auch intensiv mit Bremen zusammenarbeiten, weil Bremen von der KMK beauftragt wurde, Konzepte zur schrittweisen Umsetzung der integrativen Beschulung für die norddeutschen Länder zu erarbeiten. Insofern sind alle Förderschulen mit einbezogen und es finden regelmäßig Treffen mit deren Schulleitern statt.

Wir haben also eine Menge vor, wobei wir die einzelnen Maßnahmen, wie gesagt, Schritt für Schritt umsetzen. Wir sind froh, dass uns dieser Durchbruch für die vielen Eltern gelungen ist, die schon seit Jahren dafür kämpfen, dass ihre Kinder nicht durch die ganze Stadt fahren müssen, um integrativ beschult zu werden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Dann kommt die zweite Weggabelung, der Wechsel auf die weiterführende Schulform. Dass hierbei föderal die Wege weit auseinandergehen, brauche ich nicht zu betonen, aber viele Ziele des Dresdner Bildungsgipfels, wie zum Beispiel Verringerung der Abbrecherquote, Steigerung der höheren Bildungsabschlüsse oder Verbesserung der Durchlässigkeit können wir nur erreichen, wenn wir die Unterrichtsqualität, die Reform des Unterrichts und die Struktur verbinden und vor allen Dingen die sozialen Disparitäten abbauen.

Gestern war ich positiv überrascht von einem Beitrag im "Hamburg Journal" zum Thema Lehrerfortbildung, als eine Schulleiterin berichtete, dass an ihrer Schule bereits alle Lehrerinnen und Lehrer in der Fortbildung seien. Das ist ein gutes Zeichen, weil sie dort nicht etwas über Strukturen lernen, sondern über individualisierten Unterricht, der zu Recht von der Schulinspektion angemahnt wurde. Genau darauf wurde in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht geachtet, nämlich dass der Unterricht individuell gestaltet, also gezielt an den Stärken und Schwächen der Schülerinnen und Schüler ausgerichtet werden muss.

Ich komme zur dritten Weggabelung, zum Übergang von der Schule in den Beruf. Dieses Thema liegt uns allen am Herzen, an ihm arbeiten wir und haben es in der Enquete-Kommission auch behandelt. Lieber Herr Rabe, vor zehn Jahren, als Sie noch nicht in der Bürgerschaft waren – ich habe von 1997 bis 2001 auch mit Ihrer Partei gerne koalitiert –, hatten wir 13 Prozent Abbrecher. Jetzt haben wir über 8 Prozent, weil dieses Drama seit PISA bekannt ist und etwas dagegen unternommen wurde, um diese hohe Risikogruppe einzuschränken. 8 Prozent sind immer noch zu viel, das ist vollkommen klar; deshalb sind wir dabei, mehrere Dinge gezielter, strukturierter und aufeinander abgestimmter zu machen.

Auch bei dem Thema Übergang von Schule in den Beruf möchte ich die Elternaktivitäten ansprechen. Maßnahmen wie "ElternAktiv" in Altona, Hamm und Bergedorf, "Brücken bauen" in Billstedt und Mümmelmannsberg, "Eltern ins Boot holen" auf den Elbinseln und in Wilhelmsburg dienen dazu, Eltern für die Phase der Berufsorientierung zu gewinnen und zu beraten, und natürlich auch die von Ihnen allen unterstützte Reform des Übergangssystems Schule in den Beruf, einen Bereich, den endlich die verschiedenen Kooperationspartner

(Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch)

von Verbänden, Gewerkschaften, Wirtschaft und so weiter gemeinsam gestalten.

Da Sie, Herr Rabe, despektierlich über die verschiedenen Abkürzungen gesprochen haben, sage ich Ihnen: Seien Sie doch froh, dass wir bereits im Grundschulbereich Programme wie Probex, NAT-EX, die Kinderforscher TU Hamburg-Harburg und NaT-Working haben, um die Kinder für naturwissenschaftliches Arbeiten und Technik zu interessieren, oder unser neu aufgelegtes, wirklich vorbildliches MINT-Projekt mit der gymnasialen Oberstufe, bei dem die Firmen, die Hochschulen und die gymnasialen Oberstufen miteinander kooperieren, um diesen Bereich für den entsprechenden Nachwuchs zu stärken. Ich will jetzt gar nicht über die Berufswegebegleitung und die vielen anderen Punkte beim Übergang von Schule in den Beruf sprechen, bei dem der Grundsatz kein Abschluss ohne Anschluss gilt. Morgen haben wir ein kleines Jubiläum zu verzeichnen, nämlich zehn Jahre Produktionsschule in Altona. Vier weitere Produktionsschulen sind in diesem Jahr in Gründung, dann folgen noch drei, sodass wir sie in allen Bezirken anbieten können; nur so viel noch ergänzend zum Thema Übergang von Schule in den Beruf.

Es steckt also eine ganze Menge in dieser Großen Anfrage und auch wenn ich nur einige Dinge ansprechen konnte, freue ich mich auf die nächste Große Anfrage in vielleicht zwei Jahren, mit der wir dem Ziel Aufstieg durch Bildung noch gerechter werden können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage, Drucksache 19/4101, Kenntnis genommen hat.

Meine Damen und Herren! Die Renaissance unserer Speaker's Corner ist immer wieder sehr bewundernswert.

Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/4262, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Aktionsplan Frauengesundheit.

**[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:
Aktionsplan Frauengesundheit
– Drs 19/4262 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Artus, bitte.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Warum haben wir so gezielt nach Frauen als Patientinnen, Beschäftigte im Gesundheitswesen oder Forscherinnen ge-

fragt? Frauen und Männer unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Krankheiten und gesundheitlichen Einschränkungen. Sie unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, die Gesundheit und Krankheit beeinflussen. Sie unterscheiden sich im Umgang mit unterschiedlichen gesundheitlichen Belastungen sowie mit der Inanspruchnahme von gesundheitlichen Vorsorgeleistungen. Die Gesundheitsprobleme und Ressourcen von Frauen sind bisher nur unzureichend untersucht worden. Auch die Antwort auf die Große Anfrage der Linksfraktion bestätigt, dass Frauen anders krank sind als Männer. Sie haben in jeder Lebensphase und in den verschiedenen Sozialschichten und Milieus, in denen sie leben, andere Ansprüche und Bedarfe an das Gesundheitswesen.

2001 wurden zwei wichtige Schriften von der Freien und Hansestadt Hamburg herausgegeben, nämlich der "Bericht zur gesundheitlichen Situation von Frauen in Deutschland" vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie die "Empfehlungen für die Verbesserung der Frauengesundheit in Hamburg".

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Frau Artus, entschuldigen Sie bitte. Meine Damen und Herren! Ich hatte auf eine etwas elegantere Art und Weise versucht, es Ihnen noch einmal in Erinnerung zu rufen. Ich kann es auch etwas deutlicher sagen, merke aber, dass es jetzt doch wirkt.

Frau Artus, Sie haben das Wort und ich hoffe, dass Sie sich nun ungestört mitteilen können.

Kersten Artus (fortfahrend): – Vielen Dank, Herr Präsident.

Die Dokumente sind aufschlussreich und geben viele Ansatzpunkte für eine gendergerechte Gesundheitsvorsorge. Es war dringend notwendig, nach inzwischen acht Jahren abzufragen, wie es um die geschlechtersensible Gesundheitspolitik in Hamburg bestellt ist, und diese Lücke hat die Linksfraktion mit ihrer Großen Anfrage geschlossen. Auch die Antworten auf die Große Anfrage haben ergeben, dass es höchste Zeit dafür war. Wir drücken als LINKE unsere Hoffnung aus, dass die von den Behördenbeschäftigten und den verschiedenen Institutionen, die bei der Beantwortung unterstützend tätig geworden sind, gelieferten Informationen vom Senat weitgehend vollständig übernommen und veröffentlicht wurden, und möchten uns ausdrücklich bei allen Stellen bedanken, die an der Erarbeitung der Antworten mitgewirkt haben.

Mein Eindruck ist allerdings, dass das nicht alles gewesen sein kann. Wieso fehlen wichtige Informationen, die sich jede Verbraucherin aus dem In-

(Kersten Artus)

ternet holen kann? Das Pflgetelefon beispielsweise wird gar nicht erwähnt. Außerdem muss ich feststellen, dass sich die Senate seit 2001 nicht an den Empfehlungen der Expertenkommission orientiert haben, sonst wären ganz andere Erfolge und ganz andere Antworten zustande gekommen. Leider wird dadurch ein Klischee bestätigt, das dazu beiträgt, dass die Politik und ihre handelnden Personen immer weniger ernst genommen werden. Kurzsichtige Planungen über nur eine Wahlperiode hinweg sind nicht im Sinne der Menschen, für die wir im Parlament und Sie auf der Senatsbank sitzen und unseren Job zu tun haben.

Viele Gesundheitsmaßnahmen in Hamburg werden nicht geschlechtsspezifisch konzipiert beziehungsweise angeboten. Als Beispiel nenne ich die Maßnahmen gegen Medikamentenabhängigkeit. Obwohl bekannt ist, dass Frauen ab Mitte vierzig ein erhöhtes Risiko zur Tablettenabhängigkeit haben, gibt es in Hamburg hierzu keine Empfehlung oder ein spezifisches Konzept. Auch die Empfehlungen für Frauen in der Psychiatrie sind so gut wie gar nicht umgesetzt worden. Dies ist umso skandalöser, als die Geschlechtsspezifität nach Aussage des Senats durchaus erkannt wird und es in der Ärztekammer sogar eine Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming gibt. Hoffentlich erbarmt sich einmal eine Doktorandin, als Abschlussarbeit eine Evaluation durchzuführen, denn ich suche Datenmaterial und finde nichts. Eigentlich ist dies auch die Aufgabe des Senats.

Positiv möchte ich hervorheben, dass der Senat benennt, inwieweit Frauen mit Migrationshintergrund besonderen Gesundheitsrisiken ausgesetzt sind und im fortgeschrittenen Alter überproportional an Adipositas und Tuberkulose leiden. Lösungsansätze suchen wir aber vergeblich und es gab bis heute nur fünf Einsätze aus dem MiMi-Projekt heraus, was angesichts der Defizite, die wir bei den Dolmetscherdiensten sehen, jedoch nur ein schlechter Scherz sein kann. Andere Projekte werden schon bei Erfolgsquoten von 50 Prozent eingedampft. Wir finden MiMi gut, aber anscheinend ist das Konzept noch nicht zu Ende gedacht.

Geradezu unglaublich finde ich, dass der Senat nicht weiß, welchen Belastungen Frauen ohne Papiere ausgesetzt sind. Die Debatte darüber hatten wir vorhin und auch gestern. Der anonyme Krankenschein muss aus unserer Sicht dringend eingeführt werden, denn kein Mensch ist illegal.

(Beifall bei der LINKEN und bei Uwe Grund SPD)

Beim Thema Sucht weicht der Senat aus. Suchtprävention wäre zwar ein Teil der Bildungsempfehlungen für KITAS, sagt er, aber evaluiert wird nicht, weil, so die Antwort, die Kita-Träger in ihrer Entscheidung und Schwerpunktsetzung autonom seien. Hier lässt die Privatisierung grinsen. Privatisierung schützt den Senat vor der Verantwortung,

sich um die Bürger und Bürgerinnen zu sorgen. Was in den KITAS passiert, wird ominös in Leistungsvereinbarungen festgeschrieben oder ganz aus der Hand gegeben. Viel zu oft wird Sucht und Drogenabhängigkeit mit Repression begegnet.

Beim Thema Brustkrebs umgehen Sie die unumstößliche Tatsache, dass es sich bei der Mammographie in Hamburg gar nicht um ein Screening handelt, weil die Fallzahlen nicht annähernd erreicht werden. Dass die Jubelberichte über den Erfolg der Mammographie unkommentiert veröffentlicht werden, verstehe ich überhaupt nicht. Das ist nichts anderes als der Versuch der Verschleiерung. Es ist immer noch nicht bewiesen, dass diese Früherkennungsmethode Leben rettet. Leider, sage ich ausdrücklich dazu, denn viele Frauen wiegen sich in Sicherheit, wenn sie an der Mammographie teilnehmen. Die Alternativen hingegen kommen viel zu kurz, weil sie wahrscheinlich nicht lukrativ genug sind.

Ein Teil der Großen Anfrage ist der Situation in der Pflege gewidmet, denn dies ist durch und durch ein frauenpolitisches Thema. Ich finde es erschreckend, dass der Senat die Pflegeversicherung für ausreichend hält, und frage mich, warum wir im Sozialausschuss das Thema rauf und runter diskutieren, warum wir Experten und Expertinnen anhören, die genau das Gegenteil sagen. Ist das alles nur Beschäftigungsklimbim für die Bürgerschaft? Wir wissen heute, dass der Pflegebegriff eindimensional auf die rein körperliche Verwahrung des Menschen abzielt, und nicht einmal das ist mit den Pflegesätzen gewährleistet. Gerade gestern Mittag erzählte mir eine Kollegin, dass ihre 87-jährige Mutter im Pflegeheim von einer völlig überforderten Aushilfe angeschrien wurde, nur weil sie darum bat, ihr das Bett zu machen. Die Dame hat Pflegestufe II und gilt im ganzen Heim als umgänglich und bescheiden. Es ist sicherlich kein Einzelfall, dass es zu solchen Ausfällen kommt, und zeigt, dass da etwas nicht in Ordnung ist. Wie kann der Senat angesichts solcher Zustände behaupten, dass die Pflegeversicherung ausreicht? Mir fehlt dafür jegliches Verständnis. Dass ältere Menschen in Hamburg bei Ihnen nicht in guten Händen sind, haben Sie damit auch noch einmal zum Ausdruck gebracht, sehr geehrte Herren und Damen des Senats.

Wir haben die Große Anfrage dem Landesfrauenrat zu seinem 60. Geburtstag gewidmet und sie heute zur Debatte angemeldet, weil in der kommenden Woche der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen stattfindet. Ich wiederhole nicht, was in der letzten Bürgerschaftssitzung dazu gesagt wurde, möchte allerdings kommentieren, wie sich der Senat in dieser Drucksache mit dem Thema auseinandersetzt. Angeblich gibt es keine Vakanzen bezüglich der Sensibilisierung und Schulung von medizinischem Personal, Polizei und Beschäftigten der Justiz. Warum aber

(Kersten Artus)

berichten mir Fachberater, die direkten Kontakt zu misshandelten Frauen haben, dass es bei der Polizei immer noch Beamte und Beamtinnen gibt, die der häuslichen Gewalt nach dem Motto "Pack schlägt sich, Pack verträgt sich" begegnen? Wenn Sie keine internen Kontrollmechanismen haben, um eine derartige Berufsauffassung zu korrigieren, dann halte ich Ihre gesamten schönen Schriften zu diesem Thema inhaltlich für wenig glaubwürdig.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Große Anfrage wäre eine gute Gelegenheit gewesen, sich grundsätzlich zum Thema häusliche Gewalt zu positionieren. Ich habe aber den Eindruck, als würde man nur sehr ungern auf unsere sehr sorgfältig ausgearbeiteten Fragen antworten. Die Linksfraktion sieht häusliche Gewalt als Ausdruck patriarchalischer Machtverhältnisse, weshalb es eine systemimmanente Aufgabe ist, sie zu bekämpfen. Wer schweigt, stimmt zu. Wer häusliche Gewalt verharmlost oder gar Gleichmacherei zwischen Frauen und Männern betreibt, übersieht die Wurzeln und die Ausmaße dieser wohl größten Gesundheitsgefährdung für Frauen.

Wozu hat der Senat im letzten Jahr beim Empfang zum 25. November Vorträge zum Thema Gewalt gegen ältere Frauen gehört? Auch das heiße Eisen Gewalt in der Pflege fasse ich an und weise darauf hin, dass Frauen pflegen und Gepflegte sind, und schon bin ich wieder beim Pflegegesetz, durch das Überforderung der Pflegekräfte und mangelhafte psychosoziale Betreuung vorprogrammiert sind. Wie Sie sehen, findet Gewalt nicht im luftleeren Raum statt, sondern unter den Maßgaben von Politik und Wirtschaft.

Dass der Senat neben etablierten Einrichtungen, Fortbildungen und einer Fülle von Fachleuten vor allem auf die Freiwilligkeit und die Eigeninitiative von Sozialpädagogen und –pädagoginnen, Lehrern und Lehrerinnen und Beschäftigten der Justiz setzt, ist aus meiner Sicht unzureichend. Außerdem erleben wir den Bereich als chronisch unterfinanziert. Initiativen wie die Bäckertüten-Aktion "Gewalt kommt nicht in die Tüte" sind gut und richtig, waren aber nur mit einem immensen Kraftaufwand zu leisten und bieten leider keine Nachhaltigkeit.

Die Große Anfrage hat die dringend nötige Transparenz hergestellt und gibt einen Überblick über die frauengesundheitspolitischen Aktivitäten der Senate seit 2001. Sie zeigt aber auch, dass noch viel zu tun ist und die Gleichstellung gesundheitspolitisch nicht sehr weit vorangekommen ist, weil der feministische Blickwinkel in der Gesundheitspolitik verloren gegangen ist. Schwarz-Grün hat sich mit diesen Antworten nicht mit Ruhm bekleckert und es wäre ein großer Akt der Selbstverleugnung, sich dafür irgendeine Form von Selbstlob auszusprechen. Der schwarz-grüne Senat hat sich das Leitbild "Wachsen mit Weitsicht" gegeben.

Wenn das auch für die Frauengesundheit gelten soll, dann nehmen Sie unsere Große Anfrage zum Anlass, Ihr Weitwinkelobjektiv neu zu justieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Gienow.

Hanna Gienow CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Artus, ich bin Ihnen für Ihre Große Anfrage dankbar und freue mich, dass wir dazu Stellung nehmen können, muss Ihnen aber sagen, dass Sie nach meinem Dafürhalten zum Schluss so vom Thema abgeschweift sind, dass ich es nicht mehr gutheißen kann. Pflege allein ist zum Beispiel kein reines Frauenthema.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Mit dem Thema Frauengesundheit

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

hat sich die Bürgerschaft in den drei letzten Legislaturperioden mehrfach beschäftigt. Ich erinnere mich an einige Große Anfragen der GAL, aber auch an Anträge von SPD und CDU und einige Schriftliche Kleine Anfragen. Wir haben das Thema Frauengesundheit sehr wohl auch im Gesundheitsausschuss behandelt. Frauengesundheit ist durchaus ein sehr breit gefächertes und viele Lebenslagen tangierendes Thema. Man sieht es an dem breiten Fragenkatalog aus Ihrer Großen Anfrage.

Gestatten Sie mir einige allgemeine Bemerkungen zur Frauengesundheit, bevor ich zu der Großen Anfrage komme. Einiges klang bei Ihnen eben schon an. Untersuchungen in den letzten Jahren haben gezeigt, dass Männer und Frauen sich hinsichtlich ihrer Krankheiten, ihrer gesundheitlichen Belastungen, der Arbeits- und Lebensbedingungen – die sehr wohl einen großen Einfluss auf die Gesundheit haben können – und auch bei der Inanspruchnahme gesundheitlicher Vorsorgeleistungen doch sehr unterscheiden.

Von daher ist eine geschlechterspezifische Betrachtung von Gesundheitsaspekten durchaus geboten. Dass Hamburg ein gutes medizinisches Versorgungssystem hat, möchte ich ausdrücklich – im Gegensatz zu Frau Artus – unterstreichen. Im Hinblick auf die Frauengesundheit ist das Hamburger Versorgungssystem vielseitig in seinen Angeboten und zum Teil auch recht spezialisiert aufgestellt.

Nun zu einigen Aspekten Ihrer Großen Anfrage. Sie beginnen mit den Selbsthilfegruppen, die heute aus unserem Gesundheitssystem überhaupt nicht mehr wegzudenken sind. Sie unterstützen durch ihre Hilfe zur Selbsthilfe chronisch kranke Menschen und werden besonders von Frauen sehr gut

(Hanna Gienow)

angenommen. In Hamburg gibt es speziell über 20 Frauen-Selbsthilfegruppen und gerade vor kurzem hat sich eine neue etabliert, die Gruppe Kaiserschnitt-Mütter. Erfreulich ist – dafür möchte ich dem Senat noch einmal ganz besonders danken –, dass es gelungen ist, über Jahre und auch für die Zukunft die Finanzierung des Selbsthilfegruppentopfes sicherzustellen. Aus diesem Topf werden die Selbsthilfegruppen finanziert. Dort hinein kommen Gelder der Krankenkassen, anteilig nach ihrer Mitgliederzahl, und es gibt sogar einige Krankenkassen, die mehr einzahlen als sie müssen. Über 90 000 Euro kommen auch vom Senat.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Frau Artus, Sie sprachen vom Defizit bei den Dolmetscherdiensten. Beim Thema Frauen und Migration ist Hamburg sehr gut aufgestellt. Nach Aussagen des Robert-Koch-Instituts sind Frauen mit Migrationshintergrund oftmals Mehrfachbelastungen ausgesetzt, die sich sehr wohl ungünstig auf die Frauengesundheit auswirken können. Im Krankheitsfall stehen für Migrantinnen allerdings zum Beispiel im UKE Dolmetscherdienste in 16 verschiedenen Sprachen zur Verfügung; das ist schon gewaltig. Es gibt auch in allen Krankenhäusern Aufklärungs- und Faltblätter, die den Migranten helfen. Ein Beispiel in puncto Vernetzung ist, dass auch die Selbsthilfegruppen sich geöffnet haben. Mit der Unterstützung einer Krankenkasse gibt es jetzt das Projekt "Weiterentwicklung der Selbsthilfegruppen", eine Unterstützung speziell für Migrantinnen und Migranten.

Im Rahmen einer Parlamentsdebatte ist es überhaupt nicht möglich, eine so umfangreiche Große Anfrage seriös zu beantworten und sich damit auseinanderzusetzen. An dieser Stelle, und zum Teil im Unterschied zu Ihren Ausführungen, seien nur einige Highlights im Versorgungssystem der Frauengesundheit genannt. In Hamburg haben wir eine Spitzenmedizin im Bereich der Gynäkologie und der Geburtshilfe. Zu diesem Thema wird im nächsten Jahr der Gesundheitsbericht "Gesundheit rund um die Geburt" veröffentlicht. Es gibt Angebote im Bereich der Vor- und der Nachsorge und bei der Behandlung von Brustkrebs. Das Thema Mammographie-Screening sollten wir noch einmal ausführlich im Gesundheitsausschuss bewegen, damit wir vielleicht auf einen Konsens kommen.

Um den durchaus wichtigen Fragen zur Frauengesundheit gerecht zu werden und vielleicht auch, weil dieses Thema es wirklich verdient, möchten wir die Anfrage an den Gesundheitsausschuss überweisen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Domres.

Anja Domres SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Gienow, diese Anfrage hat es also verdient. Das ist sehr schön, darüber freut sich auch die SPD-Fraktion. Leider hat es der Antrag der SPD-Fraktion zu den papierlosen Menschen nicht verdient. Das kann man werten, das erspare ich mir jetzt aber.

(Jörn Frommann CDU: Das liegt an der Qualität des Antrags!)

Es ist in der Debatte um Frauengesundheit schon mehrfach gesagt worden: Männer und Frauen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Krankheiten und gesundheitlichen Einschränkungen, der Arbeits- und Lebensbedingungen, die Gesundheit und Krankheit beeinflussen, ihres Umgangs mit gesundheitlichen Belastungen sowie der Inanspruchnahme von gesundheitlichen Versorgungsleistungen. Die Gesundheitsprobleme und Ressourcen von Frauen sind bisher nur unzureichend untersucht worden. Dies stellte die Bundesregierung im Jahre 1996 fest.

Um einen Überblick über die gesundheitliche Situation von Frauen in Deutschland zu erhalten, gab das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 1996 einen Bericht in Auftrag, in dem die Aussagen zum Gesundheitsstatus von Frauen in Ost und West gebündelt werden sollten. Dieser Bericht geht auf die Initiative des Regionalbüros Europa der WHO zurück. In der Wiener Erklärung "Women's Health Counts" von 1994 wurden erstmals Grundsätze zur Weiterentwicklung der weiblichen Gesundheit in der europäischen Region der WHO formuliert. Alle Mitgliedsstaaten wurden damals aufgefordert, Frauengesundheitsberichte zu erstellen. Mit dem Bericht zur gesundheitlichen Situation von Frauen in Deutschland lag 2001 die erste geschlechtersensible Berichterstattung in Deutschland vor. Im gleichen Jahr wurde in Hamburg das Aktionsprogramm Frauen und Gesundheit, das von der damaligen Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales zusammen mit Expertinnen erarbeitet wurde, veröffentlicht. Das Aktionsprogramm untersuchte verschiedene Handlungsfelder, wie "Frauengesundheit braucht unabhängige Forschung" oder "Frauengesundheit braucht geschultes Fachpersonal", befasste sich mit Qualität, Leitbildern und der Frauengesundheitsberichterstattung.

In diesem Aktionsprogramm wurde dargestellt, dass sich medizinische und pharmakologische Forschung, Beratung und Behandlung vorwiegend an den Bedürfnissen des Mannes und seiner gesellschaftlichen Identität orientierten. Dies hatte gravierende Folgen für die Frauengesundheit und konnte zu Fehldiagnosen, zu Über- oder Unterversorgung führen. Die Gesundheitsversorgung nahm spezifisch weibliche Bedürfnisse nicht wahr. Frauen haben oft andersartige Beschwerden und Krankheiten als Männer, auch im Verlauf von Er-

(Anja Domres)

krankungen und in den Wirkungen von Arzneimitteln können sich geschlechtsspezifische Besonderheiten zeigen. Leistungen und Angebote im Gesundheitsbereich müssen sich deshalb daran messen lassen, ob und wie sie diese Unterschiede erkennen und berücksichtigen.

Krankheitsbilder, die früher klassische Männererkrankungen waren wie beispielsweise Herzinfarkte und nur Männern zugeordnet wurden, erstrecken sich heute geschlechtsneutral auf Männer und Frauen. Heute ist der Herzinfarkt bei Frauen die Todesursache Nummer eins und sie erleiden ihn in immer jüngerem Alter.

Eine differenzierte Betrachtung der Frauengesundheit braucht aber auch geschultes Personal im Bereich der Mediziner, der Pflegenden und der Beratungsstellen. Insbesondere Frauen müssen gleichberechtigt in diesen Bereichen arbeiten. So gab es beispielsweise in den Neunzigerjahren keine einzige Kardiologin in Deutschlands Universitäten. Im erweiterten Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Herz-Kreislauf-Forschung mit über 50 Menschen saß nur eine Frau. Gleichzeitig waren nur etwa 20 Prozent der im Herzzentrum Berlin behandelten Patienten Frauen. Dieser Umstand führte natürlich zu der Frage, ob es vielleicht einen Zusammenhang gäbe zwischen der rein männlichen Besetzung der leitenden Positionen und der Tatsache, dass offensichtlich weniger Frauen behandelt wurden. Diese Fragestellung führte zu ersten Forschungen und Bewertungen beim Thema Frauengesundheit und letztendlich auch zu der Gründung des bisher einzigen Instituts für Geschlechterforschung in der Medizin in Berlin.

Trotzdem muss man sich fragen, was sich in diesem Bereich bis heute verändert hat. Aus der Großen Anfrage der LINKEN ergibt sich, dass zurzeit nur 10 Prozent der Professorenstellen am UKE mit Frauen besetzt sind. Zwar gibt es Ziel- und Leistungsvereinbarungen und andere Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils, aber diese scheinen nicht sehr wirkungsvoll zu sein, wenn man bedenkt, dass sich seit Anfang der Neunzigerjahre kaum etwas verändert hat. Auch die Zahl der in den Krankenhäusern beschäftigten Chefärztinnen liegt mit 0 bis 20 Prozent deutlich unter dem Durchschnitt. An dieser Stelle ist die Freie und Hansestadt Hamburg aufgefordert, das bisherige Engagement deutlich zu verstärken und den Anteil von Frauen in Professorinnenstellen und auch bei Chefärztinnen deutlich zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Der Senat ist ebenfalls aufgefordert, entsprechende Studienschwerpunkte zum Thema Frauengesundheit an den Hamburger Universitäten auszubauen. Das Aktionsprogramm Frauen und Gesundheit aus dem Jahre 2001 gibt verschiedene Handlungsempfehlungen, von denen einige umgesetzt sind. Meine Vorrednerinnen haben bereits

Beispiele genannt, ich will eines hinzufügen. Die Ausweitung der Familienhebammenprojekte, die damals noch gefordert wurde, ist inzwischen realisiert. Vieles wurde aber nicht umgesetzt, wie die Erhöhung des Frauenanteils in Wissenschaft und Forschung oder die geforderte Frauengesundheitsberichterstattung in Hamburg.

Eine Maßnahme, mit der die Weltgesundheitsorganisation das Thema Gesundheit voranbringen will, ist der Weltfrauengesundheitsbericht, der am 9. November dieses Jahres vorgelegt wurde. Mit diesem Bericht zur Gesundheit von Frauen legt die WHO erstmals eine weltweite Bestandsaufnahme des gesundheitlichen Status und der gesundheitlichen Situation von Frauen und Mädchen vor. Obwohl die Datenlage in einigen Bereichen nicht vollständig ist, werden insbesondere Gesundheitsrisiken bei Frauen aufgrund sozialer, kultureller und geschlechtsbedingter Benachteiligungen deutlich. Viele Erkrankungen, Behinderungen und Todesfälle wären vermeidbar, wenn auch für Frauen der Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung sichergestellt würde.

Der Bericht zeigt auf, dass sich seit den ersten Ansätzen einer Frauengesundheitsberichterstattung im Jahre 2001 insgesamt bis heute nicht viel verändert hat. Dabei hat auch Ban Ki-Moon, der Generalsekretär der Weltgesundheitsorganisation, zur Bedeutung der Frauengesundheit festgestellt:

"Wenn es darum geht, gemeinsame Zusammenhänge zu finden, gibt es wohl kein Einzelthema, das stärker mit der Sicherheit, dem Wohlergehen und dem Fortschritt unserer Welt verknüpft ist als die Frauengesundheit. Sie reicht in den Kern jedes Themas und berührt die Seele jeder Gesellschaft."

In diesem Sinne fordere ich den Senat auf, die im Rahmen des Aktionsplans Frauengesundheit bereits im Jahre 2001 festgelegten Handlungsempfehlungen und Vorschläge endlich umfassend umzusetzen. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heitmann.

Linda Heitmann GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist vielleicht aus unserer Position heraus etwas ungewöhnlich, aber ich möchte zu Beginn meiner Rede erst einmal der LINKEN für diese Anfrage danken, denn sie gibt einen sehr guten Überblick darüber, welche gesundheits- und suchtpolitischen Projekte in Hamburg vorhanden sind.

(Beifall bei Antje Möller GAL und Christiane Schneider DIE LINKE)

(Linda Heitmann)

Dabei tauchen nicht nur Projekte und Faltblätter von der Behörde, der HAG oder der HLS auf, sondern auch Maßnahmen und Initiativen, die von Krankenkassen, Krankenhäusern, einzelnen Ärzten und anderen ausgehen. Es ist wichtig, dass wir auch diese Initiativen in der Stadt haben, denn das sind die Fachleute mit Know-how, die in den einzelnen Fachgebieten sicher sehr viel kompetenter sind als wir als Politiker. Gerade die Krankenkassen profitieren, das haben mehrere Studien bewiesen, von Präventionsprojekten. Diese zahlen sich speziell für Krankenkassen häufig doppelt aus.

Es gibt noch einen anderen Punkt, der in Ihrer Anfrage sehr deutlich wird, nämlich der, dass Gesundheit ein Querschnittsthema ist, das die Bereiche Justiz, Inneres, Soziales und auch Wissenschaft berührt. Gleichzeitig möchte ich aber auch meine Kritik loswerden, denn beim Lesen dieser Anfrage hat mir ein bisschen der rote Faden gefehlt. Sie geben in der Einleitung den Hinweis, dass Medizin sehr häufig zu sehr auf den männlichen Körper fixiert ist, dass die spezifischen Ansprüche und Bedürfnisse, die Frauen an das medizinische System haben, häufig nur unzureichend berücksichtigt werden. Damit haben Sie ein sehr wichtiges Problem am Anfang angesprochen, das auch an einigen Stellen in der Anfrage wieder auftaucht. Es wird sehr deutlich, dass Forschung an Projekten und Einrichtungen, die speziell auf Frauen ausgerichtet sind, noch ausgebaut werden kann. Zudem muss es stärkere Überlegungen geben, in welchen Bereichen – gerade neben der psychotherapeutischen Behandlung, die in der Anfrage auch angesprochen ist – andere Behandlungsmöglichkeiten speziell für Frauen eventuell noch sinnvoll wären.

Andererseits tauchen in der Anfrage sehr viele auf Gesundheitsthemen bezogene Bereiche auf, die sowieso nur Frauen betreffen. Gerade das Thema Brustkrebs, Informationen rund um Schwangerschaft, Geburt und Hebammen, sind solche Bereiche, in denen die medizinische Versorgung speziell auf Frauen ausgerichtet ist, weil nur diese auch die Patientinnen sind. An anderer Stelle wird in der Anfrage zudem das Thema Frauen und Gewalt aufgegriffen, das in anderen Anfragen in der Vergangenheit schon deutlich ausführlicher und differenzierter beleuchtet wurde. Wenn Sie dem Senat vorwerfen, er würde sich in dieser Anfrage nicht deutlich positionieren, dann muss ich doch sagen, dass das in der Vergangenheit schon häufiger geschehen ist und auch dadurch geschieht, dass es eine Reihe von Projekten und Angeboten gibt, wie meine Kollegin Nebahat Güclü und ich schon häufiger betont haben.

Insgesamt fehlte mir der rote Faden in der Anfrage, die fehlende übergeordnete Fragestellung und daher gibt es auch leider keine Gesamterkenntnis. Ich habe circa drei bis vier Stunden zum Lesen gebraucht, das heißt, ich kann dem Senat keinen

mangelnden Fleiß unterstellen und ich sehe auch in der Anfrage durchaus viele Ansatzpunkte zur Diskussion.

Da ist zum einen die Frage, wie wir in Zukunft Migrantinnen mit gesundheitlichen Angeboten besser erreichen können und wie wir gerade Suchtmittelprävention besser und spezieller auf Frauen ausrichten können. Wie können wir die Förderung von Frauen in Spitzenpositionen in Krankenhäusern und auch in Forschungseinrichtungen vorantreiben? Wie können wir in Zukunft die Teilnehmerate an Präventionsprogrammen erhöhen? Dies sind einige Vorschläge, um Ziele und Fragestellungen für den Ausschuss zu definieren, wo wir diese Große Anfrage ausführlich diskutieren werden. Wenn wir uns vorher nicht gewisse Fragestellungen überlegen, dann werden wir uns verzetteln. Deshalb plädiere ich dafür, dies zu tun und freue mich auf die Ausschlussdiskussion. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Artus.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Es ist doch alles gesagt!
– *Harald Krüger CDU:* Es geht doch in den Gesundheitsausschuss!)

Kersten Artus DIE LINKE:* – Da irren Sie sich, das ist es bei dem Thema nicht. Ich will aber auch keine lange Rede mehr halten, sondern nur auf ein paar Punkte eingehen. Ich freue mich auf die Diskussion im Gesundheitsausschuss und würde mir fast noch wünschen, dass der Sozialausschuss mitberatend dazukommt.

Zum Thema Brustkrebs möchte ich nur kurz erwähnen, dass es leider nicht ausschließlich ein Frauenthema ist. Es ist ein großes Tabu in der Gesundheit, dass Brustkrebs auch Männer bekommen können. Soweit zum Hinweis, dass es sich nicht immer als Entweder-Oder darstellen lässt, Frau Gienow.

Dies ist natürlich auch bei der Pflege so, wo ich das explizit herausgegriffen habe, weil es um überproportionale Situationen geht. Das Thema Frauengesundheit steckt – das zeigt zum Beispiel das Thema Gewalt – in einer Vielzahl von Anfragen, aber ausgehend von den Empfehlungen von 2001 fehlt eben der Gesamtüberblick und das ist das Problem. In der Anfrage sieht man auch, auf wie viele Kleine und Große Anfragen bis zurück in die 17. Legislaturperiode verwiesen wird. Wenn man sich das alles ausdrückt, dann hat man einen dicken Ordner. Insofern war das genau unser Ansatz und die Empfehlung ist der rote Faden. Ich stelle der GAL die Broschüre gerne noch einmal zur Verfügung, aber weil wir schon geahnt haben, dass es in einigen Bereichen vielleicht in Vergessenheit geraten ist, haben wir den Link zu diesen

(Kersten Artus)

Empfehlungen auf den Hamburg-Seiten im Internet mit in die Große Anfrage hineingenommen.

Zu den Selbsthilfegruppen möchte ich kurz Folgendes anmerken: Frau Gienow, Frau Heitmann, Frau Schaal und ich sitzen in diesem Vergabeausschuss für den Selbsthilfegruppentopf und mein Eindruck von drei, vier Sitzungen ist, dass es wirklich der sehr großen und fürsorglichen Arbeit des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zu verdanken ist, der die Gelder verteilt, dass auch jeder irgendwie zu seinem Recht kommt. Das funktioniert sehr gut. Es ist aber trotzdem eine Mangelverwaltung, weil maximal 650 Euro pro Selbsthilfegruppe ausgeschüttet werden.

Zur Mammographie freue ich mich auch auf eine spezielle Anhörung. Ich gebe Ihnen recht, dass dieses Thema intensiv behandelt werden muss, weil damit wirklich Politik gemacht wird und, wie ich finde, nicht zugunsten der Frauen.

Es fehlt – das planen wir auch bereits, das hat sich bei uns bei der Ausarbeitung dieser Großen Anfrage ergeben – eine Große Anfrage zur Männergesundheit. Diese wird von uns demnächst kommen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei Arno Münster SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer einer Überweisung der Drucksache 19/4262 an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung, die Drucksachen 19/4425, 19/4426, 19/4427, Berichte des Eingabenausschusses.

**[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben
– Drs 19/4425 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben
– Drs 19/4426 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben
– Drs 19/4427 –]**

Ich beginne mit dem Bericht 19/4425 und dort zunächst mit der Ziffer 1.

Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer diesen folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen?

– Das ist bei nicht vollständiger Teilnahme einstimmig angenommen.

Die in Ziffer 2 erbetene Kenntnisnahme ist erfolgt.

Nun kommen wir zum Bericht 19/4426, auch hier zunächst zu Ziffer 1.

Wer der Empfehlung folgen möchte, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 553/09 abgegeben hat, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig bei wenigen Enthaltungen angenommen.

Wer sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Von den Ziffern 2 bis 4 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Wir kommen zum Bericht 19/4427, hier zunächst zu Ziffer 1. Herr Hamann hat mir mitgeteilt, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer diesen folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Die in Ziffer 2 erbetene Kenntnisnahme ist erfolgt.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte in der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben sie in der zweiten Neufassung erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer den Überweisungsbegehren unter B zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Wer sich der Ausschussempfehlung unter C anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist auch einstimmig angenommen.

Punkt 4 der Tagesordnung, Drucksache 19/3846, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Rechtliche Betreuung für hilfsbedürftige Personen.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Rechtliche Betreuung für hilfsbedürftige Personen
– Drs 19/3846 –]**

* Siehe Anlage, Seite 2583

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden)

Die SPD-Fraktion möchte diese Drucksache an den Sozialausschuss überweisen.

Wer dem Überweisungsbegehren zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage, Drucksache 19/3846, ohne Besprechung Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zu Punkt 12 der Tagesordnung, Drucksache 19/4403, Senatsmitteilung: Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 13. Mai 2009 – Einrichtung eines Hamburger Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik.

[Senatsmitteilung:**Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 13. Mai 2009 – Einrichtung eines Hamburger Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik (Drucksache 19/2896)****– Drs 19/4403 –]**

Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der SPD-Fraktion gemäß Paragraf 26, Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. Herr Frank, bitte, für maximal fünf Minuten.

(Hans-Detlef Roock CDU: Günter, mach's kurz!)

Günter Frank SPD:* So viel Zeit brauche ich gar nicht, aber ich muss noch einmal auf diesen entwicklungspolitischen Beirat zu sprechen kommen.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Meine Fraktion hatte in einem Antrag die Wiedereinrichtung dieses Beirats gefordert, den die CDU freundlicherweise relativ schnell abgeschafft hat. Die Bürgerschaft hat in einem einstimmigen Beschluss den Senat ersucht, dieses zu tun – was jetzt auch erfolgt –, aber meine Fraktion übte schon damals Kritik, weil der Senat diesen Beirat nach dem damaligen Antrag am Gängelband hielt.

Der Beirat darf nur Themen begutachten, die der Senat vorgibt, mehr ist nicht vorgesehen. Eigenständiges Denken und Handeln, selbstgestellten Themen nachzugehen, das ist auch nach der jetzigen Senatsmitteilung nicht erlaubt. Im Ergebnis läuft es also auf eine für den Senat unbezahlte Gutachtertätigkeit hoch kompetenter Leute hinaus, das ist alles.

Die einzige eigenständige Tätigkeit, die man dem Beirat zugestanden hatte, war die Erstellung entwicklungspolitischer Leitlinien. Das war wohl auch ein Zugeständnis der CDU an die GAL. Genau die-

ser eine Punkt taucht in dieser Drucksache nicht mehr auf, er ist einfach herausgeflogen. Andere Institutionen, zum Beispiel "Das Netzwerk" in Hamburg, haben schon darauf hingewiesen, dass die CDU die GAL in diesem Punkt nicht ganz ernst zu nehmen scheint. Es ist doch das Mindeste, dem Beirat einzig und allein die Entwicklung der Leitlinien zuzugestehen. Lassen Sie sich das, liebe GALier, nicht gefallen. Wir fordern auf jeden Fall eine Korrektur und Sie hoffentlich auch. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Machaczek.

Bettina Machaczek CDU: Meine Damen und Herren! Ich habe überlegt, ob ich jetzt antworte. Aber, Herr Frank, vielleicht erinnern Sie sich daran, was nach den langen Diskussionen in der Bürgerschaft passierte, als man versucht hat, eine Leitlinie zur Integration in Hamburg zu erstellen. Jahrelang hat man an irgendwelchen Papieren gesessen, hat sich am Ende nicht geeinigt, hat sich mit viel Theorie auseinandergesetzt, ist aber nicht zur praktischen Arbeit übergegangen.

Diesen neuen Rat für nachhaltige Entwicklungspolitik werden wir einsetzen und dann wird er Arbeitsaufträge bekommen. Aber diese werden natürlich auch mit Leuten, die wir dort benennen werden, besprochen. Es werden nicht irgendwelche Leute geholt, sondern Experten. Wenn es darunter jemanden gibt, der vorschlägt, hier oder da Schwerpunkte zu setzen, werden wir bestimmt darüber nachdenken. Aber ein Gremium zunächst einmal drei Jahre lang lahmzulegen, indem es sich über irgendwelche Leitlinien verständigen muss, das halte ich für wirklich falsch. Dies ist ein neuer Rat und nicht das, was wir früher hatten, und ich bin froh, dass wir bald anfangen. Jeder, der damit ein Problem hat, sollte doch einfach einmal abwarten, wer in diesem Rat arbeitet und welche Ergebnisse erzielt werden. Es gibt viel zu tun, zum Beispiel wollen wir über eine Städtepartnerschaft mit Afrika entscheiden.

(Zurufe von der SPD)

Wir müssen gleich damit anfangen, anstatt solche Theoriediskussionen zu führen. Liebe SPD, Sie haben keinen Antrag gestellt, Sie haben der Sache zugestimmt und wollen heute Abend im Grunde nur irgendwelcher Klientel zeigen, dass Sie nicht so ganz zufrieden sind. Das ist keine Kritik, die wir ernst nehmen können. – Danke.

(Bettina Machaczek)

(Beifall bei der CDU und bei *Antje Möller GAL*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Waldowsky.

Andreas Waldowsky GAL: Frau Präsidentin, lieber Kollege Frank! Frau Machaczek hat eben ganz richtig gesagt, dass der Beirat für nachhaltige Entwicklungspolitik Arbeitsaufträge bekommt.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Abwarten!)

Einen Arbeitsauftrag hat er durch einen einstimmigen Beschluss der Bürgerschaft bekommen. Im Beschluss heißt es, der Beirat erarbeite entwicklungspolitische Leitlinien. Das wird er auch tun, das ist Stand der Kunst in vielen Kommunen und Bundesländern und damit wird sich der Beirat für nachhaltige Entwicklungspolitik beschäftigen, mit vielen anderen Dingen zwar auch, aber sicherlich wird das eine seiner ersten Aufgaben sein. Auch wenn dieser Punkt in der Senatsdrucksache verloren ging, ist der einstimmige Beschluss der Bürgerschaft erst einmal bindend für das, was in den nächsten Jahren von diesem Beirat geleistet wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zuerst einmal ist festzustellen, dass sich diese zwei Aussagen von CDU und GAL diametral widersprachen. Frau Machaczek fragt sich, was das Gelabere um diesen Punkt soll, und Sie, Herr Waldowsky, sagen, es sei eine der wichtigsten Aufgaben, die dort zu erfüllen sei.

Der zweite Punkt ist ganz einfach und seriös. Ich bin es seit Monaten gewohnt, dass der Senat nicht das macht, was ich will.

(*Jens Kerstan GAL:* Das wird auch so bleiben!)

Ich bin es aber nicht gewohnt, dass in dem Augenblick, wo die gesamte Bürgerschaft einem Satz unter Punkt 2 einstimmig zustimmt, dass dieser Rat entwicklungspolitische Leitlinien formuliert, der Senat eine Drucksache aufsetzt, in der eindeutig steht, dass dieser Rat diese Leitlinien nicht entwickle.

Das gehört sich nicht. Das lässt sich auch mit dem Selbstbewusstsein dieses Parlaments nicht vereinbaren.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wenn ein einstimmiger Beschluss – Herr Waldowsky, da müssten Sie doch auf unserer Seite sein – irgendwo auf der Strecke geblieben ist und jetzt

nicht mehr in der Drucksache auftaucht, dann müssen wir gemeinsam auf einem Nachsatz bestehen. Es muss eine neue Drucksache geben, in der dieser einstimmig gefällte Beschluss steht; soviel zu diesem Punkt.

Ich möchte inhaltlich noch eines anmerken. Wir machen hier nur sehr wenig Entwicklungspolitik. Von staatlicher Seite aus gibt es nur sehr wenig Aktivität. Das, was in diesem Bereich geschieht, ist zivilgesellschaftlichen Ursprungs und es ist beachtlich, was in dieser Stadt gemacht wird. Deshalb die Bitte an diesen Senat: Geben Sie diesen zivilgesellschaftlichen Initiativen etwas mehr Rechte, mehr Einflussmöglichkeiten; das sind die wichtigsten Akteure in diesem Bereich. Trauen Sie doch der Zivilgesellschaft in dieser Stadt mehr zu und gängeln Sie sie nicht so. – Danke.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

Sobald mir die Vorschläge der Fraktionen für die von der Bürgerschaft zu entsendenden Mitglieder des Rates vorliegen, werde ich diese dem Senat übermitteln.

Punkt 13 der Tagesordnung, Drucksache 19/4424, Senatsantrag: Gesetz zum Staatsvertrag zwischen den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg über die Durchführung des Übertragungsstellenverfahrens für Milchquoten.

[Senatsantrag:

Gesetz zum Staatsvertrag zwischen den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Freie Hansestadt Bremen und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Durchführung des Übertragungsstellenverfahrens für Milchquoten – Drs 19/4424 –]

Wer das Gesetz zum Staatsvertrag zwischen den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Freie Hansestadt Bremen und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Durchführung des Übertragungsstellenverfahrens für Milchquoten aus der Drucksache 19/4424 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Ent-

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden)

haltungen? – Das Gesetz ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Punkt 16 der Tagesordnung, Drucksache 19/4455, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsplan 2009/2010, Einzelplan 6: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Zusammenführung der Arbeitsgemeinschaft zur Reinhaltung der Elbe und der Flussgebietsgemeinschaft Elbe zur neuen Flussgebietsgemeinschaft Elbe und Anbindung der Wassergütestelle Elbe an die Geschäftsstelle der Flussgebietsgemeinschaft; Einrichtung des neuen Titels 6700.637.03 "Zuweisung Hamburgs für den Sonderaufgabenbereich Tideelbe" im Haushaltsjahr 2010.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3989:

Haushaltsplan 2009/2010, Einzelplan 6: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Zusammenführung der Arbeitsgemeinschaft zur Reinhaltung der Elbe (ARGE Elbe) und der Flussgebietsgemeinschaft Elbe (FGG Elbe) zur neuen Flussgebietsgemeinschaft Elbe und Anbindung der Wassergütestelle Elbe (WGE) an die Geschäftsstelle der Flussgebietsgemeinschaft

Einrichtung des neuen Titels 6700.637.03 "Zuweisung Hamburgs für den Sonderaufgabenbereich Tideelbe" im Haushaltsjahr 2010 (Senatsantrag)

– Drs 19/4455 –]

Wer sich der Ausschussempfehlung anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Es bedarf auch hier einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 18, Drucksache 19/4488, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsjahr 2009, Einwilligung zum Eingehen von Verpflichtungen in Höhe von 41,6 Millionen Euro beim Titel 6300.891.27 "Zuwendungen zum Umbau des ZOB Bergedorf" sowie nachträgliche Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungen nach § 37 Absatz 4 LHO.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3443:

Haushaltsjahr 2009, Einwilligung zum Eingehen von Verpflichtungen in Höhe von 41,6 Mio. Euro beim Titel 6300.891.27 "Zuwendungen zum Umbau des ZOB Bergedorf" sowie nachträgliche Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungen nach § 37 Absatz 4 LHO (Senatsantrag)

– Drs 19/4488 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/4638 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD:

Zuwendungen zum Umbau des ZOB Bergedorf

– Drs 19/4638 –]

Wer diesen Antrag annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Nun kommen wir zum Bericht des Haushaltsausschusses aus Drucksache 19/4488.

Wer der Ausschussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 23, Drucksache 19/4477, Bericht des Stadtentwicklungsausschusses: Gesetz zur Änderung der Hamburgischen Bauordnung.

[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 19/4092:

Gesetz zur Änderung der Hamburgischen Bauordnung (Senatsantrag)

– Drs 19/4477 –]

Wer der Ausschussempfehlung folgen und das Gesetz zur Änderung der Hamburgischen Bauordnung aus der Drucksache 19/4092 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Es bedarf auch hier einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden)

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Gesetz ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zu Punkt 27 der Tagesordnung, Drucksache 19/4487, Bericht des Rechtsausschusses: Gesetz zum Staatsvertrag über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus aller Länder nach Artikel 3 des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe.

[Bericht des Rechtsausschusses über die Drucksache 19/3696:

Gesetz zum Staatsvertrag über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus aller Länder nach Artikel 3 des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (Senatsantrag)

– Drs 19/4487 –]

Wer der Ausschussempfehlung folgen und das Gesetz zum Staatsvertrag über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus aller Länder nach Artikel 3 des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe aus Drucksache 19/3696 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der LINKE)

Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Es bedarf auch hier einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Punkt 31 der Tagesordnung, Drucksache 19/4515, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Amnestie für Menschen ohne Papiere.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Amnestie für Menschen ohne Papiere
– Drs 19/4515 –]**

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Innenausschuss überweisen.

Wer dem Überweisungsbegehren zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt worden.

Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der GAL-Fraktion hierzu gemäß Paragraph 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird.

Frau Möller bekommt es für maximal fünf Minuten.

Antje Möller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Da wir nun schon zwei Tage über illegalisierte Menschen und ihren Aufenthalt gesprochen haben, sollten wir auch ein paar Sätze über diesen Antrag verlieren, auch wenn wir ihm als GAL-Fraktion nicht zustimmen können. Das letzte Element, das uns in dieser Debatte bisher gefehlt hat, ist tatsächlich die Frage, ob es Möglichkeiten gibt, den Aufenthalt von Menschen ohne Papiere und damit im nicht legalen Aufenthalt zu legalisieren. Die LINKE hat sich dieses Themas im Grunde mit einer einzigen Forderung entledigen wollen, indem Sie vorschlagen, im Rahmen einer Bundesratsinitiative solle die Legalisierung von Menschen, die sich ohne gültige Papiere in Deutschland aufhalten, initiiert werden, damit diese nicht länger rechtlos gestellt seien. Wir haben schon darüber gesprochen, welche Rechte diese Menschen haben. Wir konnten oder werden für Schulpflicht und ein Recht auf Bildung sorgen und werden auch noch für bessere Gesundheitsversorgung sorgen.

Man muss aber deutlich sagen, dass Ihr Vorschlag schlicht und einfach nicht umzusetzen ist. Sie beschreiben die Situation der Menschen, die ohne Papiere in Europa leben, überzeugend und zutreffend. Sie sagen, in anderen Ländern der Europäischen Union würde auf die dargestellte Problemlage erfolgreich mit Amnestieregelungen reagiert. Das stimmt so einfach nicht. Die europäische Debatte zu diesem Thema wird seit Mitte der Neunzigerjahre geführt, wurde Anfang 2000 dann konkreter. Es gibt mehrere Länder, die Regelungen gefunden haben, aber diese umfassen in keinem Fall eine generelle Amnestie oder eine generelle Legalisierung.

Ich möchte kurz drei Beispiele anführen. Belgien hat ein sogenanntes Regularisierungsprogramm, um Menschen, deren Asylantragsverfahren über

(Antje Möller)

mehr als drei Jahre läuft, eine Perspektive zu bieten und eine Legalisierung zu ermöglichen. Angewandt wurde dies einmal im Jahr 1974 und einmal im Jahr 1999, das waren die letzten aktuellen Phasen.

Mein zweites Beispiel ist Italien. Italien hat Quoten mit Drittländern vereinbart und legalisiert in diesem Zusammenhang 3000 Arbeitnehmer pro Jahr. Voraussetzung ist, dass diese Menschen integriert sind, vor allem integriert in den Arbeitsmarkt. Aus unserer Sicht ist es für Hamburg, aber auch auf Bundesebene das Wichtigste, eine Regelung zu finden, wie Arbeitsmigration in Zukunft gestaltet werden kann. Über diesen Weg wollen wir gehen.

In Griechenland und Spanien sind die Gewerkschaften in diesem Punkt sehr engagiert, anders als in Deutschland. Aber auch in Deutschland nimmt sich ver.di seit zwei Jahren der Menschen ohne Papiere an, ohne Berührungsängste etwa der Art, dass diese Menschen Arbeitsplätze besetzen könnten, die auch andere dringend bräuchten.

Wir sollten politisch vorangehen. Diese schlichte Forderung ist richtig, bildet aber nicht die Gesamtbreite der Debatte ab und stellt auch nicht das ganze Problem dar. Wir Grüne wollen bundesweit, aber auch in Hamburg, nach unseren Möglichkeiten über temporäre Arbeitsmigration reden und natürlich auch an der Bleiberechtsregelung die notwendigen Veränderungen vornehmen. Das wird vielen Menschen – beispielsweise der Familie, die Herr Yildiz vorhin erwähnt hat – ein Bleiberecht aufgrund der rechtlichen Regelungen ermöglichen.

(Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel für fünf Minuten.

Dr. Andreas Dressel SPD: Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sind heute so früh fertig, dass wir es noch ertragen sollten, fünf Minuten über dieses Thema zu reden.

(Beifall bei Antje Möller GAL)

– Danke, Frau Möller, da sind wir uns einig.

Im Ergebnis sind wir uns nicht einig. Wir haben von Ihnen eine Rechtfertigungsrede gehört, warum der Antrag nicht an den Ausschuss überwiesen werden sollte. In der Sache sind wir in Bezug auf die Legalisierungsregelungen einer Meinung. Ich habe schon gestern gesagt, dass diese pauschale Amnestie nicht funktioniert, weil sie unser Ausländerrecht komplett aus den Angeln hebt. Diese Position haben wir gestern vertreten und das ist auch heute unsere Position.

Der Antrag der LINKEN geht aber durchaus darüber hinaus und spricht auch die Frage an, wie andere Grundrechte praktiziert, geschützt und gewährleistet werden. Insofern hätten wir uns sehr

gewünscht, wenn für diesen Antrag – ebenso wie für den Antrag zur Gesundheitsversorgung – eine Überweisung an den Ausschuss möglich gewesen wäre. Es ist nicht ausreichend, wenn Sie 20 Minuten vor sieben ausführen, warum eine Umsetzung aus Sicht der Grünen so nicht möglich sei. Um Pro und Kontra zu diskutieren und Sach- und Fachverstand einzuholen ist die Arbeit in den Ausschüssen da.

Ich nehme Ihnen durchaus ab, dass dies ein Herzensthema für Sie als Grüne ist. Sie tun aber weder sich noch der Sache einen Gefallen, wenn das mit Fünf-Minuten-Beiträgen unter Verschiedenes abgefrühstückt wird. Sie müssten da schon Ihren Rücken ein wenig gerade machen und bei Ihrem Koalitionspartner dafür sorgen, dass diese Frage zumindest im Ausschuss landet, damit sie dort ordentlich besprochen werden kann.

(Beifall bei der SPD und bei Christiane Schneider DIE LINKE)

Das gehört dazu. Wir können aber leider viele Beispiele nennen, wo das nicht passiert ist.

Ein anderes Beispiel ist der Optionszwang im Staatsbürgerschaftsrecht. Ich habe schon gestern darauf hingewiesen, dass es aufgrund dieser Regelung in den nächsten Jahren zu Ausbürgerungen von in diesem Land geborenen und integrierten Bürgerinnen und Bürgern kommen wird. Schwarz-Grün nimmt gern für sich in Anspruch, dass Hamburg weltoffen und tolerant sei,

(Wolfgang Beuß CDU: Ist es auch, Herr Dressel!)

dann muss aber auch so im Innenausschuss über dieses Thema gesprochen werden können und Hamburg hier Flagge zeigen, aber Sie ziehen den Schwanz ein. So zeigt Hamburg hier nicht Flagge. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Yildiz.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Möller, gerade Ihre Ausführungen machen deutlich, dass dieser Antrag eigentlich an den Innenausschuss überwiesen gehört. Man kann das Problem auf Bundesebene lösen. Sie haben das Ausländergesetz angesprochen. Wenn unser Ausländergesetz Menschen, die in dieser Gesellschaft leben, ausschließt, dann muss man darüber diskutieren, ob das nicht geändert werden muss,

(Beifall bei der LINKEN)

auch im Hinblick auf die Optionspflicht. Es kann nicht sein, dass Sie diesen Antrag einfach ablehnen, Ihre Augen verschließen und sagen, dieses

(Mehmet Yildiz)

geht nicht, jenes geht nicht. Man kann sehr wohl vieles machen, der Wille ist entscheidend. Gesetze werden von der Politik gemacht und nicht von irgendwelchen Menschen aus dem All. Die Politik bestimmt über die Gesetze und wenn der Wille da ist, kann man auch über das Ausländergesetz reden, um Ausnahmeregelungen herbeizuführen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, dann können wir zur Abstimmung in der Sache kommen.

Wer sich dem Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 19/4515 anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Punkt 35 der Tagesordnung, Drucksache 19/4520, Antrag der SPD-Fraktion: Faire Löhne und soziale Standards bei öffentlichen Aufträgen, Reform des Hamburgischen Vergabegesetzes.

[Antrag der Fraktion der SPD:

Faire Löhne und soziale Standards bei öffentlichen Aufträgen – Reform des Hamburgischen Vergabegesetzes
– Drs 19/4520 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Wirtschaftsausschuss überweisen.

Wer dem Überweisungsbegehren zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt worden.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer sich dem Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 19/4520 anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Ich weiß, dass Sie das traurig macht, aber die Sitzung ist zu Ende.

Ende: 18.45 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Elke Badde, Wilfried Buss, Lydia Fischer, Nebahat Güclü, Wolfgang Joithe - von Krosigk, Michael Neumann, Stefan Schmitt und Karin Timmermann

Anlage**2. NEUFASSUNG****Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO****für die Sitzung der Bürgerschaft am 18. und 19. November 2009****A. Kenntnisnahmen**

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
11	4401	Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 19./20. November 2008 „Neuprogrammierung von Lichtsignalanlagen“ – Drucksache 19/1472 –
14	4449	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 24. März 2009 „Geplante Umsetzung einer Justizvollzugsbeamtin“ Drs. 19/2459
21	4435	Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses
22	4456	Bericht des Wirtschaftsausschusses
25	4481	Bericht des Umweltausschusses
26	4482	Bericht des Umweltausschusses

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
5	4058	Situation der Bildenden Kunst in Hamburg	SPD	Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss
10	4289	Nahversorgung in Hamburg – Stärkung der Bezirks- und Stadtteilzentren	SPD	Stadtentwicklungsausschuss

C. Einvernehmliche Ausschussempfehlung

TOP	Drs-Nr.	Ausschuss	Gegenstand
20	4513	Haushaltsausschuss und Wirtschaftsausschuss	Neustrukturierung der Frühphasenfinanzierung von technologieorientierten Unternehmensgründungen in Hamburg durch – Einrichtung eines Beteiligungsfonds zur Förderung junger, innovativer Unternehmen – Bereitstellung des erforderlichen Know-hows für das Fondsmanagement durch vollständige Überführung der MAZ level one GmbH (MAZ) in städtisches Eigentum – Verwaltung des Fondsvermögens durch die MAZ Beteiligungsfonds GmbH als zu gründendes 100%iges Tochterunternehmen der MAZ